



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

1. Bayerisches Breitbandforum:

Wichtige Plattform auf dem Weg zum schnellen Internet

250 Teilnehmer bei GZ-Fachveranstaltung im MOC München

Die Versorgung mit schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern insgesamt stärken. Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Mit dem Bayerischen Breitbandforum im MOC Veranstaltungszentrum in München hat die Bayerische GemeindeZeitung nunmehr eine Plattform geschaffen, über die Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden. Die IT-Messe Communication World bot hierfür den perfekten Rahmen. Zusätzlich konnte die Messe besucht werden, auf der selbst ein großes Produktangebot für die öffentlichen Auftraggeber präsentiert wurde.

Fortsetzung in 2014 geplant

Insgesamt folgten 250 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konnte zudem knapp zwei Dutzend Partner bzw. Aussteller für sich gewinnen. Für 2014 ist eine Fortsetzung der Veranstaltung im Rahmen der Communication World geplant.

Zwölf hochkarätige Referenten (Dr. Rainer Bauer/Bayerisches Finanzministerium, Christoph Donhauser/PwC AG, Heinrich Lenz/Bürgermeister Hinterschmiding, Dr. Annette Schumacher/Kabel Deutschland, Reinhard Wchlavsky/LEW TelNet, Udo Harbers/Deutsche Telekom, Roland Werb/Corwese GmbH, Andreas Weber/REHAU AG + Co., Dr. Christian von Boetticher/Wirtschaftsrat Recht Bremer & Heller GbR, Peter Reisinger/M-Net, Anja Schramm/inexio KGaA) erläuterten die Problemstellung, technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen ebenso wie Finanzierungs-

möglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Breitbandrichtlinie

Grundsätzliche Anmerkungen lieferte Ministerialdirigent Dr. Rainer Bauer, Bayerisches Finanzministerium. In der neuen Staatsregierung ist die Zuständigkeit für Breitband bekanntermaßen vom Wirtschaftsministerium ins Ministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat übergegangen.

Wie Bauer ausführte, ist zum 1. Dezember 2012 die Bayerische

Breitbandrichtlinie in Kraft getreten. Ziel ist die Förderung des Aufbaus von Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetzen in Gewerbe- und Kumulationsgebieten. Je Kommune ist eine Höchstförderung von 500.000 Euro vorgesehen. Die Notwendigkeit der Förderung ergibt sich, so Bauer, daraus, dass insbesondere in den vielen ländlich geprägten Räumen des Flächenlands Bayern die (Fortsetzung auf Seite 4)

Sonderdokumentation

In Ausgabe 24/2013 der Bayerischen GemeindeZeitung, die am 19. Dezember 2013 erscheint, berichten wir in einer Sonderdokumentation über das GZ-Breitbandforum. Unter <http://www.bayerisches-breitbandforum.de> werden die Vorträge zum Download bereit gestellt.

Bayerischer Städtetag:

Schicksalsjahr 2019

„Egal, was mit der Klage des Freistaats Bayern gegen den Länderfinanzausgleich geschieht: 2019 wirkt das eingebaute Verfallsdatum des Länderfinanzausgleichs.“ Darauf machte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München aufmerksam. Vor dem Hintergrund, dass 2019 die Finanzierung des Solidarpakts ausläuft, sei es ratsam, die Verteilungssystematik zu überprüfen. Diese sollte sich nach Bedürftigkeit und nicht an der geographischen Lage orientieren.

2019 sei zudem das Jahr der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts: Die Bundesländer müssen bis Ende 2019 ihre Haushalte ohne Netto-Neuverschuldung ausgleichen. Maly: „Die Schuldenbremse muss ab 2019 wirken, dies wird sich auch zu Lasten kommunaler Haushalte auswirken. Und: Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz endet 2019.“

Wie der Städtetagschef erläuterte, sei die Pflege der Infrastruktur von Straße und Schiene über Jahre hinweg chronisch unterfinan-

ziert gewesen. Eine Verlängerung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes über 2019 hinaus sei dringend nötig, weil niemand wisse, wie eine Großstadt nach 2019 überhaupt ein großes Nahverkehrsprojekt anpacken kann. Maly: „Die Kommunen brauchen Planungssicherheit über 2019 hinaus, ansonsten droht ein völliger Stillstand bei Großprojekten.“

Da der Finanzbedarf für die kommunale Verkehrsinfrastruktur enorm sei, fordert der Bayerische Städtetag eine Ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Stellvertretender Geschäftsführer Dr. Manfred Riederle (links) gemeinsam mit Verbandspräsident Dr. Ulrich Maly. Bild: DK



Der Kommunale Finanzausgleich 2014, das neue Heimatministerium und die Entwicklung des neuen Aufgabenbereichs „Digitalisierung, Landesentwicklung, Demografie und Verwaltungsreform“ standen auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzung von KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München. Unser Bild zeigt (v. l.) Ministerialrat Markus Schöne, Ltd. Ministerialrätin Isolde Naht, Neu-MdB Alois Rainer, Staatssekretär Albert Füracker, MdL, KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle, den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Jakob Kreidl und KPV-Landesgeschäftsführerin Theresa Flotzinger. Ein ausführlicher Bericht über die Veranstaltung folgt in der nächsten Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung. □

Bayerischer Tourismustag in Nürnberg:

Kernthema Wirtshauskultur

Einmal im Jahr lädt die Bayerische Wirtschaftsministerin die Tourismusfamilie im Freistaat zum Bayerischen Tourismustag ein. Dieses Stelldichein der Fremdenverkehrsakteure zwischen Aschaffenburg und Berchtesgaden ist die zentrale jährliche Tourismusveranstaltung im Freistaat schlechthin und findet wechselweise in München und Nürnberg statt. Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung in der Norisstadt mit über 600 Besuchern aus allen Tourismusregionen stand das Thema „Bayerische Wirtshauskultur“.

Wie Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer eingangs erläuterte, sei das Wirtshaus mit seiner Geschichte, Tradition und gesellschaftlichen Bedeutung aus Bayern nicht wegzudenken. Es sei fester Bestandteil gelebter bayerischer Kultur und habe das Gemeinschaftsgefühl geprägt. „Denn es ist nicht nur Ort des kulinarischen Genusses, sondern erfüllt darüber hinaus eine soziale Funktion. Ob Familienfeiern, Meinungsaustausch oder geselliges Beisammensein – im Wirtshaus kommt der gesamte Ort zusammen. Es stiftet Gemeinschaft und Identität. Diese Sinnstiftung macht das traditionelle Wirtshaus zum Erfolgsfaktor für den Bayertourismus.“

Marketingaktionen

Anknüpfend daran setze der Bayertourismus in seinen Marketingaktionen auf die Emotionen und das Image des Freistaates bei seinen Gästen, dabei besonders bei den jüngsten Kampagnen „Bayern.MeinWinterLichtBlick“ und „Leben.Fühlen.Bayern“. Teil davon sei auch das traditionelle Wirtshaus und die bayerische Wirtshauskultur. Pschierer versprach: „Ich setze mich deshalb dafür ein, das Kulturgut Wirtshaus auch in Zukunft zu bewahren.“

Große Herausforderungen

Die traditionellen bayerischen Wirtshäuser stehen vor allem auf dem Land allerdings vor großen, zum Teil Existenz bedrohenden Herausforderungen. Daher ging Prof. Hans Hopfinger, Inhaber des Lehrstuhls für Kulturgeographie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, in

miebetrieben ganze zwei Wirtshäuser übrig geblieben. Deutlich besser ist die Lage bei den speisenorientierten Gaststätten, doch immerhin sucht der Gast in 257 der insgesamt 2.056 bayerischen Gemeinden vergeblich nach einer Speisegaststätte, wobei er sich in Niederbayern, der Oberpfalz und in Schwaben etwas schwerer als in anderen Regionen tut.

Bei der Suche nach Ursachen und Hintergründen für diese Entwicklung sind die Autoren der (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von *Sabrina*



Seit Jahren ist der Bürgermeister engagiert bei der Wiederbelebung seiner städtischen Fußgängerzone. Das ist oft leichter gesagt als getan. Erfreulicherweise aber gelingt es immer wieder, einen Vermieter davon zu überzeugen, dass ein Immobilienobjekt auch dann an Wert verliert, wenn die Umgebung ihren Charakter einbüßt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Deutscher Städtetag: Brennpunkt Koalitionsverhandlungen ...	Seite 2
Bayerische Fachtagung der Bibliotheken und Volkshochschulen ...	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Integration als Bereicherung	3
HSS-Jugendkongress: Heimat in einer globalisierten Welt ...	3
Tagung in Nürnberg: Selbstbestimmtes Leben im Alter ...	3
ConSozial 2013: Zwischen Grundsatz und Umsatz	4
Bayerischer Musikschultag: Für ein Leben mit Musik ...	5
GZ-Fachthema: Kommunale Energiethemen	6-12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Berlin:

Brennpunkt Koalitionsverhandlungen

Im Rahmen von Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetags in Berlin haben mehr als 100 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker eine Resolution zu den Koalitionsverhandlungen verabschiedet. Bund, Länder und Kommunen sind nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbandes bei großen Zukunftsaufgaben gemeinsam gefordert: Zu Recht richten sich hohe Erwartungen an eine künftige neue Bundesregierung und an die Länder.

Nach Aussage von Verbandspräsident Dr. Ulrich Maly sind auch die Städte dazu bereit, ihren Beitrag zum Gelingen zu leisten – etwa für mehr Klimaschutz und damit zur Umsetzung der Energiewende, für die Bereitstellung von Bauland und damit für bezahlbare Wohnungen, für den sozialen Zusammenhalt, für Bildung, für Kinderbetreuung, für die Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Wissenschaft. Der Deutsche Städtetag erwartet deshalb, dass im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen eine nachhaltige Finanzierung gesichert wird, die auch der Lage der Kommunen gerecht wird und keine öffentliche Ebene überfordert.

Daseinsvorsorge

Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass es bei den Koalitionsverhandlungen bereits eine Einigung darüber gibt, die kommunale Daseinsvorsorge zu schützen. Den Kommunen werde damit für ihre Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger wie etwa die Wasserversorgung deutlich der Rücken gestärkt. Es sei ein gutes Zeichen, dass die mögliche große Koalition jeder weiteren Einschränkung der Daseinsvorsorge durch die EU entgegentreten will und die kommunale Daseinsvorsorge zum Kernbestand staatlicher Aufgaben erklärt.

Der Deutsche Städtetag hat mehrfach deutlich gemacht, wie dringlich in Ballungsgebieten mit knappem Wohnraum Maßnahmen sind, die Wohnen wieder bezahlbar machen. Deshalb sei zu begrüßen, dass die Unterhändler der Koalitionsarbeitsgruppe zur Wohnungspolitik den parteiübergreifenden Vorschlag der Städte für eine Mietpreisbremse bei Wiedervermietung

eins zu eins aufgegriffen haben. Mieter werden bei Wohnungswechseln vor nicht gerechtfertigten Mietaufschlägen geschützt, wenn Mieterhöhungen regional differenziert auf maximal 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt werden können.

Mietpreisbremse

Allerdings sei die zunächst auf fünf Jahre befristete Mietpreisbremse kein Allheilmittel gegen steigende Mieten; Wohnungsbau müsse wirtschaftlich attraktiv bleiben. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag vor allem Impulse von Bund und Ländern sowie Anstrengungen aller Akteure auf dem Wohnungsmarkt für den Bau von zusätzlichen, der Nachfrage entsprechenden Wohnungen in wachstumsstarken Städten.

Viele strukturschwache Städte könnten sich trotz erheblicher eigener Anstrengungen nicht ohne Unterstützung von Bund und Ländern aus ihrer schwierigen Finanzlage befreien. Die Schere zwischen Städten in großer finanzieller Not und Städten mit Spielraum für Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen wachse, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen seien in Gefahr. Als besonders belastend muteten die stetig steigenden kommunalen Sozialausgaben an. 2013 werden die Kommunen voraussichtlich 46 Milliarden Euro für Sozialausgaben ausgeben, 1992 waren es noch 22 Milliarden Euro. Die Eingliederungshilfe sei für Menschen mit Behinderung elementar, hier gehe es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die deshalb auch gesamtstaatlich finanziert werden muss.

Die Verabredung zwischen Bund und Ländern im Sommer 2012 für ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinde-

rung müsse zügig umgesetzt werden. Allein zwischen 2007 und 2011 seien die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe bundesweit von 10,6 auf rund 13 Milliarden Euro gestiegen. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag für Menschen mit Behinderung vorrangig ein Bundesteilhabegeld und dadurch eine deutliche Entlastung der Kommunen durch den Bund. Diese Entlastungen müssten unmittelbar bei den Kommunen ankommen.

In den Kommunen bestehe erheblicher Investitionsbedarf, der Investitionsstau in allen Fachbereichen belaufe sich nach dem Kommunalpanel 2012 der KfW auf etwa 128 Milliarden Euro. Die Städte, Kreise und Gemeinden könnten derzeit jedoch nur etwa 21 Milliarden Euro im Jahr investieren. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag, die kommunale Investitionskraft zu stärken.

Um eines der besten Verkehrsnetze Europas und den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv zu halten, müsse als eine der ersten Aufgaben in der neuen Legislaturperiode eine langfristige und nachhaltige Finanzierung von Bau, Reparatur und Unterhaltung von Straßen, Schienen und Wasserstraßen angepackt und später

stens bis zum Jahr 2015 geregelt werden. Dabei sei eine Anschlussregelung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz über das Jahr 2019 hinaus notwendig, auch um Planungssicherheit für mehrjährige kommunale Großprojekte des ÖPNV zu schaffen. Allein bei der Erneuerung der kommunalen Verkehrswege klappe eine Finanzlücke von jährlich mindestens 2,7 Milliarden Euro. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag auch ein Sofortprogramm von Bund und Ländern, um die gravierendsten Schäden an allen wichtigen Verkehrsadern und Brücken zu beheben.

Emissionsreduktion

Die Städte unterstützen die europäischen und nationalen Emissionsreduktionsziele bis zum Jahre 2020 sowie die mit der Energiewende und dem Ausstieg aus der Atomenergie verfolgten Ziele. Ein zu gestaltendes neues Energiemarktdesign sollte die Umsetzung der energiepolitischen Ziele wirtschaftlich und ökologisch vertretbar ermöglichen, die Versorgungssicherheit gewährleisten und die Verbraucherinteressen berücksichtigen. Um diese Ziele zu erreichen, sei eine bessere Koordinierung der Energiepolitik von Bund und Ländern unverzichtbar. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag, dass eine künftige Bundesregierung in enger Abstimmung mit den Ländern und den Kommunen sowie den energiewirtschaftlichen Akteuren einen Aktionsplan zur Umsetzung der Energiewende erarbeitet. **DK**



Im Bild (v. l.): Dr. Manfred Riederle, Stellvertretender Geschäftsführer und Referent für Bildungsfragen des Bayerischen Städtetages, Ralph Deife, Vorstandsmitglied der Öffentlichen Bibliotheken im Deutschen Bibliotheksverbands e. V., Prof. Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, Elisabeth Sträter, Direktorin der Stadt Bibliothek Nürnberg und Dr. Wolfgang Eckart, Direktor des Bildungscampus Nürnberg.

Volkshochschulverband und Bibliotheksverband:

Offene und konstruktive Gespräche auf der Bayerischen Fachtagung

In immer mehr Städten und Gemeinden wird über eine bessere Verzahnung von Bildungseinrichtungen nachgedacht. Das betrifft vor allem Öffentliche Bibliotheken und Volkshochschulen bzw. Bildungszentren. Jüngst wurden Wege der Zusammenarbeit zwischen Öffentlichen Bibliotheken und Volkshochschulen in kommunalen Bildungslandschaften offen und konstruktiv diskutiert: Auf der Bayerischen Fachtagung in Nürnberg wurden die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Treffpunkt Bildung“ des Bayerischen Volkshochschulverband e.V. in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bibliotheksverband e.V. präsentiert. Mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland war die Fachtagung im Nürnberger südpunkt ein voller Erfolg.

Bildungseinrichtungen von Städten und Gemeinden stehen immer häufiger vor der Frage, wie Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen optimal gefördert werden können. Es sind vor allem Öffentliche Bibliotheken und Volkshochschulen, die sich um lebenslanges Lernen in der Kommune kümmern. Zwar haben beide Einrichtungen einen öffentlichen Bildungsauftrag und sollen breite Zugänge ermöglichen; trotzdem arbeiten sie nicht selten mehr nebeneinander. Drei Städte in Bayern haben es sich zur Aufgabe gemacht, hier neue Wege zu gehen und vernetzte Angebote anzubieten: Nürnberg, Regensburg und Bayreuth haben auf der Bayerischen Fachtagung anhand konkreter Beispiele verdeutlicht, wie Bildungseinrichtungen besser verbun-

den werden können, um abgestimmte Bildungsangebote „aus einem Guss“ zu ermöglichen. Einen ganzen Tag wurden Ergebnisse des Forschungsprojektes „Treffpunkt Bildung“ präsentiert und diskutiert, wie systematische Kooperationen in der Praxis auf unterschiedlichste Weise funktionieren kann.

Professor Dr. Julia Lehner, Kulturreferentin der Stadt Nürnberg und Mitglied im Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbandes e.V., eröffnete die Fachtagung im südpunkt. Dr. Manfred Riederle, Stellvertretender Geschäftsführer und Referent für Bildungsfragen des Bayerischen Städtetages, folgte mit seinem Vortrag „Öffentliche Bibliotheken und Volkshochschulen gemeinsam auf dem Weg in kommunale Bildungslandschaften.“ Pro-

Bayern hat Zukunft

Seehofers Regierungserklärung im Landtag

In staatsmännischer Rede hat Ministerpräsident Horst Seehofer die prägenden Eckpfeiler für die neue Legislaturperiode gesetzt: Die zunehmende internationale Entwicklung, die digitale Revolution, die demografische und die kulturelle Entwicklung. Mit konsequenter Finanzpolitik werde man die begonnene Umsetzung angehen. Die Opposition war im Prinzip auf gleichem Kurs, aber Staatsregierung und CSU hätten in den vergangenen Jahren versäumt, die von Seehofer schon bei Amtsantritt vor fünf Jahren aufgezeigten Schritte zu gehen.

„Bayern ist Zukunft“ ist Seehofers Devise. Das Land biete die beste Lebensqualität und müsse in allen Bereichen für Deutschland und weltweit weiter in der Spitzengruppe agieren. Dies bei Verlagerung von Zuständigkeit und Verantwortung von oben nach unten. Die Koalition mit Bürgern und Kommunen sei Fundament und Regierungsauftrag. Es gehe um Gesundheit und Ernährung, natürliche Ressourcen und neue Materialien, Energie und Umwelt, Mobilität und vernetzte Infrastruktur, Luft und Raumfahrt, Information und Kommunikation.

Verkehrsmittel

Zur Infrastruktur avisierte der Ministerpräsident mehr Geld für die Sanierung von Straße und Schiene. Da sei auch der Bund in der Pflicht und müsse seine Verkehrsmittel aufstocken. In diesem Zusammenhang stehe auch generell die - von der Opposition ausdrücklich unterstützte - Änderung des Länderfinanzausgleichs. Es gehe um die Anbindung von Stadt und Land an das modernste Breitbandnetz. Hier seien auch und gerade die Kommunen zu fördern. Gleichmaßen bei Erhalt und Modernisierung der Wohnortnahe rund 6100 Schulen. Beispielhafte Projekte würden gefördert. Bis 2018 soll es in allen Schularten ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben.

Die gesamte Politik stehe unter dem finanziellen Ziel, Bayerns Verschuldung von jetzt noch über vier Milliarden Euro auf Null zu bringen. Das Kabinetthat beschlossen, zwecks Verlagerung von oben nach unten grundsätzlich keine neuen Verwaltungsstellen zu schaffen. Wer sie wolle, müsse vorschlagen, an anderer Stelle ebenso viele zu streichen. „Wir investieren kraft-

voll in die Zukunft. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind ein „Geschwisterpaar“, konstatierte der Ministerpräsident. Den nachhaltigen Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände nach mehr Geld stellte Seehofer, ohne im Einzelnen darauf einzugehen, Bayerns Finanzausgleich gegenüber. Er sei der beste, den es bisher gegeben habe. Die Forderungen, voran von der SPD, beruhten auf falschen Zahlen. In gleichem Stil bestätigte CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer anschließend das Konzept des Ministerpräsidenten.

Aufholjagd

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher ließ sich in seiner Kritik nicht beirren, auch wenn er mit den Schwerpunktbereichen Seehofers grundsätzlich einverstanden war. Dass hier eine Aufholjagd erforderlich sei, lastete er Seehofer und der CSU an. Der Ministerpräsident habe schon beim ersten Amtsantritt vor fünf Jahren versprochen, energisch voranzugehen. Geschehen sei kaum etwas. Die zahlreichen richtigen Initiativen der Opposition, voran der SPD, seien abgelehnt worden. Schuldenfreiheit bis 2030 könne Seehofer leicht versprechen, weil er bis dahin längst nicht mehr im Amt seien werde und 2016 die CSU die von ihm selbst angedeutete Nachfolgediskussion für das Wahljahr 2018 beginnen werde. In Mutmaßungen werden die neue Staatskanzleiministerin Christine Haderthauer und die Berlin-Rückkehrerin Ilse Aigner als mächtige Wirtschaftsministerin genannt. Das neue Finanz- und Heimatmuseum Markus Söders mit Sitz in München und Nürnberg sei sinnlos, erklärte die Opposition.

Gegen ein Weitermachen

Für die Grünen wollte Margarete Bause „etwas Neues wagen“ und stellte dem Ministerpräsidenten „eine grüne Regierungserklärung“ entgegen. Darin bekannte sie sich, wie Rinderspacher, zu den gemeinsam beschworenen Eckpunkten der Politik: „Im Kern geht es um die Frage, wie wollen wir in Zukunft leben. Einfach so weitermachen wie bisher geht nicht.“ Bauses Kontra folgte Rinderspachers, der die SPD als stärkste Opposition und Gegenregierung geriet hatte.

In gleichem Stil nannte Hubert Aiwanger die Eckpunkte der Freien Wähler. Notwendig seien hervorragende Bildungspolitik, Stärkung des ländlichen Raumes, bessere Zusammenarbeit von Stadt und Land, die Zukunftschancen der Landwirtschaft, Bewältigung der Energiewende, mehr Einsatz für die Grundrechte der Bürger und Stärkung der Kommunen, insbesondere durch 15 Prozent Kommunalanteil am Steuerverbund. Städte, Landkreise und Gemeinden seien die zentralen Akteure“.

Die Berliner Koalitionsverhandlungen spielten im Landtag eine Rolle. Seehofer und Rinderspacher standen sich bei Pkw-Maut und Steuererhöhungen mit Signal nach Berlin gegenüber. Doch es soll auch im Landtag „hart aber sachlich“ zugehen. Alles unter der Perspektive, dass im neuen Bundestag ein Kabinet der Großen Koalition erst am 17. Dezember vereidigt werden soll. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Norbert Eberth
97279 Prosselsheim
am 22.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Strauß
91478 Markt Nordheim
am 21.11.

Bürgermeister
Bernhard Müller
97616 Salz
am 27.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erich Schmid
94447 Plattling
am 3.12.

Bürgermeister Ewald Ziegler
91719 Heidenheim
am 21.11.

Bürgermeister Erwin Reiter
89294 Oberroth
am 21.11.

Bürgermeister Walter Sauter
89347 Bubesheim
am 23.11.

Bürgermeister
Graf Georg von Preysing
83703 Gmund
am 24.11.

Bürgermeister Simon Landmann
85232 Bergkirchen
am 30.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erhard Friegel
89438 Holzheim
am 24.11.

Bürgermeister Johann Angstl
84103 Postau
am 25.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Gamisch
86676 Ehekirchen
am 3.12.

Bürgermeister Franz Kröninger
93197 Zeitlarn
am 25.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Joachim Haller
94249 Bodenmais
am 26.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Reichart
88178 Heimenkirch
am 29.11.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sven Janzen
86877 Walkertshofen
am 27.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Heimat in einer globalisierten Welt

Jugendkongress der Hanns-Seidel-Stiftung in München

„Heimat in einer globalisierten Welt“ lautete das Thema des zweiten Jugendkongresses der Hanns-

Seidel-Stiftung in München. Dabei befassten sich u. a. drei Themenforen mit verschiedenen Aspekten von Heimat. Rund 100 junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren nutzten das Angebot zur Diskussion.

In seiner Begrüßung verwies Seidel-Stiftung, Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair auf das neugeschaffene Heimatministerium in Bayern durch Ministerpräsident Horst Seehofer und erläuterte, warum Heimat aus seiner Sicht alles andere als antiquiert ist. Jenseits von Heimattümelei und bloßer Folklore befassten sich viele Menschen mit der Frage, was Heimat ist, wie diese zukünftig aussehen soll und was die Politik hierzu leisten kann. Ihr müsse es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern gehen, nachdem die bayerische Bevölkerung kürzlich eine entsprechende Verfassungsänderung mit großer Mehrheit beschlossen hat.

„Wo will ich leben - Perspektiven für Stadt und Land“ lautete das Thema eines Forums mit den Kommunalpolitikern Josef Schmid und Stefan Rößle. Josef Schmid, CSU-Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat und OB-Kandidat, plädierte für eine verstärkte Kooperation zwischen großen Städten wie München und den ländlichen

der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Regionen. Stefan Rößle, Landrat von Donau-Ries und Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, ermunterte ländliche Regionen, ihre Vorzüge herauszustellen. Die Politik könne dies unterstützen, in dem sie beispielsweise Fachhochschulen und Universitäten auch dort etablierte.

Frage der Attraktivität

Prof. Mark Michaeli vom Lehrstuhl für Nachhaltige Entwicklung von Stadt und Land an der TU München stellte seinerseits die provokante Frage, ob diese Form des Lebens, Studierens und Arbeitens in ländlichen Regionen wegen des dort herrschenden Mangels an Mietwohnungen oder wegen des notwendigen Pendelns für junge Menschen attraktiv sei. Ein weiterer - ökologischer - Aspekt sei die Frage, wie weit sich ein Ausbau von Verkehrsanbindungen sowohl kosten- als auch energie-technisch zukünftig lohne.

In Forum 2 „Was ist für mich Heimat - Leben in einer Welt oh-

ne Grenzen“ meinte Dr. Angelika Niebler, CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament, ihre Heimat sei ihre Herkunft. Die bayerische Identität sei tief in ihr gewachsen und sie trage diese mit Stolz nach außen. Um Migranten eine neue Heimat zu geben, sei jeder Bürger gefordert. Eine Willkommenshaltung der Bevölkerung sei ein erster wichtiger Schritt.

Neue Arbeitswelt

Im Rahmen des dritten Forums, das sich mit der Frage „Wo/Wie werde ich in Zukunft arbeiten? - Schöne neue Arbeitswelt?“ befasste, wies die junge Bundestagsabgeordnete Katrin Albsteiger darauf hin, dass die Herausforderungen, denen junge Menschen heutzutage begegnen, nicht zu vergleichen seien mit denen ihrer Eltern oder gar ihrer Großeltern. Verändert habe sich beispielsweise, dass man nicht mehr nur einen Job zwischen Studium und Rente ausübt. Vielmehr sei es jetzt so, dass oftmals nach zwei bis drei Jahren der Arbeitgeber gewechselt wird, um vielseitiger zu werden und auf der Karriereleiter weiter zu kommen. Zudem sei es in der heutigen Zeit eher untypisch, dass Familienleben und Arbeit am selben Ort stattfinden können.

Als Hauptredner präsentierte der Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Prof. Sigmund Gottlieb Ergebnisse einer Studie des Bayerischen Rundfunks aus dem Jahre 2012 unter dem Titel „Wie die Bayern wirklich ticken“, um Aspekte von „Heimat“ zu erläutern. Dazu waren in einer bayernweit angelegten Repräsentativumfrage insgesamt 3.501 deutschsprachige Erwachsene ab 14 Jahren telefonisch befragt worden.

Danach ist die Lebensqualität im Freistaat höher als in anderen Bundesländern – die Zustimmung zu dieser Aussage ist in allen Landesteilen in den letzten drei Jahre am stärksten angestiegen (von 77 % auf 85 %). Zudem meinen jeweils drei Viertel der Befragten, dass Bayern und die eigene Region in Zeiten der Globalisierung immer wichtiger werden.

Stolz auf Bayern

So sind auch vier von fünf Bayern stolz, „Bayer zu sein“ – ein im Vergleich zu einer bereits 2009 durchgeführten Umfrage unverändert hoher Wert, der nur noch durch den Stolz auf die eigene Region (85 %) überboten wird. Bei den unter 30-Jährigen ist diese Heimatliebe sogar noch etwas ausgeprägter. 77 Prozent dieser Altersgruppe fühlen sich in ihrer Region absolut zu Hause, gar 90 Prozent sind stolz auf ihre Region.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass unter den jungen Bayern der Anteil derer besonders stark angestiegen ist, die sich „eher als Bayer denn als Deutscher“ fühlen (von 53 % auf 61 %). Basis dieses Lebensgefühls ist zunächst das von nahezu allen geteilte Gefühl, dass man hier angekommen und gut aufgehoben ist: „Hier habe ich meinen Platz gefunden“, bestätigen 89 Prozent der Bayern und nahezu jeder (96 %) „fühlt sich hier wohl“. Wie vor drei Jahren bestätigen 95 Prozent bzw. 98 Prozent der Befragten, dass sie „gerne in ihrer Region leben“ und „sich hier zu Hause fühlen“. Dies ist nicht nur in den Freunden und der Familie vor Ort begründet. Vielmehr fühlen sich die Menschen insgesamt eingebettet in die soziale Gemeinschaft: Der Eindruck, dass „ein starkes Zusam-

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

Seit Beginn des Jahres sehen sich die Kommunen des Freistaates Bayern mit einem stetig wachsenden Zustrom von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern konfrontiert. Die Unterbringung dieser Menschen sorgt nach wie vor für kontroversen Gesprächsstoff unter Bürgerinnen und Bürgern, aber auch im Bereich der Politik. Hierbei stehen oftmals die Herausforderung des Ortes der Unterbringung und die leider nur zu oft auf Vorurteilen beruhenden Befürchtungen der zukünftigen Nachbarn im Vordergrund der Diskussion.

Übersehen wird dabei häufig, dass hinter jeder Flucht ein Einzelschicksal steckt – dies betrifft insbesondere die Jüngsten unter den Flüchtlingen, die Kinder und Jugendlichen, die meist unter traumatisierenden Bedingungen den Weg nach Deutschland finden. Viele dieser Jugendlichen sind ohne Eltern oder erwachsene Begleiter unterwegs und kommen auf sich allein gestellt in unser Land. Diese Jugendlichen haben einen erhöhten Bedarf an Schutz und Betreuung, der bisher gesellschaftlich nur unzureichend gesehen wird. Gerade diese Jugendlichen bieten aber auch ein Beispiel, wie die Integration von Asylbewerbern gelingen kann. Dies möchte ich Ihnen in einem kurzen Bericht über ein Projekt im Landkreis Mühldorf a. Inn nahe bringen – wie ein Landkreis 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufnahm und dieses Projekt zu einem Erfolg und einer Bereicherung für den Landkreis und die jungen Menschen wurde.

Integration als Bereicherung

„UmF“, die „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“: So simpel die Abkürzung auf dem Papier auch ist, die Problematik ist in der Realität oft sehr mannigfaltig. Schon so einiges mussten diese jungen Menschen in ihrem Leben erliden. Die frühere Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, hat in einer Pressemitteilung vom 26. August dieses Jahres angekündigt, dass zukünftig alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Jugendhilfeeinrichtungen betreut werden sollen und an die für die Jugendhilfe zuständigen Landkreise und Kommunen appelliert, erforderliche Einrichtungen für die Unterbringung zu schaffen. Der Landkreis Mühldorf a. Inn ist dieser Bitte zuvor gekommen: Seit Mitte 2012 konnte der Landkreis insgesamt 22 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Berufsbildungswerk Waldwinkel der Deutschen Provinz der Salesianer Don Boscos in einer sich darin befindlichen Jugendhilfeeinrichtung ein neues Zuhause geben.

Unter den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sind dreizehn Jugendliche aus Afghanistan, die restlichen neun Jugendlichen kommen aus verschiedenen afrikanischen Staaten. Trotz ihrer sehr unterschiedlichen kulturellen, ethnischen sowie religiösen Herkunft haben sich die Jugendlichen in der Einrichtung und in der Wohngemeinde Aschau a. Inn mittlerweile sehr gut eingelebt und integriert. So sind sie z. B. Mitglieder in Ortsvereinen und fühlen sich insgesamt wohl und akzeptiert, auch in den umliegenden Gemeinden. Kurzum: Sie sind „gut angekommen“. Nach anfänglichen leichten Schwierigkeiten wird die gestellte Aufgabe im Projekt „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Berufsbildungswerk Waldwinkel“ aufgrund des flexiblen Zusammenwirkens aller Akteure in vol-



lem Umfang erfüllt. Der Landkreis Mühldorf a. Inn stellt für die rechtliche und sozialpädagogische Betreuung sowie für die wirtschaftliche Abwicklung Personal aus dem Amt für Jugend und Familie. Unser Allgemeiner Sozialdienst führt mit den Jugendlichen regelmäßig intensive Gespräche, um diese in ihrer Persönlichkeit und Entwicklung zu stärken und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Durch unseren Amtsvormund werden die Jugendlichen rechtlich betreut und unterstützt. Der

Amtsvormund vertritt die Jugendlichen auch im Asylverfahren. Neben den Anliegen der Jugendlichen sind meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch Ansprechpartner für das Personal des Berufsbildungswerkes Waldwinkel. Sie werden aufgrund der unterschiedlichen Vorgeschichten der Jugendlichen mit individuellen Problematiken konfrontiert, die in den meisten Fällen zum Wohle der Jugendlichen gelöst werden können.

In enger Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungswerk Waldwinkel und der Berufsschule I Mühldorf a. Inn ist es uns gelungen, ein passgenaues Konzept zur Beschulung zu erstellen. Die Aufnahme der Jugendlichen war für alle Beteiligten Neuland, so dass ein enger Austausch zwischen den unterschiedlichen Bereichen und Institutionen notwendig war und nach wie vor notwendig ist. Es hat sich gezeigt, dass die von Anfang an geleistete intensive Betreuung und Beschulung der Jugendlichen enorm wichtig für die positive Entwicklung der Jugendlichen ist. Sie konnten relativ schnell Vertrauen aufbauen und zeigen sich sehr motiviert. Aufgrund des hohen Lernwillens haben sie bereits nach einem Jahr gute Deutschkenntnisse. Ein Großteil der Jugendlichen konnte bereits in diesem Jahr eine Ausbildung beginnen.

Unser Resümee ist bis heute: Wir haben durchgehend ausgesprochen positive Erfahrungen mit diesen jungen, schutzbedürftigen Menschen gemacht. Ohne die gemeinschaftliche Mitwirkung aller Beteiligten könnten wir diesen Erfolg nicht verzeichnen. Daher bedanke ich mich bei allen beteiligten, aktiven Kommunalpolitikern, darüber hinaus bei den staatlichen Behörden, bei der Berufsschule I Mühldorf a. Inn und natürlich beim Berufsbildungswerk Waldwinkel für die Aufnahme und Begleitung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die Jugendlichen haben ausreichend Potential, den Anforderungen an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden. Natürlich wirkt dies auch dem bestehenden bzw. prognostizierten Fachkräftemangel entgegen. Um diese positiven Erfahrungen noch ausbauen zu können, appelliere ich an den Freistaat Bayern, uns noch mehr bei den anfallenden Kosten zu unterstützen.

Wie dieses Beispiel zeigt, kann die Lösung dessen, was derzeit als „Asylbewerberproblematik“ bezeichnet wird, nicht in Diskussionen sondern nur in der Zusammenarbeit aller Beteiligten liegen. Zur Aufnahme von Asylbewerbern sind wir völkerrechtlich verpflichtet. Gerade bei Kindern und Jugendlichen sollte aber nicht das Recht, sondern die Menschlichkeit im Vordergrund stehen.

Ich hoffe, Sie durch die Zusammenfassung unserer bisherigen Erfahrungen für die Thematik sensibilisiert zu haben und schließe mit einem Appell an alle Landkreise bzw. kreisfreien Städte und auch an die übrigen Kommunen, das Problem der geeigneten Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in noch zu schaffenden Jugendhilfeeinrichtungen gemeinsam zu lösen. Die Jugendlichen werden es Ihnen – wie unsere bisherigen Erfahrungen zeigen – danken!

Ihr Georg Huber
Landrat Mühldorf a. Inn



Schülerzeitungspreis DIE RAUTE verliehen

Hanns-Seidel-Stiftung zeichnet fünfzehn Schulen aus

DIE RAUTE hat sich in den vergangenen Jahren zu einem begehrten Preis für Schülerzeitungsredaktionen entwickelt. 210 Schülerzeitungen hatten sich an der diesjährigen Ausschreibung der Hanns-Seidel-Stiftung beteiligt. Dr. Peter Müller, Amtschef im Bayerischen Kultusministerium, und Stiftungsvorsitzender Prof. Hans Zehetmair überreichten in München den mit insgesamt 4.500 Euro dotierten Preis an fünfzehn Redaktionsteams. Im Bild das Schülerzeitungs-Team „freestyle“ mit dem Stiftungsvorsitzenden Staatsminister a.D. Hans Zehetmair (l.), Amtschef Peter Müller (2. v. l.) aus dem Kultusministerium und Institutsleiter Franz Guber (6. v. l.)

Mehr Informationen unter: www.hss.de/preise/die-raute.html □

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Kongress „Genossenschaften für ältere Menschen“

„Es ist der Wunsch der meisten älteren Menschen, möglichst lange zu Hause leben zu können. Die bayerischen Kommunen haben die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und mit Seniorenpolitischen Gesamtkonzepten die Weichen gestellt. So verfügen bereits rund 90 Prozent von den insgesamt 96 bayerischen Landkreisen und Städten über ein solches Gesamtkonzept oder sind gerade dabei, es zu erarbeiten. Unsere Kommunen sind hiermit bundesweit führend!“, so Bayerns Sozialministerin Emilia Müller beim Kongress „Genossenschaften für ältere Menschen“ in Nürnberg.

Die Ministerin ergänzte: „Bei der Umsetzung gewinnt die Genossenschaftsidee, die auf gegenseitiger Hilfe beruht, zunehmend an Bedeutung. Und das zu Recht: Seniorengenossenschaften bieten eine optimale Plattform, wenn es darum geht, passgenaue Lösungen für die sehr unterschiedlichen Lebenslagen älterer Menschen zu finden. Und sie beziehen die älteren Bürgerinnen und Bürger aktiv in Entscheidungsprozesse ein. Der Auf- und Ausbau gegenseitiger Unterstützung in autonom verwalteten und finanzierten Selbsthilfestrukturen wie Seniorengenossenschaften hat deswegen meine volle Unterstützung.“

Vielfältige Unterstützung

Das Bayerische Sozialministerium unterstützt Seniorengenossenschaften auf vielfältige Weise, insbesondere durch eine Anschubfinanzierung von bis zu 30.000 Euro für drei Jahre pro Seniorengenossenschaft. Im Juni 2013 ist ein Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von Seniorengenossenschaften erschienen. Auch der Kongress „Genossenschaften für ältere Menschen“ leistete einen Beitrag bei der Unterstützung von Seniorengenossenschaften. Weitere Informationen unter: www.seniorengenossenschaften.bayern.de □

mengehörigkeitsgefühl herrscht“, hat sich in den letzten drei Jahren sogar noch etwas verstärkt; 82 Prozent stimmen dem zu. Und noch mehr (90 Prozent) mögen die Mentalität ihrer Mitmenschen.

Landschaftsverbundenheit

Einig sind sich nahezu alle (94 %), dass die Landschaft wesentlich zu ihrer Verbundenheit mit der Region und Bayern beiträgt – seien es die Berge und Seen in Schwaben und Oberbayern, der Wald in Niederbayern und der Oberpfalz, die Mittelgebirge und Flüsse in Franken oder ganz allgemein der ländliche oder auch städtische Charakter der jeweiligen Gegend. „Praktische Aspekte“ rücken demgegenüber etwas

in den Hintergrund: Arbeitsplätze, Infrastruktur und Freizeitmöglichkeiten werden von jeweils rund drei Vierteln genannt, wenn man sie bittet, ihre Vorliebe für die Region zu begründen. Das war 2009 anders. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Wirtschaftskrise wurde damals Arbeitsplätzen und auch Bildungseinrichtungen weitaus stärkeres Gewicht zugemessen.

Brauchtum

Ausdruck der Verankerung in der Region ist auch, dass man sich Brauchtum und Geschichte verpflichtet fühlt. Gut drei Viertel der Bayern finden es wichtig, die lokalen Traditionen zu pflegen. Gerade unter den Jüngeren hat

der Zuspruch deutlich zugenommen (von 63 % auf 72 %). Auch eine weitere Aussage bejahen die unter 30-Jährigen deutlich öfter als die Bayern insgesamt: „Ich trage gerne Tracht“, sagten 2009 knapp ein Viertel der Jüngeren, aktuell sind es 43 Prozent (gegenüber 32 % im bayerischen Durchschnitt). Zwar umfasst das auch diejenigen, deren modische Interpretationen allenfalls Trachtenanklänge erkennen lassen. Aber über die „falsche Tracht“ finden gerade die Jüngeren Zugang zu den traditionelleren Gewändern. Den Dialekt halten nach wie vor – und relativ generationenunabhängig – zwei Drittel der Bayern für wichtig. DK

ConSozial 2013 in Nürnberg:

Zwischen Grundsatz und Umsatz

Mit einer neuen Höchstmarke von über 5.100 Besuchern sind die ConSozial 2013 und der KITA-Kongress der ConSozial in Nürnberg zu Ende gegangen. Einmal mehr zeigte sich die ConSozial unter dem Motto „Soziales unternehmen: zwischen Grundsatz und Umsatz“ als zentrale Leistungsschau des Sozialen in Deutschland. 227 Aussteller waren ebenso wie die Besucher vom neuen Messe-Konzept begeistert.

Die ConSozial extra ließ unter der Überschrift „Humanität – Humor – Haltung“ Alltagsthemen des Sozialen in einem neuem Licht erscheinen. Zu den Höhepunkten zählten ein Auftritt des Sängers Purple Schulz, der sich mit dem Thema Demenz auseinandersetzte, sowie die Comedy-Lesung „Besser Arm ab als arm dran“ von Martin Fromme.

Der KITA-Kongress ging ausdrücklich auf die Bedürfnisse von Kindertagesstätten ein. Neue Spiele, Lern- und Sportmaterialien wurden präsentiert und anstehende Fragen erörtert. Dabei ging es vor allem um die Finanzierung von Kindertagesstätten und den Fachkräftemangel in der Branche. Gastgeber des KITA-Kongresses waren das Deutsche Jugendinstitut und das Staatsinstitut für Frühpädagogik.

Preisverleihung

Das neue Messe-Konzept der ConSozial mit einem Mix gewerblicher und ideeller Aussteller bot interessante Perspektiven auf die Vielfalt der Sozialbranche. Die ebenfalls neuen Themen-Specials unter der Überschrift „Lösungen statt Produkte“ zeigten den Wertbeitrag von Informationstechnologie für soziale Einrichtungen im direkten Vergleich.

Im Rahmen der Eröffnung wurde auch der ConSozial Managementpreis verliehen. Diesjährige Preisträger sind das Deutsche Rote Kreuz für sein „Führungskräfteentwicklungs-

programm“ in der ambulanten Pflege und das Diakonische Werk Bamberg – Forchheim für die „KulturTafel Bamberg“.

Der Bezirk Mittelfranken war in diesem Jahr der Ausrichter des Fach-Forums, das unter dem Leitgedanken „Wenn die Hände sprechen“ stand. Dabei ging es darum aufzuzeigen, welche Hilfen und Therapiemöglichkeiten psychisch kranke Menschen haben, die zudem auch noch an einer Hörschädigung leiden.

Professionalität gefordert

Die Abteilung für Hörgeschädigte im Klinikum am Europakanal Erlangen schafft es mit einem Team aus Ärzten, Psychologen, Fachtherapeuten und Pflegekräften auf jeden Patienten einzugehen. „Dies ist eine besondere Herausforderung, der sich die Fachkräfte nicht nur mit ganzer Professionalität, sondern auch mit Leidenschaft stellen“, würdigte Mittelfrankens Bezirksstagspräsident Richard Bartsch die Leistungen des Teams.

Die Fachmesse ConSozial ist für die Bezirke und den Bayerischen Bezirkstag zu einem Aushängeschild in der Außendarstellung geworden. Am Messestand standen Fachleute aus den Sozialverwaltungen der Bezirke den Besuchern Rede und Antwort.

„Mit dem großen Andrang an Besuchern hat die ConSozial einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie die Leitveranstaltung für die Führungs- und Fachkräfte der

Sozialwirtschaft im deutschsprachigen Raum ist. Es zeigt auch, welch hohen Stellenwert soziale Leistungen in unserer Gesellschaft haben. Die Arbeit, die in den Einrichtungen und Diensten von der Kinder- und Jugendhilfe über die Hilfe für Menschen mit Behinderung bis hin zur Seniorenarbeit und Hospizversorgung tagtäglich geleistet wird, ist das Fundament unserer sozialen Marktwirtschaft. Um dieses Fundament zu festigen, setze ich mich auch bei den derzeitigen Koalitionsverhandlungen im Bund beispielweise für mehr Rengerechtigkeit – Stichwort ‚Mütterrente‘ – und ein bundesfinanziertes Bundesleistungsgesetz ein,

(Fortsetzung von Seite 1) längerung der Bundesförderung über 2019 hinaus und eine Aufstockung von 1,33 auf 1,96 Milliarden Euro bundesweit jährlich für kommunalen Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr. Maly: „Die Sanierung von Bahnstrecken, Haltestellen, Tunnel, Brücken und Straßen ist aufwändig, teuer und lästig für Anlieger und Fahrer. Aber wir müssen das Problem angehen, denn wir leben schon zu lange von der Substanz und rutschen damit in immer gravierendere Probleme. Wenn die Verkehrsadern nicht mehr fließen, droht dem Land ein Verkehrsinfarkt.“

Staatsschuldenkrise

Wie der Vorsitzende weiterhin feststellte, treffe der europäische Kampf gegen die Staatsschuldenkrise nicht nur die EU-Mitgliedstaaten. Auch die Kommunen bekämen die Auswirkungen des Fiskalpakts zu spüren. Während die deutsche Schuldenbremse auf Bund und Länder wirkt, seien die Kommunen beim Fiskalpakt bei der Berechnung des gesamtstaatlichen Defizits mit einbezogen. Somit reduzieren sich Maly zufolge die Handlungsspielräume von Bund, Ländern und Kommunen. Sobald der Fiskalpakt im Jahr 2019 den Finanzministern der Bundesländer Schraubzwingen ansetzt, verlagere sich dieser Druck auch auf die Kommunen.

Möglichst schon vorher beanspruchen diese nun einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen. Wie der Verbandschef darlegte, sei dies für den Bayerischen Städtetag das wichtigste Anliegen für den kommunalen Finanzausgleich. Der kommunale Anteil im allgemeinen Steuerverbund müsse von derzeit 12,75 Prozent weiter erhöht werden.

„Überfachlichen Planungswillen und überörtlichen Gestaltungswillen“ forderte Maly darüber hinaus beim Thema Landesentwicklung. Der ehemalige Wirtschaftsminister Heil habe zu viel Wildwuchs bei Einkaufszentren und Gewerbegebieten auf dem Land zugelassen. Der nun zuständige Finanzminister Söder zeige hingegen politischen Gestaltungswillen. Die Zusammenlegung von Landesentwicklung und digitaler Erschließung im Finanzministerium könne nachhaltige Impulse geben.

Die ungezügelte Ansiedlung von Einkaufshallen oder Factory-Outlet-Centern auf der grünen Wiese halte weder Abwanderung noch demografischen Wandel auf. Hier sei eine gute Infrastrukturpolitik gefragt – Straße, Schiene, Datenautohahn – und eine staatliche Regional- und Strukturpolitik, die attraktive „Ankerpunkte“ für die Menschen schafft: Behördenverlagerungen, Hochschulen und Außenstellen von Forschungseinrichtungen könnten wertvolle Impulse für eine Region geben.

Gute Möglichkeiten zur nach-

das Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe herausnimmt“, zog Bayerns Sozialministerin Emilia Müller eine positive Bilanz.

Auch der KITA-Kongress der ConSozial sei ein voller Erfolg gewesen, so die Ministerin. Die vielen Vorträge und die hohe Aufmerksamkeit für den KITA-Kongress hätten gezeigt, dass eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder in Bayern vielen am Herzen liegt. „Auch ich unterstütze weiterhin unsere Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige. Ein besonderer Fokus muss hier auf Bayerns Metropolen München und Nürnberg liegen. Dabei ist mir wichtig, dass die Betreuungsgleichheit mit dem Krippenausbau Hand in Hand geht“, betonte Müller abschließend. DK

Schicksalsjahr 2019...

haltigen Zukunftssicherung liegen nach Malys Ansicht ohnehin in einer breit gefächerten Hochschullandschaft. Seit den 1970er Jahren habe der Freistaat bewusst und mit Erfolg ein vielfältiges Netz von Hochschulen - Beispiele sind Amberg, Coburg, Deggendorf, Hof, Kempten, Schweinfurt und Weiden - über das ganze Land gelegt. Neue Bildungseinrichtungen stießen langfristig Innovatives an und gäben dem Kulturbetrieb Impulse.

Potential sieht der Verbandsvorsitzende in der Verbindung der Zuständigkeiten der digitalen Erschließung Bayerns mit der Koordination der Aktivitäten zu den demografischen Herausforderungen: Erforderlich sei ein Landesentwicklungsprogramm mit überfachlichem und überörtlichem Gestaltungsanspruch – hier bestehe klarer Bedarf zur Nachbesserung. Wenn Finanzminister Söder in seinen ersten Äußerungen unterstreicht, dass die flächendeckende Versorgung mit Breitband eine Aufgabe der Daseinsvorsorge von Bund und Ländern werden soll, ist dies nach Malys Auffassung ein verheißungsvoller Ansatz. Planvolle Dynamik mit klaren Zielen könne beim Breitbandausbau nur helfen.

Chance für Energiewende

Mit der Zusammenführung der Zuständigkeiten für Energie im bayerischen Wirtschaftsministerium öffnet sich laut Maly die Chance auf eine überlegte Umsetzung der Energiewende und ein von Bund und Ländern abgestimmtes Gesamtkonzept für eine Koordination der vielfältigen Aufgaben. Wie Maly hervorhob, sei die Bündelung der Kompetenzen für die Energiewende in einem Ministerium dringend gewesen. Nun komme es darauf an, was Wirtschaftsministerin Aigner daraus macht. „Fest steht: Bayern braucht einen Masterplan für die künftige Energieversorgung, der verlässliche Rahmenbedingungen schafft und einen konkreten Projektplan umsetzt.“

Liberalisierungswelle

Äußerste Wachsamkeit verordnete der Städtetagsvorsitzende beim Thema Liberalisierung. Zwar schien es Maly zufolge in diesem Sommer so, als hätten die Kommunen einen Erfolg erzielt: Nicht zuletzt mit Hinweis auf den heftigen Widerstand der europäischen Bürgerschaft hatte EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier den Entwurf der Europäischen Konzessionsrichtlinie geändert. Die Versorgung mit Trinkwasser wurde aus der EU-Konzessionsrichtlinie herausgenommen. „Das bedeutete aber nur kurzzeitig Entwarnung“, so Maly. Die Ruhe sei trügerisch gewesen. Inzwischen brähten zwei globale Freihandelsabkommen neue Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge, „so-

Wichtige Plattform...

(Fortsetzung von Seite 1) Wirtschaftlichkeitslücken so groß sind, dass hier auf lange Sicht kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist. Ohne staatliche Anreize werde deshalb der Ausbau der hochbitratigen Anschlüsse nicht erfolgen, die jedoch für den Erhalt der Wirtschaftskraft dieser Regionen unerlässlich sind.

Mit dem Förderprogramm leiste der Freistaat Bayern gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Breitbandstrategie der Bundesregierung. Deren Ziel ist es, bis zum Jahr 2018 jeden Haushalt mit mindestens 50 Mbit/s zu versorgen. Auch die EU fordert in ihrer Digitalen Agenda eine Bandbreite von mindestens

30 Mbit/s bis 2020 für alle EU-Bürger und mindestens 100 Mbit/s für mindestens die Hälfte aller europäischen Haushalte in allen Mitgliedstaaten. Die bisherige Entwicklung in Deutschland zeige klar, dass diese Ziele ohne intelligent gesetzte staatliche Anreize nicht zu erreichen sind.

Förderprogramm

Bauer zufolge haben als erste Kommunen in Bayern Willanzheim und Iphofen Zuwendungsbescheide im Rahmen des bayerischen Hochgeschwindigkeitsförderprogramms erhalten und können damit den Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandnetzen realisieren. Die Förderbescheide hat Finanzminister Dr. Markus Söder kürzlich übergeben.

Aktuell nutzen etwa 340 Kommunen im Freistaat das bayerische Förderprogramm, um die Breitbandversorgung in ihrer Region nachhaltig und zukunftsweisend zu verbessern. Insgesamt schreitet nach Bauers Darstellung der Förderprozess stetig voran; fast täglich stiegen neue Gemeinden in das Verfahren ein oder gingen im Prozess den nächsten Schritt. So hätten einige Gemeinden das Auswahlverfahren bereits abgeschlossen und erwarteten in den kommenden Wochen ebenfalls ihre Zuwendungsbescheide.

Kostenlose Unterstützung

Wie der Ministeriumsvertreter erläuterte, stehe das Bayerische Breitbandzentrum, zum Januar 2013 vom Freistaat Bayern initiiert, allen Kommunen während des Förderprozesses als Ansprechpartner zur Verfügung und biete den Gemeinden umfangreiche und kostenfreie Unterstützungsleistungen – ein Angebot, das bisher bereits mehr als 910 Kommunen in rund 1380 Gesprächen wahrgenommen haben (Stand: Oktober 2013). Bauer machte deutlich, dass nun ein besonderes Augenmerk auf die spezielle Unterstützung der Kommunen gelegt werden soll. Die Kommunen seien subsidiär für wichtige Entscheidungen tätig, sie seien vor Ort konkrete Ansprechpartner für die Bürger.

Minister Söder habe bereits angekündigt, die bestehende Breitbandförderrichtlinie auf Vereinfachungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Haushaltsmittel stünden ausreichend zur Verfügung. Zwar sei der Abfluss derzeit noch denkbar gering, doch hofft Bauer, „dass die Gemeinden eine qualifizierte Betreuung erfahren und die zur Verfügung stehenden Mittel in der Folge abrufen können“. DK

über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA). Nach Malys Worten geht es um eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels. Betroffen seien auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie zum Beispiel in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung.

In einer Entschliebung habe das EU-Parlament gefordert, dass die EU-Kommission bei der Ausarbeitung von Marktzugangsverpflichtungen sensible Anliegen bei öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen soll, etwa für öffentliche Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft. Maly zufolge ist fraglich, ob dies tatsächlich die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland ausreichend schützen kann. Die Verhandlungen liefen hinter verschlossenen Türen „und die Kommunen stehen ebenso draußen vor der Tür wie die europäischen Bürgerschaft“. DK

Kernthema...

(Fortsetzung von Seite 1) Studie auf ein ganzes Bündel von Aspekten gestoßen. Einerseits sind die Ursachen bei den Betrieben selbst zu suchen (mangelnde Rentabilität, keine Nachfolgeregelung, geringe Investitionsbereitschaft, Mangel an guten Ideen zur Belebung des Geschäfts etc.). Hinzu kommen gesetzliche Regelungen, die nicht auf das Wohlergehen aller Betroffenen stoßen (Rauchverbot, kein genereller reduzierter Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie, zahlreiche Hygiene- und Feuerschutzvorschriften, Alkoholkontrollen etc.).

Mancherorts wird die Konkurrenz durch Vereinsheime und Feste ohne Beteiligung der lokalen Gastronomie beklagt, aber nicht nach Kooperationsmöglichkeiten und Synergieeffekten gesucht. Übergreifend sind in jedem Fall die Veränderungen in der Gesellschaft wie demographischer Wandel und Landflucht, zunehmend flexible Arbeitsverhältnisse, verändertes Konsum-, Informations- und Kommunikationsverhalten sowie gestiegene Mobilität – um nur einige der wichtigen Aspekte zu nennen.

Hinzu kommen makro- und mikro-ökonomische Rahmenbedingungen, die als entscheidende Bestimmungsfaktoren auf das Geschehen einwirken: makro-ökonomisch die seit Jahrzehnten abnehmende Bedeutung der Landwirtschaft und im Verbund damit die unelastische, ebenso seit Jahrzehnten im Vergleich zu anderen Ausgabebereichen des privaten Konsums tendenziell rückläufige Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Getränken; mikro-ökonomisch die geringe oder rückläufige Rentabilität von Dorfwirtshäusern.

Trotz rückläufiger Zahlen zeigte die Untersuchung aber auch: Verhungern oder verdurs-

ten muss in Bayern niemand. 2011 gab es nach Ausweis der amtlichen Statistik in 764 der insgesamt 2.056 bayerischen Gemeinden keinen getränkeorientierten Gastronomiebetrieb mehr, was 37,2% aller Gemeinden entspricht. 2006 war dieser Wert noch bei 30,2% gelegen. Daneben gibt es die Kategorie der speisenorientierten Betriebe. Hier stellt sich die Situation insofern günstiger dar, als es 2011 in 257 bayerischen Gemeinden keinen solchen Betrieb gab, was 12,5% aller Gemeinden entspricht. Diese Zahl hat sich gegenüber 2006 nur unwesentlich verändert.

Führt man nun beide Kategorien zusammen und stellt die Frage, welche Gemeinden in Bayern weder über einen getränke- noch über einen speisenorientierten Wirtshausbetrieb verfügen, fällt das Ergebnis doch etwas überraschend aus, relativiert in jedem Fall beträchtlich das allzu reißerische Schlagwort vom „Wirtshaussterben“. Im Jahr 2006 gab es in 5,6 % der bayerischen Gemeinden weder ein Getränke- noch ein speisenorientiertes gastronomisches Angebot in einem entsprechenden Wirtshaus. Bis 2011 ist dieser Wert zwar auf 6,7% aller bayerischen Gemeinden leicht angestiegen, bewegt sich aber sowohl in absoluten Zahlenwerten als auch im Verlauf des zeitlichen Wandels in engen Grenzen.

Erfolgreiche Geschäftsmodelle zeigten beim Bayerischen Tourismus zwei Praxisbeispiele aus Rödental („Der Grosch – Gastlichkeit seit 1425“) und aus Altenau („Ein Dorf wird Wirt“). Einen humoristischen Beitrag zum Tourismusgust lieferte der bekannte Kabarettist Django Asül mit seinen Erkenntnissen zum „Urlaub in Bayern – die wahre Erleuchtung“. DK

Bayerischer Musikschultag in Erlangen:

Für ein Leben mit Musik

Der Bayerische Musikschultag bietet stets die besondere Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit der öffentlichen Musikschulen in Bayern und deren Leistungsfähigkeit zu gewinnen. In Erlangen stand heuer neben Konzerten der jungen musikalischen Elite aus den bayerischen Musikschulen auch die Erörterung aktueller Themen auf dem Programm: die wachsende Bedeutung öffentlicher Musikschularbeit für Bildung und Gesellschaft, Kooperationen von öffentlichen Musikschulen mit allgemeinbildenden Schulen sowie das Musizieren in heterogenen Gruppen.

Kooperationen mit anderen Bildungsträgern sind ein bedeutendes Thema für die bayerischen Sing- und Musikschulen. Im vergangenen Jahr hat sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Öffentliche Musikschulen in Kooperation mit Kitas, Grund- und Förderschulen beschäftigt. In Fortführung dessen hat die Arbeitsgruppe Musikalische Bildung in Bayern eine weitere Publikation mit Leitgedanken und Handlungsempfehlung unter der Überschrift „Öffentliche Musikschulen als Partner von weiterführenden Schulen“ entwickelt, die in Erlangen vorgestellt wurde. Vertiefend fand unter demselben Titel ein Forum statt.

Um Zusammenarbeit ging es auch beim Workshop „Am liebsten gemeinsam – Menschen machen Musikschule“. Dabei lag der Schwerpunkt beim Zusammenwirken von Individuen in heterogenen Kleingruppen. Persönliche Schranken und Vorurteile werden hierbei überwunden, denn gerade die Vielseitigkeit der Gruppenmitglieder ist Bereicherung.

Besonders eindrucksvoll zeigte sich dies beim Festkonzert im Markgrafen-Theater. Zu diesem Anlass präsentierte neben einer Auswahl talentierter Musiker aus der Städtischen Sing- und Musikschule Erlangen, die ihr 60-jähriges Bestehen feierte, und

dem Erlanger Musikinstitut e. V. ein inklusives Ensemble sein Können. Dieses Ensemble ist in Kooperation der Musikschule Fürth e. V. und der Städtischen Sing- und Musikschule Lindenberg im Allgäu entstanden. Insgesamt waren an diesem Abend 14 Ensembles und Solisten aus zwölf fränkischen Musikschulen mit einem abwechslungsreichen Programm zu hören.

Persönlichkeitsbildung

Interessantes zum Thema „Öffentliche Musikschulen in Bayern“ bekamen die zahlreichen Ehrengäste des Festaktes in den Grußworten des Präsidenten des Verbandes Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V., Landrat Martin Bayerstorfer sowie des Oberbürgermeisters der Stadt Erlangen, Dr. Siegfried Balleis und des Kulturausschussvorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Dr. Dieter Rossmeissl, zu hören.

„Musikerziehung bildet Persönlichkeit, schafft Gemeinschaftserlebnisse und braucht ihren Platz in jeder Kommune“ stellte der wiedergewählte VBSM-Präsident Martin Bayerstorfer in seinem Grußwort heraus: „Uns ist klar, wie lebenswichtig Musik für Kinder und Jugendliche, aber auch für Menschen höheren Alters ‚lebenslanglich‘ ist. Kindern, Jugendli-

chen und ‚Junggebliebenen‘ muss der ‚Möglichkeitsraum Musikschule‘ flächendeckend offen stehen.“ Vor allem sprach Bayerstorfer den Eltern seinen Dank aus. Sie finanzierten „den Löwenanteil von 45 Prozent der Kosten – das ist der höchste Anteil, den Bürger in Bildungs- und Kultureinrichtungen übernehmen.“

Förderquote

Dieter Rossmeissl griff diese Gedanken auf und drängte auf eine Erhöhung der staatlichen Förderquote, denn man könne „Eltern und Kommunen damit auch nicht alleine lassen“. Die Städte seien gern bereit, ihre kommunal verankerte Bildungskompetenz in den Musikschulen auch dem staatlichen Schulwesen für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung zu stellen, weil das Schulwesen diesen erweiterten Bildungsanspruch benötige und ihm gar nicht anders gerecht werden könne.

„Aber die Städte sind natürlich nicht bereit, das zum Nulltarif zu tun“, fuhr Rossmeissl fort. „Musikpädagogik, die Kernkompetenz der Musikschulen, kann und darf dem Staat nicht weniger wert sein, als andere pädagogische Arbeit ... auch“. Für diese läge die finanzielle Verantwortung, im Rahmen des Ganztagsunterrichts an weiterführenden Schulen, eben auch beim Staat. „Wir wollen keine Verstaatlichung der Musikschulen, aber wir wollen eine finanzielle Mitverantwortung des Staates für die Mitgestaltung von Ganztagschulen, von Ganztagsbetrieb, durch die Kommunen. Ich freue mich aktuell darüber hinausgehende Signale zu hören. Ich warte jedoch noch auf deren Umsetzung“, so der Verbandsvertreter.

Im Mittelpunkt des diesjährigen Festakts stand die Rede des Bayerischen Staatsministers des Inneren, Joachim Herrmann mit dem Titel „Die Bayerischen Sing- und Musikschulen: Bewahrer und Förderer der Musikkultur in Bayern“. Wie Herrmann ausführte, fördert der Freistaat Bayern die öffentlichen Musikschulen nach Kräften. „In der gerade abgeschlossenen Legislaturperiode flossen heuer fast 14,3 Millionen Euro in unsere Musikschulen. Damit haben wir unsere Förderung um ca. 2,3 Millionen Euro seit 2008 gesteigert.“

Auch der neue „Dritte Bayerische Musikplan“ stelle die Weichen richtig: Er enthalte eine aktuelle Bestandsaufnahme des Musiklebens in Bayern und gebe gleichzeitig die richtigen zeitgemäßen Antworten auf die eingetretene Entwicklung für alle Bereiche der Musik und Musikausbildung. Herrmann: „Hier nehmen wir den gesamten Bereich der musikalischen Erziehung in den Blick und zeigen viele Querverbindungen auf - von der vorschulischen zur schulischen und außerschulischen Musikerziehung, bis hin zur Laien- und Profimusik. Es geht uns darum, alle vorhandenen Musikbereiche noch stärker miteinander zu verzahnen und somit neue Synergiepotentiale zu erschließen.“

Das erst kürzlich verabschiedete Landesentwicklungsprogramm sieht nach den Worten des Ministers vor, dass Sing- und Musikschulen „in allen Teilräumen flächendeckend und bedarfsgerecht vorzuhalten“ sind. Im aktuellen Doppelhaushalt 2013/14 konnten laut Herrmann die Mittelansätze für die Musikschulen von 15,4 auf 16,2 Millionen Euro jährlich angehoben werden. „Wir werden hier aber beharrlich am Ball bleiben, um im Rahmen des Möglichen auch künftig zu weiteren Verbesserun-

gen zu kommen.“

Landeskoordinierungsstelle

Herrmann gab zudem seiner Freude darüber Ausdruck, dass vor etwas mehr als einem Jahr die lange diskutierte und geforderte Landeskoordinierungsstelle Musik eingerichtet werden konnte. Wissenschaft, Kultus- und Sozialministerium arbeiteten hier mit dem Bayerischen Musikrat und insbesondere auch mit dem Verband der Sing- und Musikschulen intensiv zusammen.

Die besondere Anerkennung des Ministers galt schließlich „allen Kommunen für ihren großen Einsatz für unsere Musikschulen auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen“. Dass die Musikschulen aus der Gesellschaft schlichtweg nicht mehr wegzudenken sind, zeige nicht zuletzt das erhebliche finanzielle Engagement der Eltern, das diese für die musikalische Ausbildung ihrer Kinder aufbringen. „Unsere Musikschulen sind damit ein Musterbeispiel einer gesamtgesellschaftlich getragenen Institution“, so Herrmann abschließend.

Einen weiteren Höhepunkt des Festakts bildete die Verleihung der Carl-Orff-Medaille für besondere Verdienste um die bayerischen Sing- und Musikschulen an den Intendanten des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm. „Der Kulturauftrag ist dem Bayerischen Rundfunk und den bayerischen Musikschulen gemeinsam. Die Erfüllung dieses Auftrags ist umso wichtiger, als es gilt, Tendenzen der Banalisierung von Kultur und des Verlusts kultureller Werte zu begegnen. Wir, die Musikschulen, wissen den Bayerischen Rundfunk als verlässlichen Partner an unserer Seite. Seit Jahrzehnten begleitet er die Arbeit der Musik-



Bayerische Sparkassen unterstützen Nachsorgehaus
Mit einem Betrag in Höhe von 15.000 Euro aus dem Reinertrag des PSSparen und Gewinns fördern die bayerischen Sparkassen den „Irmengard-Hof“, ein neues Nachsorgehaus für krebskranke und chronisch kranke Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Chiemgau.

„Die Natur, eine schöne Landschaft, die Nähe der Familie und eine wohnlige Atmosphäre verbunden mit fachgerechten Pflegemöglichkeiten tragen hier zur Erholung der jungen Patienten bei. Sie und ihre Angehörigen schöpfen neue Hoffnung und Kraft für den langwierigen Kampf gegen die Krankheit.“, so Theo Zellner, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, im Gespräch mit Karin Seehofer, der Schirmherrin für dieses Projekt der Björn Schulz Stiftung. Der zweite Umbauabschnitt des historischen Dreiseithofs wird voraussichtlich im nächsten Jahr abgeschlossen. Derzeit müssen noch viele Einrichtungsgegenstände finanziert werden. Die Sparkassen-Spende ermöglicht die Anschaffung von drei Kinderpflegebetten. Mit 61,6 Millionen Euro unterstützten die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen im Jahr 2012 gemeinnützige Projekte. Fast 15 Millionen Euro davon trugen zur Umsetzung vielfältiger Maßnahmen im sozialen Bereich bei. □

schulen mit großer Zuwendung und Aufmerksamkeit“, begründete VBSM-Präsident Bayerstorfer in seiner Laudatio die einstimmige Entscheidung.

Weiter führte er aus: „Der Sender ist uns zuverlässiger, aufgeschlossener Wegbegleiter im Bemühen um die Pflege und Weitergabe des Kulturgutes Musik. Sie, verehrter Herr Wilhelm, haben sich in Ihrer nun fast dreijährigen Tätigkeit als Intendant des Bayerischen Rundfunks persönlich für

dieses hochwertige Programmangebot sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung der drei hervorragenden Klangkörper des Bayerischen Rundfunks eingesetzt. Sie sind Garant dafür, dass der Bayerische Rundfunk unseren Schülerinnen und Schülern auch zukünftig ein Podium für die eigene musikalische Präsentation bietet und ihnen die Möglichkeit gibt, sich in vielfältigen, attraktiven Sendeformaten mit Musik auseinanderzusetzen.“ **DK**

Auszeichnung für Inklusionsschulen

Kultusstaatssekretär Georg Eisenreich händigte in München den Schulleitungen weiterer 39 Schulen aus ganz Bayern die Urkunde „Schule mit dem Schulprofil Inklusion“ aus.

„An den nun 127 bayerischen Profilschulen wird das gemeinsame Leben und Lernen von jungen Menschen mit und ohne besonderen Förderbedarf vorbildhaft gelebt“, betonte Eisenreich bei der Veranstaltung. Er hob dabei vor allem das große Engagement der Lehrkräfte hervor. Mit ihrem Einsatz tragen sie dazu bei, dass das Miteinander an den Schulen gestärkt wird und eröffnen so jungen Menschen in besonderer Weise Zukunftschancen. An Schulen mit dem Profil „Inklusion“ gestalten Lehrkräfte der allgemeinen Schule und Lehrkräfte für Sonderpädagogik das gemeinsame Lernen.

Für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung stellt der Freistaat wie bereits in den vergangenen beiden Jahren auch in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 jeweils 100 weitere Lehrerplanstellen zusätzlich zur Verfügung. Es werden zahlreiche Fortbildungen zum Thema Inklusion angeboten, die speziell auf die Bedürfnisse der Lehrkräfte an den einzelnen Schularten zugeschnitten sind. Fachtagungen und ähnliche Veranstaltungen ergänzen das Angebot. Das Thema Inklusion ist seit Oktober 2013 verpflichtender Studien- und Prüfungsinhalt für Studierende aller Lehrämter.

Der gemeinsame Unterricht und Schulalltag von jungen Menschen mit und ohne besonderen Förderbedarf ist eine Kernherausforderung des bayerischen Schulwesens. Bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stehen in Bayern die Schülerinnen und

Schüler mit ihrem konkreten Förderbedarf im Mittelpunkt. Der Freistaat setzt daher bei der Realisierung von Inklusion neben den Profilschulen auf eine Vielfalt der Angebote inklusiven Unterrichts, beispielsweise:

- können einzelne Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf den Unterricht an allgemeinen Schulen besuchen.
- können Kinder ohne Förderbedarf offene Klassen an der Förderschule besuchen.
- können für Schülerinnen und Schüler mit einem sehr hohen sonderpädagogischen Förderbedarf in Grund- und Mittelschulen mit Schulprofil „Inklusion“ auch sogenannte Tandemklassen gebildet werden, in denen der Unterricht gemeinsam von einer Lehrkraft einer allgemeinen Schule und einer Lehrkraft für Sonderpädagogik gestaltet wird.
- bieten Lehrkräfte im Mobilen Sonderpädagogischen Dienst und Förderlehrkräfte zusätzlich wertvolle Unterstützung.

„Wir haben das Ziel, dass alle Schulen in Bayern zu Schulen für Kinder mit und ohne Förderbedarf werden“, erklärte Staatssekretär Eisenreich. „Die Förderzentren spielen als Kompetenzzentren weiterhin eine wichtige Rolle. Auf ihre Angebote und Expertise können wir nicht verzichten. Bereits über 25 Prozent der Schüler mit Förderbedarf haben im vergangenen Schuljahr den Unterricht an einer Regelschule besucht. Wir wollen möglichst vielen weiteren Kindern mit besonderen Bedürfnissen den Besuch einer Regelschule ermöglichen, wenn sie und ihre Eltern dies wollen.“ □

Hanns Seidel Stiftung

Institut für Politische Bildung

JETZT anmelden!

Das Seminarprogramm 2014 ist erschienen!

Bestellung unter: Tel. (0 89) 12 58-237 | E-Mail: ipb@hss.de

POLITISCHE BILDUNG

WISSEN VERMITTELN | WERTEORIENTIERUNG GEBEN | DIALOG FÖRDERN

»Auf der Grundlage christlich-abendländischer Werte sehen wir unseren Auftrag darin, politische Bildung zu fördern, Wissen zu vermitteln und die Bereitschaft zur Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu stärken.«

Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair
Staatsminister a. D., Senator E. h.,
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

► Alle Seminare sind auch in unserer Datenbank:
www.hss.de/veranstaltungen.html

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Institut für Politische Bildung | Lazarettstr. 33 | 80636 München

www.hss.de

Seminarprogramm 2014

Schwerpunkt 2014: EUROPA

Erster Energiedialog Schwaben in Augsburg:

Energiewende – Sackgasse oder wegweisender Fortschritt?

Verleihung des LEW-Innovationspreises Klima und Energie an Unternehmen aus Bissingen, Großaitingen, Biessenhofen und Donauwörth

Diskussionen und Gespräche über die Weichenstellung, Chancen und Herausforderungen der Energiewende standen im Mittelpunkt des ersten Energiedialogs Schwaben in Augsburg, zu dem die LEW, HWK Schwaben und IHK Schwaben eingeladen hatten. Rund 170 Gäste – Unternehmer, Handwerker, Vertreter von Kommunen und Institutionen – nahmen an der Premierenveranstaltung teil.

Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Wirtschafts- und Energieministerium, der den Energiedialog eröffnete, wies darauf hin, dass in den vergangenen Jahrzehnten kein Bundesland derart von der Kernenergie abhängig gewesen sei wie Bayern. Fünf Kernkraftwerke lieferten bis zu zwei Drittel des bayerischen Stroms. Die Energiewende stelle Bayern damit vor immense Herausforderungen.

Gaskraftwerke notwendig

Pschierer zufolge soll 2015 die Thüringer Strombrücke - nach der Abschaltung des bayerischen Kernkraftwerks Grafenrheinfeld - Wind- und Kohlestrom aus den ostdeutschen Bundesländern nach Süden ableiten. Zudem werde 2017 das AKW Gundremmingen-B vom Netz gehen. Man sei sich dessen bewusst, „dass die Energiewende nur mit Sonne, Wind und Biogas nicht zu schaffen ist“. Ohne fossile Energieträger sei diese Herausforderung nicht zu schultern. „Selbstverständlich brauchen wir in Bayern neue Gaskraftwerke“, stellte der Staatssekretär klar. Er plädierte deshalb dafür, sich beim Bund für verbesserte Investitionsbedingungen einzusetzen.

Laut Pschierer sind auch in der Politik drei Faktoren ausschlaggebend: Kompass, Kompetenz und Kompromiss. „Als Politiker bin ich nicht bereit, eine Energiewende gegen den erbitterten Widerstand von Bürgern, Kommunalpolitikern und gegen jede wirtschaftliche Vernunft umzusetzen“, machte der Staatssekretär deutlich und meinte: „Ich bin zum Kompromiss bereit.“

Versuch eines Dreiklangs

Energiepolitik ist in seinen Augen sowohl Standort- als auch Wirtschaftspolitik. Die Staatsregierung wende darauf achten, dass die Energiewende auch die Wirtschaftsstruktur des Freistaats berücksichtigt. Gerade die familiengeführten Betriebe stünden im Fokus, wenn es darum gehe, die Energiewende zu gestalten. Pschierer: „Wir versuchen den Dreiklang – eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung. Die Energiewende bedeutet für uns aber auch darauf zu achten, dass Arbeitsplätze im Industriebereich bleiben.“

Pschierer sprach sich für eine durchgängige Reformierung, sprich marktkonforme Ausgestaltung des EEG aus. Verbraucher und Wirtschaft dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um die Konsumenten zu entlasten, könnte zudem als Sofortmaßnahme die Senkung der Stromsteuer ins Visier genommen werden. Eine Möglichkeit wäre auch die Direktvermarktungspflicht für Neuanlagen.

Ein wichtiger Schlüsselfaktor

für die Energiewende liegt nach Pschierers Worten außerdem im Bereich Energieeinsparung – Stichwort energetische Gebäudesanierung. Hier gebe es viel Potenzial, „hier kann jeder bei sich selbst anfangen“. Auch werde der Freistaat versuchen, beim Thema Forschung und Entwicklung moderne Technologien wie Smart Grid oder Smart Meter zu nutzen, um Energie einzusparen.

Managementprojekt

Alois Glück, Vorsitzender des Zentralkomitees Deutscher Katholiken und Mitglied des Nachhaltigkeitsrates der Bundesregierung sprach in seiner Key Note über die große gemeinschaftliche Aufgabe, vor die die Energiewende Politik, Unternehmen und Gesellschaft gleichermaßen stellt. „Die Energiewende ist das anspruchsvollste politische Managementprojekt, das es in der Bundesrepublik je gegeben hat“, urteilte Glück. Die Komplexität liege in der Vielfalt der Akteure. Der Verlauf im Jahr 2014 entscheide, ob die Energiewende in der vereinbarten Zeit gelingt. Die jetzt beschlossene Energiewende mit dem Zeitziel 2022 sei nur der erste Teil des Langzeitprojektes. Die zweite Etappe mit dem Ziel weitestgehender Ersatz der Stromproduktion aus fossilen Quellen durch erneuerbare Energien müsse folgen und weise einen Zeithorizont von nochmals etwa 20 Jahren auf.

Für Systemveränderung

„Energiepolitik ist Langzeitpolitik“, so Glück. Dafür seien stabile Investitionsbedingungen Voraussetzung. Jetzt gehe es in der Stromversorgung um eine grundsätzliche Systemveränderung, d. h. um die „Entwicklung eines anderen Leitbildes von Fortschritt“. Die Komplexität des Projekts zeige sich u. a. dadurch, dass bisherige Stromverbraucher nun gleichzeitig auch Stromproduzenten sind. Dies wiederum habe Auswirkungen auf die Leitungssysteme und andere Stromversorger. Darüber hinaus seien die Systeme, die miteinander verbunden werden müssen, sehr komplex und die Zahl der beteiligten Akteure sehr groß. Somit könne die Energiewende „nur als Gemeinschaftswerk gelingen“, betonte der Politiker.

Die Ethikkommission der Bundesregierung habe für die Umstrukturierung Prüfkriterien formuliert. Auf einen knappen Nenner gebracht, geht es Glück zufolge darum, drei Maßstäbe richtig miteinander zu verbinden: Versorgungssicherheit, soziale Verträglichkeit und ökologische Verträglichkeit.

Schlüsselproblem

Als Schlüsselproblem wertete Alois Glück die Speicherung des Stroms. Zudem könne man ohne Netzausbau letztlich nicht zu einer vernünftigen Energieversorgung gelangen. Neben der Bedeutung von Gaskraftwerken für die Versorgungssicherheit sei das Augenmerk auch darauf zu richten, das gesamte Finanzierungssystem für den Stromsektor neu zu strukturieren. In diesem Zusammenhang verwies Glück auf einen Vorschlag des langjährigen Vorsitzenden der Ethikkommission, Umweltminister a. D. Prof. Klaus Töpfer und des Geschäftsführers des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Dr. Günther Bachmann, wonach die Langzeitverpflichtungen aus dem EEG in einen Altlastenfond ausgelagert werden sollen.

Weltweit bedeutsames Modell

Glücks Fazit: „Die Energiewende in Deutschland ist in zweifacher Weise ein weltweit bedeutsames Modell. Zum einen hat sie grundsätzliche Bedeutung für die weltweite Entwicklung in der Stromversorgung, zum anderen stellt sie das Pilotprojekt für die Umstellung auf eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise nach dem Maßstab der Nachhaltigkeit dar.“

Eine von BR-Moderatorin Ursula Heller geleitete Podiumsdiskussion mit Sepp Bichler, Gründer und Geschäftsführer der Energiebaum GmbH, Sielenbach b. Aichach, Prof. Dr. Hans Ulrich Buhl, Lehrstuhl für BWL, Wirtschaftsinformatik, Informations- & Finanzmanagement a.d. Universität Augsburg und Dr.-Ing. Harald Westheide, Geschäftsführer Gartner Extrusion GmbH, Gundelfingen, eröffnete im Anschluss den Dialog unter Experten und bot auch dem Publikum die Möglichkeit, sich aktiv zu beteiligen.

LEW-Innovationspreis

Der Energiedialog Schwaben bot zudem den angemessenen Rahmen für die Verleihung des mit insgesamt 50.000 Euro dotierten LEW-Innovationspreises Klima und Energie. Die Gewinnerprojekte sowie weitere Highlight-Projekte konnten in einer Ausstellung begutachtet werden.

Mit dem 1. Preis (25.000 Euro) ausgezeichnet wurde die Molkerei Gropper aus Bissingen im Landkreis Dillingen für das Projekt „Kälteerzeugung aus Produktionsabwärme“. Um Energie zu sparen, nahm der Milchverarbeitungsbetrieb ein eigenes Blockheizkraftwerk in Betrieb. In diesem nutzt eine Absorptionskälteanlage die anfallende Abwärme des Gasmotor-Kühlsystems zum Antrieb und liefert über eine Eiswasser-Kälteanlage die für den Produktionsprozess benötigte Kälte. Das Unternehmen erreicht damit eine jährliche CO₂-Einsparung von 3.412 Tonnen. Den Energieverbrauch konnte die Molkerei um 27 Prozent reduzieren.

CO₂-Verbrauch gesenkt

Der 2. Preis (15.000 Euro) ging an die Interquell aus Großaitingen im Landkreis Augsburg für das Projekt „Gekoppelte Strom- und Dampferzeugung mit Mikrogasturbine“. Das Unternehmen, das unter anderem Getreide zu Quellmehlen veredelt, hat erstmals in Deutschland eine Mikrogasturbine mit einem nachgeschalteten Spezialbrenner kombiniert. Die daraus gewonnene Energie versorgt die Produktionsanlagen mit Strom, Wärme und - das ist neu – mit hochreinem, lebensmittelechten Dampf. Interquell konnte seinen CO₂-Verbrauch um 701 Tonnen und seinen Energieverbrauch um 13 Prozent im Jahr senken.

Mit dem 3. Preis (5.000 Euro) wurde das Solarzentrum Allgäu aus Biessenhofen im Landkreis Ostallgäu für das Projekt „Ener-



Die Preisträger von den Unternehmen Molkerei Gropper, Interquell, Solarzentrum Allgäu und Firmengruppe Unger mit Vertretern der Jury und Franz Josef Pschierer (3.v.l.), Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. V.l.: Jürgen Schmid, Präsident der HWK Schwaben Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Schwaben Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Willi Bihler, Inhaber des Solarzentrums Allgäu, Gewinner 3. Preis Dr. Markus Liphert, LEW-Vorstandsmitglied Georg Müller, Inhaber und Geschäftsführer der Firma Interquell, Gewinner 2. Preis Norbert Schürmann, LEW-Vorstandsmitglied Marc Alexander Paeske, von der Unger Firmengruppe, Gewinner Sonderpreis Karl Klein, Geschäftsführer der Molkerei Gropper, Gewinner 1. Preis Prof. Ulrich Thalhofer, Vizepräsident der Hochschule Augsburg Hildegard Wanner, Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages Bezirksverband Schwaben Herbert Dachs, Verlagsleiter Pressedruck GmbH Karl Michael Scheufele, Regierungspräsident von Schwaben Prof. Dr. Wolfgang Reif, Vizepräsident der Uni Augsburg.

Bild: LEW/Bleier

getische Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen“ bedacht. Das Solarzentrum Allgäu erreicht durch das hocheffiziente Zusammenwirken von Windenergie, Solarmodulen, Batteriespeicher und Wärmepumpen bei seinem Gebäudeneubau eine absolute Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Der Solarmodulhersteller produziert sogar über 40 Prozent Überschuss an elektrischer Energie. Die jährliche CO₂-Einsparung liegt bei 758 Tonnen. An Energie spart das Unternehmen beeindruckende 60 Prozent.

Sonderpreis

Zusätzlich vergab die Jury einen Sonderpreis über 5.000 Euro

N-ERGIE-AG:

1. Energieeffizienz-Netzwerk erfolgreich abgeschlossen

Neun mittelständische Unternehmen aus Franken und der Oberpfalz können nach knapp vier Jahren Arbeit in einem von der N-ERGIE Aktiengesellschaft geleiteten Energieeffizienz-Netzwerk eine positive Bilanz ziehen: Ausgehend vom Jahr 2009 konnte das Netzwerk im Vergleich zu 2012 seinen Gesamtenergieverbrauch um knapp zwölf Prozent senken und damit auch entsprechend viel Energiekosten einsparen.

Damit hat das Netzwerk sein zu Beginn gestecktes Ziel, seine Energieeffizienz um rund neun Prozent zu steigern, weit übertroffen. Darüber hinaus konnte der CO₂-Ausstoß um nahezu elf Prozent reduziert werden.

Der sogenannte N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ ist eines von rund 30 Pilotnetzwerken in Deutschland, die das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung im Auftrag des Bundesumweltministeriums konzipiert hat.

Entscheidender Baustein

„Neben dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung, dem Netzausbau und der Speicherung von Energie ist Energieeffizienz ein entscheidender Baustein, um die Energiewende erfolgreich voranzubringen. Durch die Steigerung ihrer Energieeffizienz im Rahmen des Netzwerkes können die Unternehmen nachhaltig Energie und Geld sparen, tragen zur Energiewende bei und verbessern gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit“, hob Josef Hasler, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE Aktiengesellschaft, beim Abschlusstreffen der

an die Unger Firmengruppe aus Donauwörth für das Projekt „Energie sparen mit nachhaltigem Estrich-System“. Unger hat ein Estrich-System mit Namen „RenoScreed“ entwickelt. Der neue Estrich bedeutet für die energetische Sanierung von Altbauten einen entscheidenden Fortschritt. Er schafft die bisher fehlenden Voraussetzungen, um auch im Altbau energieeffiziente Fußbodenheizungen und umweltfreundliche Heizsysteme wie die Wärmepumpe einzubauen. Im Gegensatz zu Standardestrichen ist dieser extrem dünn, leicht und besitzt eine sehr gute Wärmeleitfähigkeit.

„Die Projekte zeigen: Erfinder-

geist und Engagement sind wesentliche Erfolgsfaktoren für das Gelingen der Energiewende“, betonte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Liphert. „Hier in Bayerisch-Schwaben haben wir die Ideen, die wir für die Energiezukunft brauchen.“

Plattform für innovative Projekte“

„Mit dem Innovationspreis würdigen wir die Preisträger, gleichzeitig schaffen wir eine Plattform für innovative Projekte“, hob LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann hervor. „Der Preis soll Impulse geben und andere anregen, eigene Initiativen und Projekte zu starten.“ **DK**

ihrer Energieeffizienz um, zum Beispiel die Koppelung einer Hallenheizung mit Kompressorabwärme, die eine jährliche Einsparung von rund 200.000 Kilowattstunden (kWh) zur Folge hat.

Des Weiteren schlug die Verringerung der Luftwechselrate einer Klimaanlage um 15 Prozent ohne Qualitätseinbußen mit einer Ersparnis von rund 90.000 kWh pro Jahr zu Buche. Die Nachrüstung der Beleuchtung im Fertigungsbereich mit Reflektoren und der damit verbundenen Einsparung von Leuchtmitteln spart jährlich rund 45.000 kWh ein. Hinzu kommen zahlreiche weitere Maßnahmen, die von der Isolierung von Heizrohren über die Sanierung und Dämmung bis hin zu einem Programm zur Motivation und Sensibilisierung der Mitarbeiter reichen.

Ausblick

Neben dem ersten N-ERGIE TISCH EFFIZIENZ gibt es seit Februar 2012 ein zweites Netzwerk unter der Leitung der N-ERGIE Effizienz GmbH, in dem elf Unternehmen aktiv sind. Anfang 2014 startet ein weiteres Netzwerk, der ENER-GIE TISCH 50001, der sich schwerpunktmäßig mit dem Energiemanagement im Sinne der DIN EN ISO 50001 beschäftigt. Weitere Informationen unter www.n-ergie-effizienz.de □

Die Energie von morgen

Erdgas idealer Partner der erneuerbaren Energien

Der erdgas schwaben Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer sieht auch zukünftig großes Potenzial im klimaschonenden Energieträger Erdgas: „Erdgas ist heute so aktuell wie nie zuvor, da es langfristig verfügbar ist und mit allen regenerativen Energien wie z. B. Solar-, Wasser oder Windenergie flexibel kombiniert werden kann. Die Einspeisung erneuerbarer Energien unterliegt Schwankungen. Erdgas-Kraftwerke können Engpässe auffangen, für Überschüsse ist das Erdgasnetz ein optimaler Energie-Speicher.“

Die Zukunft braucht Energiespeicher

Eine „Power-to-Gas“-Anlage in Frankfurt, an der erdgas schwaben maßgeblich beteiligt ist, soll die Möglichkeiten, flüchtige Energie aus regenerativen Quellen „haltbar“ zu machen erproben. Im weltweit ersten Pilotprojekt dieser Art er-

möglicht es die Speichertechnologie „Power-to-Gas“ mit Hilfe von Wasser große Mengen von überschüssigem grünen Strom in Wasserstoff zu wandeln und in Erdgas einzulagern – zur späteren Nutzung für Mobilität, Wärme und Verstromung.

Als Weiterentwicklung der Anlage ist eine Erweiterung vorgesehen, die grünen Strom

unter Zusatz von CO₂ in Bio-Erdgas wandelt, ein Meilenstein für die Energiewende!

Strom und Wärme dezentral erzeugen

Ein Blockheizkraftwerk (BHKW) betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas macht Konsumenten zu Produzenten. Ob im Privathaushalt oder im großen Gewerbebetrieb, BHKWs ermöglichen eine maximal effiziente Strom- und Wärmeerzeugung vor Ort, mehr Effizienz geht nicht.

Die kompakten Kraftwerke sind die größten Energiesparer, da sie nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten. Ein Motor produziert Strom für den Eigenverbrauch. Dabei wird die Abwärme des Motors für Heizung und Warmwasser genutzt. Überschüssiger Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist und vergütet.

Für eine regionale nachhalti-

ge Energieerzeugung und -versorgung erprobt erdgas schwaben die Vernetzung zahlreicher kleiner BHKWs zum virtuellen „Schwabenkraftwerk“. Eine von erdgas schwaben in Auftrag gegebene Studie des Fraunhofer-Instituts ergab: Mit einem BHKW in jedem dritten Haus in Bayern könnte eine Stromleistung bereitgestellt werden, die drei Isar-1-Reaktoren ersetzt.

Bio-Energie aus der Region für die Region

Für regionalen Verbrauch in der Heimat produzierte Bio-Energie macht unabhängiger von Importen und hält die Wertschöpfung im Land. erdgas schwaben investiert seit Jahren in den Ausbau erneuerbarer Energien, denn der Wunsch nach sauberer Energie ist da. Längst wird in vier regionalen Anlagen aus heimischen Roh- oder Reststoffen 100 Prozent umweltschonendes Bio-Erdgas für 20.000 Haushalte in Bayerisch-Schwaben gewonnen. Bio-Erdgas ist CO₂-neutral und kann Erdgas 1:1 ersetzen.

Umweltschonend

Ideal, weil besonders umweltschonend, ist die Kombination BHKW und Bio-Erdgas. Bio-Erdgas als Kraftstoff senkt die CO₂-Emission von Erdgasfahrzeugen gegen Null.

Unter 0821 9002-373 erhalten „erdgas schwaben“ Kunden und alle die es noch werden wollen Beratung zum Thema BHKW und Bio-Erdgas. erdgas schwaben fördert die Anschaffung eines „Mikro-BHKW“ für Privathaushalte und Kleingewerbetreibende. Weitere Informationen unter: www.erdgas-schwaben.de □

Bayerngas:

Erste Baumaßnahmen am Bohrplatz Reudnitz

Bayerngas informiert das Begleitgremium zur Erdgassuche in der Lizenz Reudnitz über erste Baumaßnahmen auf dem Bohrplatz und zeigt die nächsten Schritte auf. Darüber hinaus informiert Bayerngas die Stadtverordneten der Stadt Friedland über Pläne zu seismischen Messungen

Noch im November beginnt die Bayerngas GmbH erste Baumaßnahmen auf dem ausgewählten Bohrplatz im Gemeindegebiet Schneeberg. Darüber und über die geplanten weiteren Schritte hat das Unternehmen nun in der vierten Sitzung des Begleitgremiums zur Erdgassuche in der Lizenz Reudnitz im Beeskower Rathaus und in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedland berichtet.

Nach der Baugrunduntersuchung und einer artenschutztechnischen Prüfung im Juli 2013 wird auf dem zukünftigen Bohrplatz jetzt die Humusschicht abgetragen und das Standrohr für die später zu errichtende Bohranlage in den Boden gesetzt. Im März 2014 wird das Gelände für die Anlage befestigt und hergerichtet. Die eigentliche Bohrung mit der Bezeichnung 2E erfolgt, sofern die passende Bohranlage verfügbar ist, im April 2014. In der voraussichtlich zweimonatigen Bohrphase wird die Bayerngas GmbH Interessierten die Gelegenheit bieten, die Anlage zu besichtigen.

Der Bohrphase schließt sich eine ca. zweiwöchige Testphase an, in der die Qualität des Erdgases aus dem konventionellen Vorkommen untersucht wird. Danach wird die Anlage wieder abgebaut.

Der Standort für die Bohrung auf dem Gemeindegebiet Schneeberg war das Ergebnis der im Februar bis März 2013 durchgeführten seismischen Messungen in der Region. Diese Messungen haben die bereits bestehenden seismischen Linien aus früheren Jahren ergänzt. Bayerngas erwägt bei einer erfolgreichen Bestätigungsbohrung eine zweite Bohrung im Süden der Lizenz südöstlich der Stadt Friedland, die im weiteren Verlauf auch als Produktionsbohrung genutzt werden könnte. Dazu plant das Unternehmen, die dort vorhandenen seismischen Linien im Februar 2014 durch die Messung weiterer 2D-Linien zu ergänzen. Das Vorhaben wurde aktuell zur Genehmigung dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) vorgelegt.

Der Umfang der Messungen entspricht der Hälfte dessen von Anfang 2013 und besteht aus vier Linien. Betroffen davon sind im Wesentlichen die Grundstückseigentümer und –pächter im Süden der Lizenz, mit denen Bayerngas bereits im März 2013 Kontakt hatte. Wie bei der vorangegangenen Messung werden die Betroffenen im Vorfeld wieder vom Bayerngas-Dienstleister Geophysik GGD mbH aus Leipzig angesprochen. □

Stabile Erdgas-Preise

Bis mindestens Ende September 2014 keine Preiserhöhungen bei erdgas schwaben

„Gute Nachricht für unsere Kunden: Bis Ende September 2014 werden unsere Erdgas-Preise nicht erhöht. Sollten die Bedingungen an der Energiebörse weiterhin stabil bleiben, sehen wir derzeit auch keine Veranlassung, unsere Preise Ende 2014 anzuhäben“, so Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben.

Seit fast 3 Jahren hält erdgas schwaben die Erdgas-Preise konstant. „Mit unserer fairen Preispolitik setzen wir nicht nur ein positives Signal bei unseren langjährigen Kunden, sondern zeigen auch potenziellen Neukunden, dass sich ein Wechsel zu erdgas schwaben durchaus lohnt“, so Dietmayer.

erdgas schwaben sichert für mehr als 560.000 Menschen in ganz Schwaben und Teilen Ober-

bayerns die Versorgung mit Erdgas. Seit Anfang des Jahres bietet der Energiedienstleister auch klimaneutrales Erdgas an. Weitere Informationen zum Erdgas-Angebot von erdgas schwaben unter www.erdgas-schwaben.de.

Aktuell sind 185 Städte und Gemeinden an 6.500 km Erdgasleitungen angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen wie private Haushalte nutzen Leistungen von erdgas schwaben.

Erdgas ist heute Wunschenergie Nr. 1: Über 75 % aller Bauherren wünschen einen Erdgasanschluss. erdgas schwaben investiert jährlich 10 Mio. EUR in erneuerbare Energien. Anfang Juli war Spatenstich für eine Power-to-Gas-Anlage, an der erdgas schwaben maßgeblich beteiligt ist. Mit ihr kann erdgas schwaben auch Wasserstoff produzieren. Erdgas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Erdgas oder Wasserstoff. erdgas schwaben ist Vollsortimenter im Energieangebot: Erdgas + Bio-Erdgas, Strom + Bio-Strom, Contracting. □

Meitingen:

Erdgas als Partner der Erneuerbaren Energien

Erdgas-Wegenutzungsvertrag verlängert

Seit fast 30 Jahren arbeiten die Marktgemeinde Meitingen und erdgas schwaben zusammen. Der 1. Bürgermeister von Meitingen, Dr. Michael Higl, ist überzeugt: „Die Energiewende ist eine Herausforderung für die Kommunen – wir nehmen sie an und setzen auf Erneuerbare Energien, unterstützt durch Erdgas. So können wir uns als moderner Produktionsstandort für Industrie- und Gewerbe präsentieren und eine hohe Lebensqualität für unsere Bürger bieten.“

1984 kam der klimaschonende Energieträger Erdgas nach Meitingen, alle Ortsteile – bis auf Langenreichen – sind heute ans Erdgas-Netz angeschlossen, zuletzt Waltershofen 1998/99. Die Hochdruck-Erdgasleitung Lechtal (gebaut 1984) versorgt über eine Station Meitingen, Erlingen und Waltershofen, Herbertshofen verfügt über eine eigene Versorgungsstation.

Nach Juni-Hochwasser:

Energie Südbayern und Energienetze Bayern realisieren Hausanschlüsse im Akkord

Im Rahmen der Hochwasser-Hilfsaktionen von Energie Südbayern und Energienetze Bayern konnten in den letzten Monaten über 200 neue Hausanschlüsse verlegt werden. Bis Jahresende sind 300 neue Hausanschlüsse prognostiziert.

Im Versorgungsgebiet der Energie Südbayern GmbH und der Energienetze Bayern GmbH waren zahlreiche Regionen vom Juni-Hochwasser stark betroffen, darunter die Stadt und der Landkreis Deggendorf, der Landkreis Passau und die Stadt Freilassing. Ermäßigte Erdgasnetzanschlüsse mit kulantem Zahlungsziel gehörten zu dem umfassenden Hilfsangebot, mit dem Energienetze Bayern auf das Hochwasser reagierte. Betroffenen, die sich nach Schäden an Öl- oder Pellet-Heizungen im Zuge des Hochwassers für

Schneller Netzausbau

Im Unternehmensverbund von erdgas schwaben ist für den Bau und den Unterhalt des Erdgasnetzes die 100%-Tochter erdgas schwaben netz verantwortlich. Uwe Sommer, Prokurist schwaben netz, erläutert: „Der Bedarf nach Erdgas war groß, das Netz wurde schnell ausgebaut. Seit 1984 sind immer neue Erdgas-Kunden

hinzugekommen, zuletzt u.a. in der Karlwendelstraße und am Krautfeld/Rössle-Ring. Heute sind in Meitingen rund 38 km Ortnetzleitung und knapp 1.000 Hausanschlüsse verlegt.“ Markus Kittl, Sprecher Geschäftsführung schwaben netz, ergänzt: „Auch die großen Arbeitgeber am Ort – SGL Carbon und Lechtahlwerke – nutzen Erdgas. Genauso wie zahlreiche kommunale Einrichtungen: Feuerwehr Herbertshofen, Kindergarten, Feuerwehrhaus und Freibad Meitingen, Feuerwehrhaus Waltershofen, Grundschule Erlingen – um nur einige zu nennen. Sie alle setzen auf die sichere und zuverlässige Energieversorgung.“ □

Der sympathischste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Klaus-Peter Dietmayer
Geschäftsführer erdgas schwaben

vor Ort im Einsatz.“

Die Steigerung der Anzahl von Hausanschlüssen geht zum Teil auch mit einer notwendigen Erweiterung der jeweiligen Ortsnetze einher. „Über 2,6 Kilometer an neuen Ortsnetzleitungen mussten beispielsweise in Fischerdorf und Natterberg verlegt werden“, erläutert ESB-Regionalleiter Herbert Schramm, „etwa 1,3 Kilometer haben wir noch vor uns.“ Die Maßnahmen reihen sich ein in die ohnehin erfolgreiche Tendenz der letzten Jahre, in denen die Anzahl realisierter Erdgasnetzanschlüsse stetig anstieg. □

Power-to-Gas:

ZSW-Methan erreicht Erdgasqualität

Stuttgarter Forscher stellen hochwertiges Gas mit 99 Prozent Methan her

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) kann einen weiteren Forschungserfolg für seine Power-to-Gas-Technologie verbuchen: Erstmals ist es den Stuttgarter Experten gelungen, ein besonders reines Methan in der ZSW-Power-to-Gas-Anlage zu erzeugen, das den Gaseinspeise-Richtlinien mehr als Genüge tut. „Das regenerative Methan aus unserer Anlage ist so hochwertig wie russisches Erdgas“, erklärt Dr. Michael Specht vom ZSW.

Das maßgeblich vom ZSW entwickelte Power-to-Gas (P2G®)-Verfahren ist wieder einen Schritt näher an die Marktreife gerückt: In der Ende Oktober 2012 fertiggestellten 250-Kilowatt-Forschungsanlage in Stuttgart konnten die Wissenschaftler nun ein überaus hochwertiges Gas mit 99-prozentigen Methan-Anteil erzeugen. Das verbleibende Prozent setzt sich aus Wasserstoff und Kohlendioxid zusammen.

Membran-Technologie

Möglich wurde diese hervorragende Gasqualität durch eine Membran-Technologie. Mithilfe der Membran wird das Gas nach der Methanisierung im Reaktor aufbereitet. „Unser nachgeschaltetes Membran-Modul hat sich bewährt. Es verhilft uns zu einer Gasqualität, mit der wir schon jetzt ein wichtiges Projektziel der P2G-Forschungsanlage verwirklichen konnten“, sagt Dr. Michael Specht, Leiter des ZSW-Fachgebiets Regenerative Energieträger und Verfahren.

Bei P2G® handelt es sich um ein Stromspeicherverfahren. Da-

zunächst per Elektrolyse Wasserstoff erzeugt und in einem zweiten Schritt zusammen mit Kohlendioxid methanisiert. Das so entstandene Methan bzw. synthetische Erdgas lässt sich über Monate verlustfrei im Erdgasnetz speichern, um bei Stromknappheit wieder zurück verstromt zu werden. Es kann aber auch direkt genutzt werden, etwa in Blockheizkraftwerken, in der Industrie oder als Kraftstoff für den CO₂-neutralen Antrieb von Erdgasautos.

Förderung

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an der Anlage werden vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reak-

torsicherheit (BMU) finanziell gefördert (Förderkennzeichen 0325275A-C).

230 Wissenschaftler

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) gehört zu den führenden Instituten für angewandte Forschung auf den Gebieten Photovoltaik, regenerative Kraftstoffe, Batterietechnik und Brennstoffzellen sowie Energiesystemanalyse. An den drei ZSW-Standorten Stuttgart, Ulm und Widderstall sind derzeit rund 230 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker beschäftigt. Hinzu kommen 120 wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte.

dena-Umfrage:

Praxiswerkzeuge für Energie- und Klimaschutzmanagement

Energieeffizienz und Klimaschutz haben in Deutschlands Kommunen einen sehr hohen Stellenwert. Drei Viertel der Kommunen (76 Prozent) sind der Meinung, dass die Bedeutung der Themen Energieeffizienz und Klimaschutz in Zukunft weiter steigen wird. Der Kostendruck wird dabei von knapp zwei Dritteln (64 Prozent) als Hauptargument für die zunehmende Wichtigkeit genannt. Das ergab eine Umfrage unter 160 Kommunen im Auftrag der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena).

Die Senkung der Energiekosten ist für fast alle Befragten (98 Prozent) noch vor dem Klimaschutz (88 Prozent) der wichtigste Grund für Energieeffizienzmaßnahmen. Das Umsetzen konkreter Effizienzmaßnahmen scheitert jedoch oft an zu wenig Personal, fehlenden Investitionsmitteln oder mangelndem Fachwissen.

Effektiver Weg

„Der effektivste Weg, den Energieverbrauch in allen kommunalen Handlungsfeldern langfristig zu senken, ist die Einführung eines systematischen Energie- und Klimaschutzmanagements“, so Stephan Kohler, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung. „Um Gemeinden und Landkreise mit einem geeigneten Instrumentarium zu unterstützen, hat die dena ein solches Managementsystem speziell für Kommunen entwickelt. So kann jede Kommune – unabhängig von ihrer Größe, ihrer Personalstruktur oder ihren finanziellen Möglichkeiten – ein Energie- und Klimaschutzmanagement einführen.“

Implementierung

Neben einer umfassenden Schritt-für-Schritt-Anleitung zum Vorgehen bietet die dena zahlreiche Werkzeuge und Hilfsmittel, um die Implementierung in der Kommune zu erleichtern. Dazu gehören beispielsweise Hilfen zur Zeit- und Ressourcenplanung, Dokumente

zur Erfassung und Auswertung des Gebäudebestands und der Straßenbeleuchtung oder für die Priorisierung und Kontrolle von Maßnahmen. Eine Anbieterdatenbank listet Dienstleister mit kommunalen Referenzen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimaschutz auf.

Unterstützung durch Bund

Die Entwicklung des Energie- und Klimaschutzmanagements durch die dena erfolgte mit Unterstützung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der EnBW Vertrieb GmbH, E.ON SE und der EWE Vertrieb GmbH.

Das Meinungsforschungsunternehmen Forsa befragte im April und Mai 2013 im Auftrag der dena 160 Kommunen in telefonischen Interviews zum Thema Energieeffizienz.

Weitere Informationen unter: <http://www.energieeffiziente-kommune.de>.

Aufnahme der Erdgasversorgung in Hunderdorf:

Fest der „Ersten Flamme“

Als günstiger und effizienter Energieträger ist Erdgas in der Region Südbayern auf Wachstumskurs. Im Rahmen einer Neueröffnung durch die Energienetze Bayern GmbH ermöglicht die Energie Südbayern GmbH seit November die Versorgung der Gemeinde Hunderdorf im Landkreis Straubing-Bogen mit Erdgas. Mit einem Fest der „Ersten Flamme“ wurde die örtliche Erdgasversorgung Anfang November offiziell aufgenommen.

Seit Baubeginn im März 2013 konnten rund 50 Erdgasnetzanschlüsse für Häuser vor Ort realisiert werden, das örtliche Erdgasnetz wurde um über vier Kilometer Leitungstrecke erweitert. Darüber hinaus wurde durch die Erschließungsmaßnahmen auch der Anschluss der örtlichen Mittelschule mit Nahwärmeverbund Grundschule, Turnhalle und Hallenschwimmbad an das Erdgasnetz ermöglicht und in Betrieb genommen.

Die Vorteile der neu entstandenen Energieversorgung nutzen nicht nur bereits ansässigen Kunden, Liegenschaften und Betrie-

ben, die Gemeinde wird damit auch für weitere Industriezweige attraktiv – denn Standorte wie Hunderdorf profitieren auch beim Thema Energie von effektiven Infrastrukturen. Um die Aufnahme der Erdgasversorgung in der Gemeinde Hunderdorf zu feiern, lud Energie Südbayern zum Fest der „Ersten Flamme“ in die Mittelschule Hunderdorf ein.

„In Deutschland bleibt Erdgas nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft die Nummer eins im Wärmemarkt“, erklärt Werner Bähre, Geschäftsführer der Energie Südbayern GmbH, „darum ar-

beiten wir stetig daran, ein möglichst flächendeckendes Versorgungsnetz zu schaffen und einen umfassenden Zugang zu diesem effizienten und umweltverträglichen Energieträger zu ermöglichen, der als Zukunftstechnologie eine wichtige Rolle im Rahmen der Energiewende spielt.“

Neben einem Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie stand das EnergieMobil von Energie Südbayern bereits ab 13 Uhr vor Ort für alle Fragen rund um die Themen Energieversorgung und neue Technologien zur Verfügung. Um 17 Uhr entzündeten die zuständigen Ansprechpartner von Energie Südbayern und Hunderdorfs 1. Bürgermeister Hans Hornberger nach einem kurzen Informationsvortrag die Erdgas-Fackel. „Für die Region und die Kunden vor Ort bietet Erdgas als günstiger, effizienter und zukunftssträchtiger Energieträger zahlreiche Vorteile“, erklärt Johann Windpassinger, Fachverantwortlicher Netzvertrieb, Planung & Bau bei Energie Südbayern, „als erfahrener Partner in Sachen kommunaler Energieversorgung freuen wir uns, dass wir Hunderdorf beim Ausbau einer leistungsfähigen Erdgasversorgung begleiten dürfen.“

Green City Energy, Nordex und Stadtwerke Tübingen:

Windpark Bayerischer Odenwald vollständig errichtet

Einweihungsfest in der Gemeinde Eichenbühl

Die fünf Anlagen des Windparks Bayerischer Odenwald von Green City Energy sowie die beiden Schwesternanlagen der Stadtwerke Tübingen sind fertiggestellt. Die Gondeln und die Rotorsterne auf den 141 Meter hohen Hybriddürmen sind montiert, seit Anfang Oktober werden die Anlagen nacheinander in Betrieb genommen. Mitte Oktober 2013 luden Green City Energy, die Stadtwerke Tübingen und der Hersteller Nordex alle Anwohner und Interessierten zur feierlichen Einweihung der Anlagen ein.

Die Errichtung der fünf Windenergieanlagen des Windparks Bayerischer Odenwald ist abgeschlossen. Ebenso die Anlagen der Stadtwerke Tübingen im benachbarten Neunkirchen. Im September wurde der Rotorstern der letzten Windenergieanlage des Windparks auf 141 Meter gezogen und montiert. „Das ist für Green City Energy ein bedeutender Moment, unser gesamtes Team hat konsequent auf diesen Tag hingearbeitet“, so Dirk Woldrich, Bereichsleiter Windenergie bei Green City Energy.

Auch die Peripherie der Anlagen wurde zwischenzeitlich fertiggestellt, die Kabeltrasse zu den Einspeisepunkten ist vollständig verlegt, der Netzanschluss besteht und die Übergabestationen sind in Betrieb. Aktuell werden die Anlagen planmäßig und Schritt für Schritt von Nordex, dem Anlagenhersteller, in Betrieb genommen. Zu Beginn werden im Testbetrieb alle Sicherheitssysteme überprüft und getestet. Zukünftig werden die Windenergieanlagen vom Typ N117 rund 30 Mio. Ki-

lowattstunden Ökostrom produzieren und einen Beitrag zur Energiewende in Bayern leisten.

Besonders erfreulich war das große Interesse der privaten Anleger, die das Eigenkapital in Höhe von ca. 6,8 Mio. Euro be-

reit gestellt haben. „Die Zustimmung der Bürger ist ungebrochen, über 90 Prozent der Menschen stehen hinter der Energiewende. Doch für eine erfolgreiche Umsetzung benötigt die Branche sichere und verlässliche Rahmenbedingungen. Hier ist die Politik gefordert“, stellt Unternehmenssprecher Martin Betzold klar. Mit dem Windpark Maßbach hat Green City Energy aktuell erneut einen Windpark in Bayern im Vertrieb. Interessenten können online unverbindlich Informationsmaterial anfordern.

Mitte Oktober fand vor Ort direkt an den Anlagen ein großes Einweihungsfest statt, an dem sich auch der Anlagenhersteller Nordex und die Stadtwerke Tübingen beteiligten. Alle Interessierten als auch Pressevertreter waren herzlich eingeladen, sich aus nächster Nähe ein eigenes Bild von den Windenergieanlagen zu machen. Die Besucher erwartete ein abwechslungsreiches Programm mit einer Anlagenbesichtigung, musikalischer Unterhaltung, Speis und Trank sowie einem Kinderprogramm. Zum Abschluss traten die Gastgeber der Einweihungsfeier als „Energie United“ gegen den FC Heppenheim an.

Bundesnetzagentur legt Biogas-Monitoringbericht 2013 vor

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat in Bonn ihren Biogas-Monitoringbericht für das Jahr 2013 veröffentlicht. Der dritte Bericht dieser Art weist für den Stichtag 31.12.2012 einen Bestand von 108 Biomethaneinspeiseanlagen in Deutschland aus. Diese 108 Biogasanlagen bereiten das produzierte Biogas zu Biomethan mit Erdgasqualität auf und speisen es direkt in das Erdgasnetz ein. Biomethan kann durch das Gasnetz nahezu an jeden Ort mit Gasanschluss transportiert werden.

Gleichzeitig fungiert das Erdgasnetz als riesiger Langzeitspeicher für den erneuerbaren Energieträger Biomethan. „So ist Biomethan hervorragend geeignet, über die flexible Verstromung in Blockheizkraftwerken Systemdienstleistungen im Stromnetz zu erbringen, beispielsweise Regelenergie. Über das Gasnetz kommt Biomethan auch zur Erdgastankstelle und spart als erneuerbarer Kraftstoff im Erdgasauto Treibhausgas ein. Dies schützt das Klima“, stellt Horst Seide, Präsident des Fachverbandes Biogas dar.



Genießen Sie mit uns
die schöne Aussicht –
auf gemeinsame
Zukunftsperspektiven.

Energie Südbayern Regionaler Partner der Kommunen

Seit 50 Jahren Energieversorger der Region. Unsere Leistungen:

- Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- Individuelle Beteiligungsmodelle

Erfahren Sie mehr unter www.esb.de

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Energie Südbayern GmbH



Die glücklichen Preisträger in der Gesamtschau.

Kulturpreis Bayern verliehen

Altötting. Ein spontanes Gitarren-Solo von Sigi Schwab, ein überraschender Besuch von „Erwin Pelzig“ und der aus dem Veitshöchheimer Frankenfasching bekannte Kabarettist und Kopf der „Alteihäuser Feierwehrkapelln“, Norbert Neugirg, begeisterten die rund 350 Gäste bei der Verleihung des Kulturpreises Bayern 2013 der Bayernwerk AG im Altöttinger „Kultur+Kongress-Forum“.

Neugirg würdigte als Laudator die fünf Preisträger in der Kategorie Kunst in Versform und mit der ihm eigenen Würze. Zu den Preisträgern zählten neben Sigi Schwab der niederbayerische Bariton Thomas E. Bauer, der Oboist Albrecht Mayer, der Maler Rudi Tröger und der Intendant des Münchner Gärtnerplatztheaters, Josef Ernst Köpplinger. Einen Sonderpreis erhielt Frank-Markus Barwasser, alias „Pelzig“.

Zudem erhielten die besten Absolventen der bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, der Kunsthochschulen und die besten Doktoranden der bayerischen Universitäten den Kulturpreis Bayern.

Gründungsdatum 1959

Der Kulturpreis Bayern geht auf das Jahr 1959 zurück. Seit 2005 wird er auf bayerischer Ebene und

gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst verliehen. „Das vielfältige Kulturlieben in den Regionen ist eine der herausragenden Besonderheiten Bayerns, die uns allen wieder zu Gute kommt. Mit unserem Kulturpreis Bayern zeichnen wir Menschen aus, die für diese kulturelle Vielfalt stehen“, begründete der Vorstandsvorsitzende der Bayernwerk AG, Reimund Gotzel, das Engagement seines Unternehmens.

Sonderpreisträger

Wissenschafts- und Kunststaatssekretär Bernd Sibler begleitete die Preisverleihung und hielt die Laudatio für den Sonderpreisträ-

ger des Wissenschafts- und Kunstministeriums, Frank-Markus Barwasser. „Vor zwanzig Jahren stand Barwasser erstmals als Erwin Pelzig mit charakteristischem Kordhut und fränkischem Dialekt auf der Bühne. Seitdem kommentiert Pelzig das Leben und das politische Geschehen oft vermeintlich harmlos, in Wirklichkeit aber listig und hintergründig“, würdigte Sibler den aus Unterfranken stammenden Kabarettisten. Zur Begeisterung der Gäste und Preisträger hatte Barwasser auch Erwin Pelzig „im Gepäck“, der den Abend mit einer kabarettistischen Einlage abschloss.

VKU und GE zur Energiewende:

Politik braucht den Mut zum großen Wurf

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), und Prof. Dr. Stephan Reimelt, CEO von GE Energy Germany haben im Rahmen eines gemeinsamen Pressefrühstücks in Berlin an die Politik appelliert, den Energiemarkt in Deutschland schnellstmöglich zu reformieren.

„Wir sehen, dass der Energiemarkt nicht mehr funktioniert. Während alte, ineffiziente Braunkohlekraftwerke rund um die Uhr laufen, verdienen hocheffiziente Kraftwerke kein Geld mehr. Das ist Energiewende paradox und zeigt, dass sich die neue Bundesregierung dringend um die politische Ausrichtung der Energiewende kümmern muss. Viele unserer Mitglieder haben Projekte zum Neubau von Kraftwerken wegen der unsicheren politischen Rahmenbedingungen auf Eis gelegt“, so Reck.

87 Prozent der deutschen Stadtwerke gaben in einer im September 2013 durchgeführten Befragung an, dass für sie die Bedingungen für den Neubau von Kraftwerken nicht mehr ausreichend sind.

„Die Energiewende steht an einem Wendepunkt und die Zeit drängt“, sagt Reimelt. „Beim Ausbau der Erneuerbaren sind zwar große Fortschritte erzielt worden, doch es wachsen zunehmend Zweifel hinsichtlich Investitionssicherheit und Verhältnismäßigkeit, Akzeptanz und Versorgungssicherheit. Das eigentliche Ziel der

Dekarbonisierung, bei marktwirtschaftlich sinnvoller Verzahnung von erneuerbaren und konventionellen Energien, ist aus dem Blick geraten. Die Nichtinbetriebnahme modernster Gaskraftwerke in diesem Jahr ist nur ein eindrucksvoller Beleg dafür. Für die neue Regierungskoalition besteht daher dringender Handlungsbedarf, die Energiewende wieder auf Erfolgskurs zu bringen.“

Appell an die neue Bundesregierung

VKU und GE appellieren daher an die neue Bundesregierung, die Probleme schnellstmöglich anzugehen. Dabei muss folgendes im Vordergrund stehen:

- Die Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) hin zu mehr wettbewerblichen Anteilen mit dem Ziel von mehr Kosteneffizienz,
 - die Einführung eines Marktes für gesicherte und hocheffizient produzierte elektrische Leistung, die insbesondere dann benötigt wird, wenn der Bedarf hoch und der produzierte Strom durch die erneuerbaren Energieträger gering ist,
 - die Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung als hocheffiziente Erzeugungstechnologie,
 - die Förderung der Entstehung von leistungsfähigen Märkten für Energiespeicher und die Einführung von intelligenten Netztechnologien („Smart Grids“),
 - die Stärkung des europäischen Emissionszertifikatehandels mit dem Ziel, die Verschmutzung der Atmosphäre wieder angemessen zu bepreisen und gleichzeitig entsprechende Impulse für neue, hocheffiziente Kraftwerke zu setzen.
- Reck: „Es sind genügend Branchen-Vorschläge für den Transformationsprozess auf dem Tisch. Es ist endlich an der Zeit, zu handeln! Dabei stehen wir der Politik konstruktiv zur Seite.“

Bürgerenergiepreis Niederbayern:

Impulse für die Energiezukunft

Erstmals wurde im Rahmen einer Feierstunde bei der Regierung von Niederbayern in Landshut der „Bürgerenergiepreis Niederbayern“ verliehen. Den Wettbewerb hatte das Bayernwerk mit Unterstützung der Regierung von Niederbayern ins Leben gerufen. Der Bürgerenergiepreis Niederbayern ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert.

Gefördert werden pfiffige und außergewöhnliche Ideen und Maßnahmen, die einen Energiebezug haben und sich mit den Themen „Energieeffizienz“ oder „Ökologie“ befassen. Die Projekte sollen dazu beitragen, ein Bewusstsein für diese Themen zu schaffen. Die Projekte sollen eine Vorbildfunktion einnehmen und einen Impuls für die Energiezukunft setzen.

Die aus Heinz Grunwald (Regierungspräsident von Niederbayern; Energiebeauftragter), Jürgen Roith (Vertreter des Bezirksverbands Niederbayern des Bayerischen Gemeindetags), Professor Dr. Petra Denk (Leiterin Institut für Systemische Energieberatung GmbH, HS Landshut), Thomas Eckl (Geschäftsführer donau TV) sowie Christoph Henzel (Regionalleiter Ostbayern bei Bayernwerk) bestehende Jury wählte folgende vier Preisträger aus: Die Grundschule Ambrück mit ihrem Projekt „Energiewende fängt bei uns an!“, den TC 1974 Geiselhöring e. V. für die „energieeffiziente Sanierung der 3-Platz-Tennishalle und des Vereinsheims“, die Grund- und Mittelschule Aitrachtal (Mengkofen) mit ihrem Projekt „Drei Elemente auf dem Weg zur Energiewende“ sowie Anna Zimmermann und Harald Slesiona, Deggendorf, mit ihrem Projekt „Wohngebäude als Energiespeicher“.

Die Grundschule Ambrück führt ihre Schüler anhand schriftlicher Unterrichtsmaterialien, Zeitungsberichten und speziellen Kinderseiten im Internet sowie durch selbst durchgeführte Umfragen und Unterrichtsgänge, beispielsweise zu Photovoltaik- und Biogasanlagen, an ökologische Themen heran. Als Energiedetektive decken die Schüler Energieverschwendungen im Schulgebäude auf, die dann abgestellt werden. In einer weiteren Stufe wird die Ei-

geninitiative der Schülerinnen und Schüler noch ausgebaut, indem diese das Entdeckte und Gelernte in Form von Postern darstellen und in Referaten an Schüler niedrigerer Klassenstufen weitergeben. Dieses Projekt fördert bereits in jungen Jahren Energie- und Umweltbewusstsein.

Die Grund- und Mittelschule Aitrachtal habe ein umfangreiches Schulprojekt auf die Beine gestellt, hieß es in einer weiteren Preisbegründung. Es bestehe aus drei Elementen: Im ersten Element gehe es um die Energieeinsparung in der Schule. Im zweiten Element gehe es darum, Energiethemen begreifbar zu machen. Dafür sei eine Energieecke eingerichtet worden, in der anhand von Modellen gezeigt werde, wie die Energietechnik im Großen funktioniere. Element 3 weite das Projekt auf die häusliche Umgebung der Schüler aus.

Die bauliche Sanierung von Halle und Vereinsheim des TC 1974 Geiselhöring e.V. hat den Heizölverbrauch halbiert. Mit einer Photovoltaikanlage werden vor Ort 160.000 kWh Strom pro Jahr umweltfreundlich erzeugt. In einem nächsten Schritt wird die Beleuchtung von gewöhnlichen Leuchtstofflampen auf LED-Technik umgerüstet, wodurch der Stromverbrauch erheblich reduziert wird. Die Arbeiten wurden von vielen ehrenamtlichen Helfern erbracht. Der TC Geiselhöring hat Informationen zu seinem Projekt im Internet veröffentlicht und seine Erfahrungen an zahlreiche interessierte Vereine weitergegeben.

Eine Wärmepumpe im Wohngebäude der Deggendorfer Anna Zimmermann und Harald Slesiona erzeugt die Heizwärme und kann besonders effizient arbeiten, weil eine optimierte, mit reinem Wasser arbeitende Erdsonde als Wärmequelle verwendet wird. Spezielle

Bauteile dienen als Heizflächen mit großer Oberfläche und benötigen dazu nur eine geringe Vorlauftemperatur.

Die entwickelte Technik ist mit einer großen Wärmespeicherkapazität versehen. Die Wärmepumpe wird so gesteuert, dass das Angebot von regenerativ erzeugtem Strom optimal genutzt wird. Durch den Einsatz von einfachen Verfahren und Techniken kann dieses Projekt für viele als Vorbild dienen. **DK**

Neue Stromautobahn bringt Energiewende voran

Bayerns Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner begrüßt die Erklärung der Stromnetzbetreiber TenneT und TransnetBW, jetzt in die konkrete Planung für die neue Stromautobahn in Gleichstromtechnik von Schleswig-Holstein nach Süddeutschland einzusteigen.

„Das Projekt SÜED.LINK bringt die Energiewende voran. Die neue Leitung wird einen weiteren wichtigen Beitrag leisten, Strom aus Erneuerbaren Energien in unser Versorgungssystem zu integrieren. Und sie ist wichtig für die Stromversorgungssicherheit in Bayern nach Abschaltung der Kernkraftwerke“, erklärt die Ministerin. Endpunkt eines der beiden geplanten Leitungssträn-

ge ist Grafenrheinfeld in Unterfranken. Gleichzeitig appelliert Aigner an die Netzbetreiber und die für das Genehmigungsverfahren zuständige Bundesnetzagentur, die bayerischen Behörden, die betroffenen bayerischen Kommunen und Bürger so transparent wie möglich über die Planungen zu informieren und in den Entscheidungsprozess über die Trassenführung einzubeziehen.

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei nahezu 50 Prozent. Bis heute haben wir über 230.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



VKU/Landesgruppe Bayern:

Stromnetze der Stadtwerke sind Basis der Energiewende

In immer mehr Stunden quillt das Landauer Stromnetz über vor Elektrizität. Wo früher der Strom von außen kam, können die großen Mengen lokal produzierten, regenerativen Stroms nicht mehr vor Ort verbraucht werden. Sie müssen in das vorgelagerte Netz abtransportiert oder auch lokal sinnvoll gesteuert werden. Wie das gelingen kann, diskutierte der Vorstand der Landesgruppe Bayern im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in Landau.

Bedeutet die große Menge erneuerbaren Stroms nicht den Erfolg in der Energiewende? „Bedingt“, sagt Josef Brunner, 1. Bürgermeister der Stadt Landau und Vorsitzender des Werkausschusses der Stadtwerke Landau. „Wir freuen uns mit unseren Bürgern über die Wertschöpfung vor Ort, sind aber auch sehr gefordert, das Energiesystem sicher am Laufen zu halten. Das wird leider zu oft nicht gesehen. Damit es möglich ist, diesen Strom anderenorts zu verbrauchen, mussten wir in den letzten Jahren zusätzliche Investitionen von rund 1,8 Mio. Euro in das Stromnetz tätigen.“

Fokus auf Netzstabilität

Inzwischen ist bei zu viel Stromproduktion das nationale Stromnetz immer häufiger überlastet. Die Übertragungsnetzbetreiber können die Netzstabilität nicht mehr wie in der Vergangenheit allein auf den oberen Netzebe-

nen regeln. Sie fordern daher immer öfter Verteilnetzbetreiber auf, regenerative Erzeugung zu steuern. „Daher zeichnet sich auch mit unseren schon getätigten Investitionen ab“, so Alois Wanning, Leiter der Stadtwerke Landau, „dass wir Stromerzeuger wohl künftig auch aktiv regeln werden müssen, wenn die Nachfrage nicht gegeben ist. Dies war bei benachbarten Netzbetreibern diesen Sommer mehrfach der Fall. Oder wir bekommen endlich die Spielräume, Lösungen im Netz und auch mit den Verbrauchern vor Ort zu refinanzieren.“

Zentrale Forderungen

Laut Götz Ulrich Luttenberger, Vorsitzender der VKU-Landesgruppe Bayern, bedeutet dies: „Unsere Unternehmen müssen endlich sinnvolle Lösungen gemäß des neuesten technischen Stands in die Netzinfrastruktur umsetzen dürfen und nicht bis zu

sieben Jahre darauf warten müssen, dass ihre Investitionskosten zurückfließen.“ Diese Verzögerung ist in der derzeit gültigen Regulierung der Verteilnetzbetreiber unterhalb der 110-kV-Ebene angelegt. Daher sind für die Refinanzierbarkeit der Kosten der Stadt- und Gemeindewerke die Anerkennung von Investitionsmaßnahmen unterhalb der 110-kV-Ebene und die Aufhebung des Zeitverzugs zwei zentrale Forderungen des VKU zur Überarbeitung der Netzregulierung. „Die Regulierung passt mit den politischen Vorstellungen zum Umbau der Stromversorgung nicht überein“, stellt Luttenberger fest.

Regulierung der Verteilnetze

Luttenberger weiter: „Wir sind daher darauf angewiesen, dass die Politik die Regulierung der Verteilnetze nun schnell und wirkungsvoll ergänzt. Wir wollen die Wertschöpfung vor Ort mit erneuerbaren Energien und mit den engagierten Bürgern weiter stärken, allerdings ohne die Versorgungssicherheit zu riskieren und die Kosten zu treiben.“

Die Stadtwerke Landau haben in den vergangenen Jahren so viele Anlagen erneuerbarer Energien angeschlossen, dass ihr Umsatz mit den eigenen Kunden heute niedriger ist als die durch sie auszuzahlende Vergütung an die Betreiber von Biogas-, Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen. Sie leisten dabei eine nicht zu gering zu schätzende rein administrative Arbeit, damit jeder Anlagenbetreiber seine Vergütung nach dem EEG erhält. Zusätzlich lösen sie aber

auch die enorme technische und finanzielle Herausforderung in den Stromnetzen der Stadtwerke. So leistet die Werkleitung mit ihrem Team nicht zuletzt Pionierarbeit bei der Bundesnetzagentur, um die Investitionen des Netzbaus überhaupt bewältigen zu können.

Künftig wird auch die Steuerung des Verbrauchs wichtiger werden. In den Landesgruppen Bayern des VKU und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) wird daher derzeit geprüft, wie auch der Stromverbrauch in der Wasserversorgung zur Steuerung mit genutzt werden kann.

Die Energiewende lebt

„Wir wissen es sehr zu schätzen, wie engagiert unsere Stadtwerker ihren Aufgaben einer sicheren Versorgung nachkommen und zugleich den Ausbau der regenerativen Energien in Landau und Umgebung unterstützen“, stärkte Bürgermeister Brunner seinem Unternehmen den Rücken. „Bei uns lebt die Energiewende. Daher freuen wir uns auch Gastgeber zu sein für den VKU-Landesgruppenvorstand Bayern.“

Wasserversorgung

Dessen Agenda behandelt über die Netzfragen hinaus unter anderem auch die Ausgestaltung des künftigen Energiemarktes, die Umsetzung der europäischen Energieeffizienzrichtlinie und die erreichte Abkehr der Europäischen Kommission, die Wasserversorgung in die Dienstleistungskonzessionsrichtlinie einzubeziehen. Hier hatten der VKU und seine Landesgruppe Bayern sich im Bayerischen Innenministerium und gegenüber der Europäischen Kommission erfolgreich stark gemacht, die Wasserversorgung durch die Kommunen nicht in Frage zu stellen. □

- Verzicht auf Erfolge beim Klimaschutz: Die CO2-freie Tiefengeothermie unterstützt die Klimaschutzziele Deutschlands. Bis 2020 werden mit Erd- und Umweltwärme 11 Millionen Tonnen CO2 eingespart.
- Verzicht auf Arbeitsplätze: In der Erd- und Umweltwärme-Branche werden 2020 etwa 25.000 Beschäftigte arbeiten, meist bei hochinnovativen Mittelständlern. Eine Abwanderung dieser Spezialisten ins Ausland droht.
- Verzicht auf Export-Erlöse: Die Aktivitäten deutscher Unternehmen in Asien, Afrika, Süd- und Nordamerika beweisen das weltweite Interesse an deutschem Tiefengeothermie-Know-how.

Das Wirtschaftsforum Geothermie e. V.

Die in der Tiefengeothermie führenden rund 50 deutschen und Schweizer Unternehmen finden sich seit dem Jahr 2006 unter dem Dach des Wirtschaftsforums Geothermie (WFG) zusammen. Der Verband ist Basis und Schnittstelle für den interdisziplinären Erfahrungsaustausch seiner Mitglieder. Ingenieure, Finanziers, Planer und Geologen bündeln hier ihr Expertenwissen. Zudem sind alle aktiven deutschen Strom- und die meisten Wärmeprojekte im WFG vertreten. Das WFG hat sich daher über die gesamte Bandbreite der Branche hinweg als kompetenter Ansprechpartner gegenüber der Politik positioniert.

Vorsitzender des WFG ist Dr. Erwin Knapke (Vizepräsident Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.), seine Stellvertreter sind Dr. Peter Seibt (Geothermie Neubrandenburg GmbH) und Dr. Thomas Kölbl (EnBW Energie Baden-Württemberg AG). □

Bayernwerk Natur GmbH:

Ausweitung erfolgreicher Partnerschaften

KWK-Anlage im Crana Mare in Kronach in Betrieb genommen

Die Stadtwerke Kronach setzen weiter auf Energieeffizienz und haben die Bayernwerk Natur GmbH mit der Errichtung einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (KWK) mit einem Investitionsvolumen von rund 120.000 Euro für das Erlebnisbad Crana Mare beauftragt.

Die bestehende Heizungsanlage für das Crana Mare, zwei Erdgas-Heizkessel mit einer Leistung von insgesamt 952 Kilowatt, wurde ebenfalls von der Bayernwerk Natur bzw. deren Rechtsvorgängerin E.ON Bayern Wärme GmbH errichtet und wird als Wärme-Contracting-Anlage betrieben. Die Bayernwerk Natur GmbH ist damit zusätzlich für die Gasbeschaffung sowie für den Betrieb, den Unterhalt und die Wartung der Anlage. Zudem liefert sie die gesamte Wärmeenergie für das Crana Mare an die Stadtwerke Kronach.

Die neue KWK-Anlage wurde in das bestehende Heizsystem des Crana Mare integriert und ging im April 2013 in Betrieb. Die komplette Anlage wurde von der Bayernwerk Natur geplant und projektiert. Das hocheffiziente Blockheizkraftwerk nach dem neuesten Stand der Technik erzeugt 630 Megawattstunden Wärme jährlich und daneben rund 350 Megawattstunden Strom, die zu rund 95 % im Crana Mare verbraucht werden. Die restlichen fünf Prozent werden in das öffentliche Netz eingespeist.

Erdgasmotor als Herzstück

Äußerst positiv ist die Umweltbilanz der neuen Anlage: Die Rauchgase werden durch einen Dreiwege-Katalysator gereinigt und unterschreiten die geforderten Emissionswerte. Das nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeitende Herzstück der Anlage, ein hocheffizienter Erdgasmotor, gekoppelt mit einem Stromgenerator und einem Wärmetauscher, erreicht einen Gesamtnutzungsgrad – dies ist das Verhältnis der nutzbaren zur eingesetzten Energie – von über 90 Prozent. Somit wird deutlich weniger Energie benötigt, als bei getrennter Erzeugung von Heizwärme und des elektrischen Stroms nötig wäre. Durch diese Technik vermeiden die Stadtwerke Kronach zudem den Ausstoß von circa 139 Tonnen CO2 im Jahr.

Hohe Laufzeit

Die optimale Auslegung und Dimensionierung der Anlage mit einer möglichst hohen Laufzeit und Verfügbarkeit war Maßgabe für dieses Projekt. Die gesamte technische Realisierung konnte ohne Unterbrechung und Störung des Badebetriebes durchgeführt werden.

„Diese moderne und hochgradig wirtschaftlich arbeitende Anlage ist ein weiterer wesentlicher Beitrag zur Energiewende in Kronach“, freuen sich Bürgermeister Wolfgang Beiergrößlein, Stadtwerkeleiter Peter Maaß und der Geschäftsführer der Bayernwerk Natur GmbH, Werner Dehmel.

Bürgermeister Beiergrößlein betont, dass die eingesetzte Kraft-Wärme-Kopplungsanlage wegweisend sei und neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch Umwelt- und Klimaaspekte in vorbildlicher Weise berücksichtige. Er hob auch die gute Zusammenarbeit mit der Bayernwerk Natur hervor. Die Stadt Kronach erstellt derzeit ei-

nen Energienutzungsplan, in dessen Rahmen die Möglichkeit der Realisierung weiterer innovativer Projekte ausgelotet wird. Bis Ende 2013 sollen die Ergebnisse vorliegen.

Zufrieden ist das Stadtoberhaupt auch mit der langjährigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Kronach und der Bayernwerk AG. Diese wird durch Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags für die Versorgung mit Gas bis 2022 fortgesetzt. Im Zuge der nahezu 45-jährigen Partnerschaft im Gasbereich hat der Energiedienstleister in Kronach ein rund 88 Kilometer langes Gasnetz mit rund 1.840 Hausanschlüssen, 2.520 Gasdruckreglern und 37 Gasstationen errichtet.

Zuverlässiger Service

Ludwig Schiebler, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayernwerk AG, sicherte der Stadt Kronach weiterhin den zuverlässigen Service seines Unternehmens zu: „Unsere Teams sind umgehend einsatzbereit und kümmern sich im Falle einer Störung rund um die Uhr um eine schnelle Behebung. Unsere Mitarbeiter kommen aus der Region und leben dort und kennen sich dadurch mit den örtlichen Gegebenheiten bestens aus.“

Allein in Franken beschäftigt Bayernwerk rund 720 Frauen und Männer, 35 davon kommen aus dem Landkreis Kronach. Seit vielen Jahren hat Bayernwerk auch eine Anlaufstelle in der Industriestraße 15. Dort kümmern sich 14 Service-Monteur und ein technischer Sachbearbeiter, die durch die lange Kooperation das Netz intensiv kennen, zuverlässig um eine sichere Strom- und Gasversorgung in der Stadt und der Region.

Die Bayernwerk Natur GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Bayernwerk AG (vormals E.ON Bayern AG) und auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Sie betreibt über 100 dezentrale energieeffiziente und regenerative Kraftwerksanlagen wie Fernwärmeversorgungen, Biomasseheizwerke, Biogas- und Bio-Erdgasanlagen, Blockheizkraftwerke, Wärmepumpenanlagen sowie Pelletheizungen bis hin zu Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerken und realisiert derzeit mehrere Geothermieprojekte. □

Projektsteckbrief

- 1 Aggregat mit einer thermischen Leistung von 90 kW und einer elektrischen Leistung von 50 kW
- Geplante Stromerzeugung: ca. 350 MWh pro Jahr
- Geplante Wärmeerzeugung: ca. 630 MWh pro Jahr
- Wirkungsgrad elektrisch: 33,2 %
- Wirkungsgrad thermisch: 59,8 %
- CO2-Vermeidung: 139 Tonnen jährlich gegenüber konventioneller Erzeugung
- Die Vertragslaufzeit des gemeinsamen Projektes beträgt zunächst 15 Jahre. □

Erfolgreiche Energiewende:

Nur mit Tiefengeothermie möglich

Die Tiefengeothermie trägt aktiv zur erneuerbaren Stromerzeugung bei, damit die Systemumstellung von fossilen zu erneuerbaren Energien gelingt. Der momentan bei den Verhandlungen zur großen Koalition angedachte radikale Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) kann für die erfolgreiche Entwicklung der Tiefengeothermie in Deutschland das Aus bedeuten.

Mit Sorge blickt das Wirtschaftsforum Geothermie e.V. (WFG) auf die Verhandlungen in der Arbeitsgruppe Energie, welche die große Koalition vorbereiten soll. Der von einigen Mitgliedern der AG Energie befürwortete Vorschlag, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) radikal umzubauen, oder gar eine Einheitsvergütung für erneuerbar erzeugten Strom einzuführen, bedeutet das Aus für die Stromerzeugung aus Tiefengeothermie und anderen Erneuerbaren Energiequellen in Deutschland.

Newcomer

„Die Tiefengeothermie ist der Newcomer unter den Erneuerbaren Energien. Sie hat aufgrund ihrer geologischen, physikalischen und hydraulischen Komplexität derzeit noch einen anderen Entwicklungsstand, als Massentechnologien wie Photovoltaik oder Windkraft. Diese werden bereits seit Jahrzehnten erforscht und flächendeckend im Praxisbetrieb eingesetzt. Der Tiefengeothermie muss man ebenfalls diesen Entwicklungspfad zugestehen“, sagt Dr. Erwin Knapke, Vorsitzender des WFGs. Für ihn ist Tiefengeothermie die ideale Ergänzung zu volatilen Energie-Quellen wie Wind und Solar. „Tiefengeothermie als flexible, grundlastfähige Energieform muss im deutschen Energie-Mix eine entscheidende Rolle spielen, da sie rund um die Uhr Versorgungssicherheit garantiert“, erläutert Dr. Knapke.

Technische Erfolge

Die Tiefengeothermie ist seit wenigen Jahren am deutschen Energiemarkt aktiv. Sie weist jedoch bereits bedeutende technische und wirtschaftliche Erfolge auf, wie das WFG als Ver-

band der Tiefengeothermie-Unternehmen in einem aktuellen Schreiben an die Arbeitsgruppe Energie zur Vorbereitung der großen Koalition deutlich macht:

- Tiefengeothermie steigert die Wirtschaftskraft: Mit Forschungsinvestitionen von insgesamt etwa 116 Millionen Euro hat die Branche in weniger als zehn Jahren bereits 930 Millionen Euro Investitionen getätigt.
- 1 Euro Forschungsgeld löst rund 9 Euro privatwirtschaftliche Investitionen in den Bereichen Energie, Anlagen-/Maschinenbau und Dienstleistungen aus.
- Tiefengeothermie-Strom wird immer günstiger: Seit dem Beginn der systematisch betriebenen Tiefengeothermie-Forschung im Jahr 2004 hat die Branche den Erzeugungspreis für Strom, die so genannten Stromgestehungskosten, von über 50 Cent pro Kilowattstunde auf momentan etwa 20 bis 25 Cent gesenkt. Weitere Kostensenkungen sind kurzfristig zu erzielen.
- Tiefengeothermie ist kosteneffizient und planbar: Im Jahr 2012 erhielt die Branche 5,5 Millionen Euro EEG-Umlage. Das sind 0,04 Prozent der gesamten EEG-Ausschüttungen. Bei Projekt-Vorlaufzeiten von drei bis sieben Jahren erfolgt der Strom-Ausbau somit absolut plan- und kalkulierbar. Eine Kostenexplosion ist somit nicht denkbar.
- Tiefengeothermie ist zuverlässig: Mit 8.000 Betriebsstunden im Jahr sind die regulierbaren und grundlastfähigen Anlagen die ideale Ergänzung für volatile Energiequellen wie Wind und Sonne.
- Tiefengeothermie ist klimaneutral: Strom, Wärme und Käl-

Wasserkraft in Bayern:

Die Politik ist am Zug

GZ-Interview mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich

Der Wasserkraftnutzung kommt für die Volkswirtschaft eine zentrale Bedeutung zu. Sie erfüllt bestmöglich die energiepolitischen Zielsetzungen einer sicheren, nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Energieversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien. Über aktuelle Entwicklungen in Bayern zum Ausbau der Stromerzeugung aus Wasserkraft informierte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Wasserkraft galt über Jahrzehnte als wichtigstes Kapital Bayerns für den Aufbau einer umweltschonenden, von Brennstoffimporten unabhängigen Stromversorgung und damit als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Wird sich dies angesichts des hoch subventionierten Ausbaus von Sonnen- und Windkraftwerken künftig ändern?

Schleich: Die Zukunft der Wasserkraft sehe ich sehr positiv, weil sie unschätzbare Vorteile aufweist. Im Gegensatz zu den volatilen Energieträgern Sonne und Wind ist die Wasserkraft Tag und Nacht verfügbar und zudem speicherbar. Dies möchte man im energiepolitischen Gesamtkonzept nicht missen.

GZ: Die bayerische Wasserkraft sieht sich also als wichtiger Stützpfeiler für eine erfolgreiche Energiewende. Wie soll der Beitrag der Rhein-Main-Donau AG hierzu aussehen?

Schleich: Die RMD AG, 1921 gegründet, ist ein bayerisches Traditionsunternehmen. An Main, Donau und Lech hat sie sukzessive Kraftwerksketten gebaut. Mit der Stromerzeugung in unseren Wasserkraftwerken können wir in erheblichem Maße zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende beitragen. Hier sehen wir uns in der Pflicht. Gemeinsam mit der Politik wollen wir versuchen, die Energiewende zu befördern.

GZ: Die Staatsregierung hat ja nun die Bevölkerung als Koalitionspartner. Wie ist die Stimmung beim Bürger? Gibt es neue Umfragewerte?

Schleich: Für uns als Wirtschaftsunternehmen ist es wichtig, bei der bayerischen Bevölkerung eine positive Einstellung zur Wasserkraft und zu deren Rolle bei der Umsetzung der Energiewende vorzufinden. Aus der diesjährigen Umfrage der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie ergibt sich ganz klar, dass auch die Bürger im Freistaat stark auf Wasserkraft setzen. Sie wird von mehr als drei Viertel als der beliebteste, interessanteste und auch wertvollste erneuerbare Energieträger für die Energiewende betrachtet. Wenn es uns gelingt, bei unseren Ausbauprojekten die Menschen mit einzubeziehen, und wir in einem konstruktiven, intensiven Dialog für ausreichende Informationen sorgen können, sehe ich keinerlei Akzeptanzproblem. Insofern bin ich hier guten Mutes.

GZ: Apropos qualifizierte Information: Könnte nicht auch die Politik noch stärker in diesen Dialog involviert werden?

Wie ist es um deren Bringschuld bestellt?

Schleich: Wenn laut bayerischem Energieprogramm die Wasserkraftstromerzeugung bis zum Jahr 2020 um 15 Prozent gesteigert werden soll, braucht es einerseits Unternehmen, die bereit sind, in Ausbauprojekte zu investieren, und andererseits Rückenwind von Seiten der Politik, wenn es um die Umsetzung geht. Die Politik muss dafür Sorge tragen, dass den Gesichtspunkten Klimaschutz und Energiewende im Rahmen von Genehmigungsverfahren in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Darüber hinaus sollte meines Erachtens das Thema Energie allgemein noch sehr viel intensiver Eingang in das schulische Bildungsprogramm finden. Die Energiewirtschaft ist jedenfalls bereit, diese Bildungsaufgabe anhand von Informationen, die Lehrern zur Verfügung gestellt werden, erfüllen zu helfen.

GZ: Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Energieproduktion im Freistaat mittelfristig aufteilen? Wird sich die Wasserkraft trotz der Tatsache, dass Windkraft- und Solaranlagen wie Pilze aus dem Boden schießen, behaupten können?

Schleich: Die Wasserkraft wird nicht den einzigen Schlüssel zur Lösung des Problems liefern können. Aufgrund ihrer bereits erwähnten ständigen Verfügbarkeit und unter Anwendung bestimmter Techniken, z. B. der Pumpspeicherkraftwerkstechnik, kann sie aber sicherlich in entscheidendem Maße zur Stabilisierung der Netze beitragen.

GZ: Gibt es denn Ideen für neue Pumpspeicherkraftwerke mit RMD-Beteiligung?

Schleich: Natürlich gibt es Überlegungen. Allerdings können wir diese nur dann angehen, geschweige denn realisieren, wenn auch die Wirtschaftlichkeit für solche Anlagen gegeben ist. Momentan sind die politischen Rahmenbedingungen derart unklar, dass ein Unternehmen jetzt ungeheure Schwierigkeiten hätte, ein neues Kraftwerksprojekt umzusetzen. Aufgrund des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und des massenhaften Zubaus von Wind- und Sonnenkraftwerken ist an der Börse ein Strompreis-Tiefpunkt erreicht worden, der unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schon den Betrieb der laufenden Anlagen, erst recht aber den Neubau von Anlagen in Frage stellt. Es wird daher entscheidend darauf ankommen, welche Schritte die Politik nun nach der Bundestagswahl in die Wege leitet, um

den aus den Fugen geratenen Erzeugungsmarkt wieder zu einem echten Markt zu machen. Es geht darum, für ein Preisniveau zu sorgen, das Investitionen in Kraftwerke tatsächlich wieder wirtschaftlich werden lässt.

GZ: Welches Ausbaupotenzial haben Wasserkraftwerke in Bayern überhaupt?

Schleich: Bei den Überlegungen zu einem konkreten Wasserausbauprojekt sind letztlich folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend: Technische Möglichkeiten, Wirtschaftlichkeit und ökologische Realisierbarkeit. Eine entsprechende Studie, die die RMD AG vor ein paar Jahren gemeinsam mit ihren Partnerunternehmen BEW und E.ON Wasserkraft erstellt hat, zeigt, dass ein Ausbaupotenzial von etwa 10 Prozent realistisch ist. Wenn wir also von einer Erzeugungsleistung von derzeit rund 12 Mrd. kWh Strom im Jahr ausgehen, so bedeutet dies eine mögliche zusätzliche Leistung von 1,2 Mrd. kWh. Dieses Potenzial wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn wir Wasserkraftwerke nicht nur modernisieren und ausbauen, sondern auch neu bauen. Ohne Neubauten, die rund ein Drittel des errechneten Potenzials betragen, werden wir nicht zu den erhofften zusätzlichen 1,2 Mrd. kWh Wasserkraftstrom kommen. Neubauten sollten also tunlichst nicht von vornherein als ungangbarer Weg ausgeschlossen werden.

GZ: Bestünde für die RMD die Möglichkeit, Kommunen beim Ausbau von Kleinwasserkraftanlagen Hilfestellung zu bieten?

Schleich: Die RMD hat traditionell ein Konzessionsrecht an den großen Flüssen Donau, Main und Lech. Mit Kleinwasserkraftwerken hat sie daher weniger zu tun. Dies obliegt ihrer Tochtergesellschaft, der RMD Consult GmbH, die als Ingenieurbüro im Bereich Wasserbau und Wasserkraft fungiert und international als Projektteur auch von Kleinwasserkraftanlagen im Einsatz ist.

GZ: Gegner der Wasserkraft stellen regelmäßig die These auf, dass diese der Ökologie großen Schaden zufügt. Wie ist dieses Argument zu gewichten?

Schleich: Keine Form der Stromerzeugung ist frei von Nebenwirkungen. Dies gilt sowohl für die konventionellen, als auch die erneuerbaren Energien. Natürlich verzeichnet leider auch die Wasserkraftstromerzeugung bestimmte negative Begleiteffekte – ich denke hier etwa an die Beeinträchtigung der Durchgängigkeit von Flüssen und Bächen durch Querbauwerke. Diesem Thema widmen wir uns aber mit großem Engagement, indem wir versuchen, über Fischtreppen, Umgehungsgewässer und weitere ökologische Optimierungsmaßnahmen diese Beeinträchtigungen zu minimieren.

GZ: Wenn das Fischthema aufgrund diverser Maßnahmen nicht mehr greift, bringen die Angler den angeblichen Klimakiller Methan ins Spiel. Ist dieses Argument überhaupt als seriös zu bezeichnen?

Schleich: Das Methanthema halte ich auch aufgrund seriöser Untersuchungen für keinen wirklich ernstzunehmenden Einwand gegen die Wasserkraftstromerzeugung. Es handelt sich hier hauptsächlich um ein Problem bei stehenden Gewässern und nicht an Flüssen. An der einen oder anderen Stauhaltung mag es in äußerst geringem Maße Methanaustritt geben; doch sind die dabei frei werdenden Mengen derart verschwindend gering,



Wasserkraft als wichtiger Stützpfeiler für eine erfolgreiche Energiewende: GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Dialog mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich.

dass sie im Vergleich zu dem, was natürliche Seen, Sumpflandschaften, Auenlandschaften oder gar Rinderherden emittieren, dass sie überhaupt nicht ins Gewicht fallen. Bei der Wasserkraft reden wir von Größenordnungen, die einen winzigen Bruchteil im Vergleich zu den Methan-Emissionen von Nutztieren, wie Kühen, ausmachen. Beispielsweise setzen schon 1.000 Kühe rund 75 Tonnen Methan im Jahr über ihren Verdauungstrakt frei – und wir haben allein in Bayern derzeit etwa 3,3 Millionen Kühe.

GZ: An verschiedenen Stellen in Bayern – siehe Iller und Salzach – müssten dringend jene flussbaulichen Maßnahmen zum Schutz der damaligen Bevölkerung aufgefangen werden, die vor hunderten Jahren begangen wurden. Könnten Strombezieher nicht an der Finanzierung von Reparaturen beteiligt werden? Wie stehen hier die Chancen?

Schleich: Gerade im Tittmoninger und Freilassing Becken der Salzach gibt es interessante

Überlegungen. Der österreichische VERBUND als Wasserkraftwerksbetreiber prüft derzeit, ob und inwieweit es möglich ist, die Flusssanierung mit einer besonders ökologischen Form der Wasserkraftnutzung unter Anwendung neuer Techniken zu verbinden. Vonseiten der Kommunal- wie auch der Landespolitik gibt es diesbezüglich viel Akzeptanz, leider aber auch gehörigen Widerstand seitens der Naturschutzverbände in Österreich und Bayern. Aber das ist nicht nur an der Salzach so. Das ist ein ganz grundsätzliches Problem. Wir als Wasserkraftstromerzeuger bedauern dies sehr.

GZ: Können Sie dies näher erläutern?

Schleich: Gerade weil die Wasserkraft eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, ist es auch wichtig, jede Ausbauchance zu nutzen. Hierzu ist seitens der Energiewirtschaft und der Politik ein intensiver Dialog auch mit nichtstaatlichen Organisationen wie dem Bund Naturschutz und

den Fischereiverbänden gefordert, in dessen Rahmen verdeutlicht werden muss, dass der Naturschutz zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Wert ist, der bei der Abwägung von Entscheidungsprozessen über Wasserkraftprojekte Beachtung zu finden hat. Auch Naturschutzverbände müssen Kompromissbereitschaft zeigen und Projekte unterstützen, die dem Klimaschutz dienen und die Energiewende befördern. Momentan fehlt es hier leider oft schon an der notwendigen Gesprächsbereitschaft.

Aber ich bin zuversichtlich, dass sich die Naturschutzverbände ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden und zu einer – in der Demokratie eigentlich selbstverständlichen – Gesprächs- und Kompromissbereitschaft zurückfinden. Und dann werden wir auch beim Wasserkraftausbau zu allseits akzeptierten Lösungen gelangen können. Eine entscheidende Voraussetzung dafür wird allerdings sein, dass die Politik diesen Weg unterstützt.

DK



Das Wasserkraftwerk Rothenfels am Main steht exemplarisch für zahlreiche Anlagen der RMD-Gruppe.



„Von unseren Ideen profitieren später alle.“

LEW erprobt im Pilotprojekt „Smart Operator“ intelligente Stromnetze

In Wertachau bauen die Lechwerke im Rahmen des Pilotprojekts „Smart Operator“ das Stromnetz der Zukunft. Es hält Stromerzeugung und -verbrauch selbstständig im Gleichgewicht. Mitarbeiter wie Stefan Meyer von LEW Verteilnetz (LVN) installieren dafür intelligente Stromzähler in über 100 Haushalten.



Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL UWK LVN
Lechwerke Energie & Consulting Netzservice Energie Dienstleistungen

LEW

In Feldkirchen wandern nun die Fische ums Kraftwerk herum

Die Fischwanderhilfe beim VERBUND Innkraftwerk Feldkirchen hat mit Ende Oktober den Betrieb aufgenommen

Die VERBUND Innkraftwerke GmbH hat Ende Oktober 2013 ein neues 5,3 km langes Umgehungsgerinne beim Laufwasserkraftwerk Feldkirchen in Betrieb genommen. Diese Fischaufstiegshilfe ist teilweise als technisches Bauwerk, überwiegend jedoch durch die Einbindung des angrenzenden Hammerbaches als natürlicher Bach ausgeführt. Ziel des Gesamtvorhabens ist nicht nur die Durchgängigkeit des Gewässers für Huchen, Äschen, Barben und Nasen herzustellen, sondern auch neue Lebensräume für die Innfische zu erschließen und zu gestalten.

Aufgrund der EU-Wasserahmenrichtlinie (WRRL) sollen prioritäre Fließgewässer in der Europäischen Union durchgängig gemacht werden. Dazu werden Querbauwerke wie Wehre und Kraftwerke mit technischen und/oder naturnahen Umgehungsgerinnen ausgerüstet.

Fischwanderhilfe ist neuer Lebensraum

Die Fischwanderhilfe beim VERBUND Innkraftwerk Feldkirchen bietet den Fischen zukünftig die Möglichkeit, sowohl das Kraftwerk im Inn zu passieren, als auch über die Einbindung des

Hammerbaches neue und zusätzliche Lebensräume und Laichplätze zu finden. Das Konzept und die Planung wurden im Vorfeld mit der Naturschutzbehörde, dem örtlichen Fischereiverein und der Fachberatung für Fischerei abgestimmt und schließlich auch wasserrechtlich genehmigt.

Teils technischer, teils naturnaher Fischaufstieg

Die Fischwanderhilfe besteht aus einem ca. 160 m langen naturnahen Verbindungsgerinne mit Brücke und Verschlussbauwerk vom Inn zum Hammerbach. Der Hammerbach selbst wurde zusätz-

lich strukturiert und mit der neu errichteten 130 Meter langen technischen Fischwanderhilfe (Vertical Slot) mit dem Inn verbunden. Die Fische haben dabei insgesamt rd. 9 Höhenmeter zu überwinden.

Die Vertical Slots (Beckenfischpass mit Schlitzten) bestehen aus Trennwänden mit Schlitzten und einem Absetzbecken für die Innesdimente. Die mittlere Höhendifferenz zwischen den Becken umfasst rund 13 cm. Die Schlitzweite beträgt etwas mehr als 35 cm. Die Fließgeschwindigkeit in der Fischaufstiegshilfe ist zwischen 0,5 bis maximal 1,5 m/s begrenzt, die ganzjährige Abgabe beträgt 350 Liter pro Sekunde. Eine Besonderheit der Fischaufstiegshilfe ist die Möglichkeit der Fischbeobachtung. In einer kleinen Hütte - direkt am Innradweg - befindet sich am technischen Bauwerk ein Schaufenster, an dem vorbeischwimmende Fische beobachtet werden können.

Rund 20 Mitarbeiter von lokalen Unternehmen haben an dem Bauwerk in Feldkirchen mitgearbeitet. Die Investitionssumme betrug ca. 1,8 Mio. Euro.

Beim Innkraftwerk Neuötting ist bereits eine weitere Fischwanderhilfe in Bau, die ebenfalls im Herbst 2013 in Betrieb gehen soll. Parallel dazu wird mit der Errichtung der Fischaufstiegshilfen an den Kraftwerken Teufelsbruck und Gars begonnen.

Bis 2015 sollen von der VERBUND Innkraftwerke GmbH alle Kraftwerke mit einer Fischaufstiegshilfe ausgestattet sein und somit die ökologische Durchgängigkeit von Rosenheim bis Starnberg gewährleistet sein.

Neben der Herstellung der Durchgängigkeit entlang des Inns setzt die VERBUND Innkraftwerke GmbH auch viele weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Strukturvielfalt und der Anbindung und Revitalisierung von Altgewässern.

Die Flexibilisierung von bestehenden Biogasanlagen und den Bau von neuen flexiblen Biogasanlagen investieren.“

Das Projekt „Kombikraftwerk 2“ baut außerdem darauf, dass Biogasanlagen für die Erbringung weiterer Systemdienstleistungen hervorragend geeignet sind. Eine Flexibilisierung ermöglicht beispielsweise die Überbrückung von Netzengpässen. Durch eine Einspeisung von Blindstrom kann die Netzspannung reguliert werden. Auch beim Versorgungswiederaufbau nach einem Black-Out (Schwarzstart) können Biogasanlagen die Versorgungssicherheit gewährleisten.

Signal für Biogas

„Mit ihrer Innovationskraft hat sich die Biogasbranche auf die neuen Herausforderungen eingestellt“, erläutert Claus Rückert, Sprecher des Firmenbeirates im Fachverband Biogas. „Die Unternehmen haben seit in Kraft treten des EEG 2012 innerhalb kürzester Zeit die technischen und logistischen Ansätze für die Erbringung von Systemdienstleistungen durch Biogasanlagen entwickelt“, beschreibt Rückert die Aufbruchstimmung in der Biogas-Unternehmenssicht. „Was wir brauchen, sind verlässliche Rahmenbedingungen und das klare politische Signal für Biogas als wichtiger erneuerbarer Systemdienstleister damit wir diese Entwicklung konsequent fortsetzen können. Die anstehende Überarbeitung des EEG muss hier klare Signale setzen“, so der Firmenbeiratssprecher.



Salon Strom:

Die neue digitale Infotainment-Plattform von VERBUND

VERBUND lädt in den Salon Strom, ein Online-Infotainment-Format, das sich spielerisch mit dem Thema Strom beschäftigt. Die beiden VERBUND-Kampagnestars Stermann & Grisse-mann spielen auch hier die Talkmaster, geben Stromspar-Tipps, spielen Elektrogeräte nach und reden mit illustren Gästen über Strom und die Welt.

Seit Mitte Oktober ist www.salon-strom.at online: Gestartet wird die Interview-Serie sehr launig mit Mathematiker Prof. Rudolf Taschner über die Grundprinzipien der Energie. Zu erleben auf der von TBWA\ konzipierten interaktiven Plattform sind außerdem: lustige Videoclips über die Energiewende, das Stromsparen und den einfachen Stromanbieter-Wechsel, Links zur VERBUND-Stromschule, Infos zum Geräteverbrauch, ein Kraftwerks-Finder, natürlich alle TV-Spots und Quizspiele. Salon Strom verlinkt alle digitalen Informationen von VERBUND, inklusive der App-Version des VERBUND-Magazins FLOW,

des FLOW-Blogs und aller Social Media-Kanäle.

„Wir versorgen Salon Strom laufend mit neuem Content: neue Gäste, neue Gewinnspiele, neue Video-Clips, um den Dialog über Strom lebendig zu halten. Salon Strom ist ein wichtiger Bestandteil der aktuellen VERBUND-Kampagne „Danke, Wasserkraft!“. Themen, die wir im TV-Spot, in den Anzeigen oder Bannern ansprechen, werden hier verdichtet“, so Irene Sagmeister, TBWA\ Geschäftsführerin, über das umfassende Online-Projekt.

„Wir leben heutzutage online. Wer sich über Themen wie Strompreise, saubere Energie,

die Energiewende oder E-Mobilität informieren will, tut das immer häufiger im Internet.“ sagt Beate McGinn, Kommunikationschefin von VERBUND: „Auf der digitalen Infotainment-Plattform Salon Strom mit Stermann & Grisse-mann ist das praktisch, einfach und macht auch noch Spaß.“

Salon Strom bündelt Wissen, Info, Service und Unterhaltung in einem Format: „Vieles, was wir auf facebook, in unserem FLOW-Magazin und im Blog oder auf flickr machen, läuft hier in einem neuen Rahmen zusammen und bietet ständig etwas Neues“, freut sich Heinrich Schmid, VERBUND-Werbung.

Wer die neuesten energieeffizienten Geräte gewinnen will, macht gleich mit beim Elektrogeräte-Raten: www.salon-strom.at



Fischwanderhilfe Feldkirchen, Eröffnung Schlitzpass.

Ergebnisse des Forschungsprojektes „Kombikraftwerk 2“:

Biogas als Ausgleich von Wind und Sonne notwendig

In Berlin sind in einer Live-Demonstration die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Kombikraftwerk 2“ vorgestellt worden. Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) hatten im Rahmen des Projektes untersucht, wie die intelligente Verknüpfung verschiedener Erneuerbare Energien-Anlagen trotz der Schwankungen in der Stromproduktion aus Wind und Sonne die Stabilität des Stromnetzes auch im zukünftigen Energieversorgungssystem sicherstellen kann.

Wind-, Photovoltaik- (PV) und Biogasanlagen, so die Wissenschaftler, können im selben Maße Netzstabilität sicherstellen wie Atom-, Kohle- oder Erdgaskraftwerke, wenn die in ihrer Produktion schwankenden Wind- und PV-Anlagen mit regelbaren Biogasanlagen zu einem „Kombikraftwerk“ zusammengeschaltet sind.

Feldtest

Ist die Netzstabilität beispielsweise durch einen unerwarteten Abfall oder Anstieg der Windstärke oder Sonneneinstrahlung gefährdet, kann mittels moderner Informationstechnologie die Stromproduktion aus Biogasanlagen automatisch herauf- bzw. heruntergefahren werden. Wie ein Kombikraftwerk die Netzfrequenz durch die Bereitstellung von Regelernergie stabilisiert, zeigten die Wissenschaftler in einem Feldtest mit dem von ihnen aufgebauten Kraftwerk, das zwei Windparks, eine PV-Anlage und vier Biogasanlagen in Brandenburg, Hessen und Rheinland-Pfalz miteinander verknüpft.

„Das Kombikraftwerk-Projekt 2 zeigt, welche Rolle Biogasanlagen im zukünftigen Stromversorgungssystem zukommt“, kommentiert Dr. Claudius da Costa

Gomez, Hauptgeschäftsführer des Fachverband Biogas e.V., die Ergebnisse des Projektes. „Biogas ist der einzige erneuerbare Energieträger, aus dem bereits heute regelbarer Strom und Wärme erzeugt werden kann. Biogasanlagen müssen deshalb Systemdienstleistungen zur Netzstabilität übernehmen und als Ergänzung zu Wind- und PV-Anlagen eine sichere Stromversorgung garantieren.“

Positive Regelernergie

Bereits heute erbringen viele Biogasanlagen durch eine Herunterregelung ihrer Stromproduktion negative Regelernergie. Die Flexibilitätsprämie des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 reizt schon heute erfolgreich die Flexibilisierung von Biogasanlagen an, so dass verstärkt positive Regelernergie angeboten wird. „Viele der rund 7.700 Biogasanlagen in Deutschland können in den nächsten Jahren flexibilisiert und auf die Erbringung von Systemdienstleistungen ausgerichtet werden“, macht da Costa Gomez deutlich. „Wenn die rechtlichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Flexibilitätsprämie, wie der unklare Anlagen- und Inbetriebnahmebegriff, beseitigt sind, werden mehr Landwirte in

Massiver Ausbau der Energienetze unerlässlich

Bayerische Wirtschaft untersucht Handlungsbedarf bis 2022

Im Februar 2012 schlitterte Süddeutschland knapp an einem Blackout im Stromnetz vorbei. Rund 250 Industriebetriebe reduzierten ihren Verbrauch, gingen vom Netz oder schalteten ihre Gaskraftwerke auf Öl um, damit aus dem Engpass im Gasnetz kein Flächenbrand wurde. „Eine instabile Strom- und Gasversorgung bis hin zu Blackouts können wir uns aber in Bayern auf keinen Fall leisten“, sagt Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK).

Die bayerischen IHKs haben deshalb zusammen mit dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) untersuchen lassen, welche Netzausbauprojekte für eine sichere Versorgung unverzichtbar sind, wenn in den kommenden neun Jahren alle Kernkraftwerke abgeschaltet und die erneuerbaren Energien weiterhin kräftig ausgebaut werden.

„Wir wollen einen zentralen Zusammenhang der Energiewende darstellen: Sie bringt einen massiven Um- und Ausbau der Strom- und Gasnetze mit sich und nur eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur führt zu einer volkswirtschaftlich vernünftigen Energieversorgung“, sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des VBEW. Der Traum von der Energieautarkie von Gemeinden oder sogar Städten sei dagegen schnell ausgeträumt, wenn die Sonne sich hinter dickem Hochnebel verstecke und der Wind zu schwach sei.

Auch wenn die Optimierung der bestehenden Leitungen Vorrang habe, so ein Ergebnis der Studie, führt kein Weg am Ausbau der Energienetze in Bayern vorbei. So müssen über 1000 Kilometer Stromfernleitungen verstärkt und knapp 650 Kilometer neu gebaut werden. Hinzu kommen 230 Kilometer neue Gasfernleitungen. Eine weitere

große Herausforderung liege darin, die notwendigen Stromverteilernetze zu errichten. Lokal überschüssiger Wind- und Photovoltaikstrom muss immer häufiger in höhere Netzebenen transportiert werden, um auch in größeren Entfernungen genutzt werden zu können. Neben den Stromleitungen müssten deshalb flächendeckend neue Umspannwerke und Ortsnetzstationen errichtet werden. „Insgesamt sind alleine für die gesamte neue Netzinfrastruktur in Bayern Investitionen von rund 6,6 Milliarden Euro nötig“, so Driessen.

Thüringer Strombrücke

Neben den Kosten sieht die Wirtschaft noch ein weiteres Problem. Wenn der Neubau von Übertragungsleitungen nach wie vor nur mit knapp 40 Kilometern pro Jahr vorankomme, würden die im Netzentwicklungsplan bis 2022 stehenden 8000 Kilometer in Deutschland erst in 200 Jahren fertig.

Das wichtigste und vordringlichste Projekt sieht die Wirtschaft in der „Thüringer Strombrücke“. Diese Leitung zwischen Altenfeld in Thüringen und Redwitz in Oberfranken verbindet das bayerische mit dem norddeutschen Stromnetz. Sie ist heute schon häufig überlastet. Mit der Abschaltung weiterer

Kernkraftwerke in Bayern wird die von dieser Leitung zu transportierende Strommenge noch einmal kräftig steigen. Das Projekt soll, so die Planung, bis Ende 2015 fertig sein, wenn das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. „Sollte das nicht gelingen, wovon man realistisch gesehen ausgehen muss, wäre ab 2016 die Sicherheit der Stromversorgung in Bayern gefährdet“, warnt der BIHK-Chef.

Das zweite unverzichtbare Projekt aus Sicht der Wirtschaft ist die geplante 85 Kilometer lange Erdgasleitung „MONACO 1“ von Burghausen nach Finsing. Wie der Engpass 2012 gezeigt habe, wäre sie schon heute nötig. Ab 2022 sind noch weit höhere Transportkapazitäten gefragt, um die Gaskraftwerke versorgen zu können. Bau und Inbetriebnahme bis 2017 seien noch realistisch. Aber nur dann, so Driessen, wenn Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung hierbei konsequent an einem Strang – und in die gleiche Richtung – ziehen würden.

Die Energiewende, warnt auch VBEW-Geschäftsführer Fischer, rüttle ganz gewaltig an unserem Lebensstil: „Man kann vor allem den wirtschaftlich erfolgswahnten Bayern nur wünschen, dass sie rasch aufwachen von ihrem Traum, eine Energieversorgung aufbauen zu können, die maßgeblich nur auf heimischen erneuerbaren Energien beruht.“ Für das Gelingen der Energiewende bedürfe es einer ganzheitlichen Sichtweise, die Einspar- und Effizienzpotentiale bei Erzeugung und Verbrauch in allen Energiebereichen berücksichtigt.

Denkendorf:

Oberbayerns größter Bürgerwindpark nimmt Gestalt an

Entscheidende Bauphase: Die ersten Rotorblätter wurden montiert

Der Bau des größten Bürgerwindparks in Oberbayern geht in die entscheidende Phase. In den kommenden Wochen werden an den Türmen in Denkendorf (Landkreis Eichstätt) die Generatoren und Rotorblätter montiert. Läuft alles nach Plan, werden sich die fünf Windräder ab Ende des Jahres drehen. Zusammen hat die Anlage, die seit April im Naturpark Altmühltal entsteht, nach ihrer Fertigstellung eine Leistung von rund zwölf Megawatt. Insgesamt wird sie letztlich 19,6 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen, was dem Jahresverbrauch von zirka 5.000 Dreipersonenhaushalten entspricht.

Vor kurzem hat ein Spezialkran die ersten sternförmig angeordneten Rotorblätter in 138 Meter Höhe gezogen: Das war nicht nur ein beeindruckendes Schauspiel, sondern vor allem eine technische Meisterleistung. Die drei Rotorblätter wiegen zusammen rund 65 Tonnen, jedes einzelne ist 46 Meter lang.

Auch in den kommenden Tagen richten die beiden Ge-

schaftsführer des Bürgerwindparks, Armin Geyer und Stephan Schinko, ihren Blick vor allem auf die Wettervorhersage. Für die Verantwortlichen ist es eine durchaus kuriose Situation: „Ist die Anlage erst einmal in Betrieb, wünschen wir uns natürlich so viel Wind wie möglich. Aber in dieser entscheidenden Bauphase ist er beinahe unser größter Feind“, erklärt Ar-

min Geyer. Deshalb lassen sich Vorhersagen über den zeitlichen Ablauf der weiteren Bauarbeiten im Augenblick nur sehr schwer treffen. „Rund sechs Stunden vorher entscheidet das Team vor Ort, ob der Stern an diesem Tag gezogen werden kann oder nicht“, sagt Armin Geyer. „Das macht die Planung an den weiteren Türmen nicht gerade einfach.“

Bauarbeiten im Plan

Dennoch: Alle Beteiligten sind mehr als zuversichtlich, dass sich die bis zur Rotorspitze 184 Meter hohen Windräder heuer noch drehen werden – rund acht Monate nach Beginn der Bauarbeiten. Im April haben die ersten Baumaschinen ihre Arbeit aufgenommen. Zunächst wurden über 18 Kilometer Kabel verlegt, für alle fünf Anlagen 7500 Quadratmeter Kranstellfläche geschaffen und 330 Rüttelstopfsäulen zur Bodenverbesserung eingebracht. 60 Tonnen Stahl und 1400 Tonnen Beton wurden anschließend pro Fundament verarbeitet. Eingespeist wird der Strom nach der Fertigstellung der Anlage über eine Trasse von 15 Kilometern in das Umspannwerk Kinding.

Bürgerliche Mehrheit

Die Mehrheit an dem Windpark halten mit 51 Prozent die Bürger: 100 Privatpersonen sind mit über 3,5 Millionen Euro daran beteiligt. Mit im Boot sitzen außerdem die vier Energieunternehmen N-ERGIE Regenerativ GmbH, infra Fürth GmbH, Stadtwerke Schwabach und die Gemeindewerke Wendelstein. Die Gesamtkosten be-

laufen sich auf rund 20 Millionen Euro.

Außergewöhnlich ist die breite Zustimmung, die der Bürgerwindpark in der Region rund 20 Kilometer nördlich von Ingolstadt erfährt. Vor dem Hintergrund der Größe des Parkes sagt Carsten Eckart, der als Projektleiter der N-ERGIE Regenerativ GmbH eine Vielzahl von Windenergieprojekten betreut, dass er selten ein Projekt gesehen habe, das von der Bevölkerung so geschlossen akzeptiert worden sei. Was vor allem daran liegt, dass die Bürger vom ersten Tag an auf mehreren Veranstaltungen umfangreich informiert wurden. Dabei kamen auch 3D-Simulationen zum Einsatz.

Stärke und Standhaftigkeit

Vom Erfolg des Konzeptes überzeugt zeigte sich beim symbolischen Spatenstich Ende Juli auch die stellvertretende Landrätin des Landkreises Eichstätt und Bürgermeisterin von Kinding, Rita Böhm. Gerade im Hinblick auf die Energiewende habe sie die Denkendorfer Idee beeindruckt, bewusst, ernsthaft und fundiert echte Bürgerwindräder zu schaffen. Darüber hinaus lobte Denkendorfs Bürgermeisterin Claudia Forster die Stärke und Standhaftigkeit, mit der die Verantwortlichen das Projekt vorangetrieben haben.

Augenmerk auf Naturschutz

Besonderes Augenmerk hat der Projektentwickler neoVIS Energie GmbH und dessen Geschäftsführer Markus Oßner von Beginn an auf den Naturschutz gelegt: Detektoren erfassen unter anderem in der Planungsphase sämtliche Fledermausbewegungen. Die Standorte der fünf Windräder, die im Naturpark Altmühltal liegen, erfüllen alle naturschutzrechtlichen Auflagen. Dabei ist der Bürgerwindpark Denkendorf ein Paradebeispiel dafür, dass sich Naturschutz und Stromerzeugung aus Windenergie nicht ausschließen. □



Knetzgau Erster Bürgermeister Stefan Paulus (r.) und Wolfgang Fischbacher (l.), Prokurist bei der Rhein-Main-Donau AG, freuen sich gemeinsam mit den Knetzgauer Bürgerinnen und Bürgern (im Hintergrund auf der Brücke) über die gelungene Umgestaltung und Flutung (Bildmitte beim Bagger) des renaturierten, fischfreundlich gestalteten „neuen“ Stöckigsbach beim Main-Kraftwerk Knetzgau der Rhein-Main-Donau AG. Bild: Jan Kiver

„Wasser marsch“ in Richtung Main

Stöckigsbach beim Main-Kraftwerk Knetzgau der RMD AG im neuen fischfreundlichen Bachbett

Eine wertvolle ökologische Maßnahme, die aus dem Projekt „Dorf am Fluss“ erwachsen ist, steht kurz vor der Vollendung. Knetzgau Erster Bürgermeister Stefan Paulus schickte gemeinsam mit Wolfgang Fischbacher von der Rhein-Main-Donau AG das Wasser des Stöckigsbach erstmals in seinem neuen Bachbett auf die Reise Richtung Main. Innerhalb von nur neun Wochen gestalteten Baufachleute nach behördlich genehmigten Plänen der RMD Consult GmbH ein ökologisch wertvolles Fließgewässer für jede Form heimischer Wasserlebewesen.

Dazu Bürgermeister Stefan Paulus: „Wir freuen uns, dass E.ON und die Rhein-Main-Donau AG diese auch für unsere Gemeinde so wichtige Baumaßnahme im geplanten ambitionierten Zeitrahmen realisiert haben. Die ökologische Aufwertung des Stöckigsbachs ist eine sehr gelungene Kombination aus Fischschutz und Verbesserung des Freizeitwertes für die Bürgerinnen und Bürger Knetzgaus.“

Wolfgang Fischbacher stellte fest: „Ohne die Unterstützung aller Beteiligten hätten wir das enge Zeitfenster nicht einhalten können. Wir dürfen uns bei den zuständigen Behörden für die rasche Bearbeitung und Genehmigung sowie die begleitenden Anregungen zu unserem Bauvorhaben sehr herzlich bedanken.“ Rechtzeitig vor den nächsten Hochwasserwellen steht jetzt erstmals der „neue“ Stöckigsbach den Fischen als Schutz- und Rückzugsraum zur Verfügung.

Naherholungsparadies

Nach den von E.ON und der Rhein-Main-Donau AG angestoßenen ökologischen Verbesserungsmaßnahmen beim Mainkraftwerk Knetzgau soll das weitere Areal am Knetzgauer Main in ein Naherholungsparadies für die Knetzgauer Bürgerinnen und Bürger umgewandelt werden. Die landschaftsgestalterischen Modellierungsmaßnahmen werden im Frühjahr 2014 in Angriff genommen. Im kommenden Sommer ist dann das Areal auch für die Menschen von Nutzen. Ein Wasserspielplatz und ein neu gestalteter Uferbereich mit Sitzstufen südlich des Bachverlaufs laden zum Verweilen für Erholungssuchende ein. Auf der gegenüberliegenden Uferseite des Stöckigsbachs wird eine naturnahe geschützte Landschaftszone für das Auge entstehen.

Der Verlauf des umgestalteten Stöckigsbach ist dem eines natürlichen Bachs in Form eines Rauergründes mit Beckenstrukturen nachempfunden. Er mündet nun 120 Meter weiter flussabwärts in den Main. Aus Hochwasserschutzgründen und um eine Ausbuchtung zu vermeiden, ist der neue Mündungsbereich mit Wasserbausteinen befestigt.

Durch die Verlängerung des Bachlaufs auf insgesamt 280 Meter

konnte der Höhenunterschied von knapp 2,5 Meter zum Main hin schrittweise abgeflacht werden.

Mit dem Einbau von 15 Querriegeln aus Wasserbausteinen sind unterschiedlich lange Wasserbecken mit geringer Strömungsgeschwindigkeit entstanden. Die Becken sind zwischen drei und zehn Meter lang und zwischen 25 cm und einem Meter tief. Die maximale Fließgeschwindigkeit liegt bei etwa 1,25 Meter pro Sekunde. Der Höhenunterschied zwischen den einzelnen Becken beträgt rund 13 Zentimeter und ist von den Wasserlebewesen gut zu meistern.

Die Becken sind an einigen Stellen auf 25 Zentimeter verschmälert. Somit ist auch bei Niedrigwasser mit rund 50 Litern pro Sekunde eine ausreichende Wassertiefe vorhanden. Bei einem Abfluss von mehr als 140 Litern pro Sekunde fließt das Wasser durch einzelne Schlitzlöcher in den Querriegeln, mit einer Breite von ebenfalls 25 Zentimetern. Bei noch größeren Wassermengen läuft das Wasser über die Becken und verteilt sich gegebenenfalls auf den Uferbereich.

Durch die neue Gestaltung des Stöckigsbach ist es für Fische und andere Wassertiere jetzt erstmals möglich, in das Gewässer einzuschwimmen und dieses als Wanderkorridor zu nutzen. Gleichzeitig finden sie in einzelnen ruhigen Gewässerabschnitten neue Laichplätze sowie Schutz- und Lebensräume.

Insgesamt wurden rund 5.000 m³ Erdreich bewegt und rund 350 Tonnen naturnahe Wasserbausteine verbaut. Während der Ausbaggerungen stießen die ausführenden Arbeiter auf in keinem Plan verzeichnete Kabeltrassen, die ordnungsgemäß verlegt wurden. Auch wurden Fundamentpfosten einer mehrere hundert Jahre alten Mainmühle ausgegraben, die vorsichtshalber von einem amtlichen Archäologen begutachtet wurden. Die Untersuchungen zum genauen Alter sind noch nicht abgeschlossen. Die Gemeinde wird mit einem Gedenkstein und einer Infotafel auf diese Funde hinweisen.

Die Gesamtkosten für den jetzt gestalteten Bereich belaufen sich auf rund 250.000 Euro und werden von der Rhein-Main-Donau AG getragen. □

Wettbewerb für „Hexenmahnmal“ ausgelobt

Bürgerverein Bamberg-Mitte fordert Künstler zur Bewerbung auf

Der Bürgerverein Bamberg-Mitte lobt einen künstlerischen Wettbewerb für ein „Hexenmahnmal“ in Bamberg aus. Aktiv unterstützt wird das Vorhaben von der Stadt Bamberg. Als Ort für das Mahnmale hat die Kommission „Kunst im öffentlichen Raum“ (KiÖR) bereits einstimmig die historische Kopfsteinpflasterfläche hinter Schloss Geverswörth vorgeschlagen. Das ortsbildprägende Gebäude im Herzen des Welterbes war ursprünglich Sitz der Bamberger Fürstbischöfe. Gemeinsam mit Bürgermeister und Kulturreferent Werner Hipelius sowie Vertreterinnen von Kunstverein und BBK, gaben die Vorsitzende des Bürgervereins Bamberg-Mitte Sabine Sauer und Schatzmeisterin Christiane Laaser den Startschuss für den Wettbewerb.

Der Wettbewerb wird als einstufiger, beschränkter Wettbewerb mit vorgeschaltetem „Ideenwettbewerb“ durchgeführt. In einem ersten Schritt sind Künstler aus dem gesamten Bundesgebiet aufgefordert, ihre Vorstellungen zu einem Mahnmale zu skizzieren. Bei diesem Ideenwettbewerb wird vorrangig die Entwurfsidee bewertet. Grundsätzlich werden keine Beschränkungen im künstlerischen Genre oder im Medium getroffen. Die Präsentation muss aber im Freien realisierbar und dauerhaft sein. In einer zweiten Phase werden einzelne Künstlerinnen und Künstler dazu aufgefordert ihre Ideen zu konkretisieren.

Die Jury

Auch die Jury steht mittlerweile fest. Als Fachpreisrichterinnen und -richter haben zugesagt: der Künstler Erwin Wortelkamp, die erste Vorsitzende des Kunstvereins Bamberg Dr. Barbara Kahle, die Vorsitzende des Berufsverbands Bildender Künstler Oberfranken Christiane Toewe, die Leiterin des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia Nora Gorninger sowie Kunsthistoriker Dr. Markus Hörsch.

Sachpreisrichterinnen und -richter sind Werner Hipelius, die ehemalige Welterbemanagerin und Stadtheimatpflegerin Dr. Karin Dengler-Schreiber, Sabine Sauer, Dr. Britta Distler sowie Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold. Die Vorschläge für den Ideenwettbewerb müssen bis zum 31. Januar 2014, 24.00 Uhr im Rathaus Bamberg abgegeben werden. Eine endgültige Entscheidung soll im Juli 2014 getroffen werden.

Gesamteuropäisches Phänomen

Die Hexenverfolgungen des frühen 17. Jahrhunderts im Hochstift Bamberg ordnen sich ein in ein gesamteuropäisches Phäno-

men – und sind doch singulär hinsichtlich Zahl der Opfer und der Besonderheiten der Verfahren. In drei Prozesswellen mit vermutlich unterschiedlichen Hintergründen, wurden zwischen 1612 und 1630/31 etwa 1000 Frauen, Männer und Kinder unterschiedlichster sozialer Herkunft, nach teils unsagbaren Folterungen grausam hingerichtet. Im Stadtbild sind jedoch keine sichtbaren Überreste der Verfolgungen geblieben. Bekannt ist der Standort des Hexen-Gefängnisses, des Malefizhauses oder der ehemaligen Hinrichtungsstätten, doch kein Mahnmale, keine Gedenktafel erinnert bis heute an diesen wichtigen Teil der Stadtgeschichte.

Kulturelle Identität

„Doch unserer Meinung nach sollte dieser Teil unserer Geschichte – richter haben zugesagt: der Künstler Erwin Wortelkamp, die erste Vorsitzende des Kunstvereins Bamberg Dr. Barbara Kahle, die Vorsitzende des Berufsverbands Bildender Künstler Oberfranken Christiane Toewe, die Leiterin des Internationalen Künstlerhauses Villa Concordia Nora Gorninger sowie Kunsthistoriker Dr. Markus Hörsch.

Gebot der Wachsamkeit

Das Mahnmale soll an die Opfer erinnern. „Gleichzeitig jedoch an viel mehr: nämlich an eine Systematik, die es in der Geschichte immer gegeben hat und heute leider immer noch gibt: Aus Fanatismus gepaart mit Angst entsteht ein Denken, dass es einen Feind gibt, der vernichtet werden muss. Und aus der Erkenntnis, dass Opfer und Diskriminierungen bis heute immer nach der gleichen Systematik entstehen, ergibt sich unseres Erachtens die Verpflichtung, der Opfer zu gedenken und in der Gegenwart gegenüber jeder Form von Fanatismus und Diskriminierung wachsam zu sein“, betont Sauer. □

Altbürgermeister Willi Hilpert verstorben

Nach schwerer Krankheit ist der Altbürgermeister der Stadt Gunzenhausen Willi Hilpert im Alter von 81 Jahren verstorben. Der Verstorbene war in der Zeit von 1978 bis 1996 Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen und Verbandsvorsitzender des Zweckverbandes Altmühlsee.

Hilpert war Bürgermeister mit Leib und Seele. Bereits mit 28 Jahren war er in den Stadtrat seiner Heimatstadt gewählt worden und war damit jüngstes Mitglied im Stadtrat. Er übernahm damals schon den Fraktionsvorsitz der CSU-Fraktion.

Besonderes Steckpferd

Maßgeblich geprägt hat er das Stadtbild von Gunzenhausen u. a. durch den Bau des Hallenbad-Freizeitzentrums „Jura-mare“, den Bau der Jugendherberge und des Jugendzentrums, die Umgestaltung der ehemaligen Markgräflichen Hofhaltung zum Haus des Gastes, die Errichtung des Parkhauses und die Neugestaltung der Altmühlpromenade. Er trieb die Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen sowie die Altstadtsanierung weit voran.

Hilperts besonderes Steckpferd war der Altmühlsee. Er arbeitete intensiv an der Entwicklung der Freizeiteinrichtungen der ThW-See. Nach zähen Verhandlungen setzte er auch die Etablierung einer Personenschiffahrt am Altmühlsee durch.

Neben vielen anderen Auszeichnungen war er Träger des



Willi Hilpert. □

regierung, Träger der Kammerverdienstmedaille in Silber der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Träger des THW-Ehrenzeichens in Gold auf Bundesebene, Träger des Goldenen Ehrenringes der Stadt Gunzenhausen und Träger der Verdienstmedaille der Stadt Gunzenhausen. □

„Wenn sie da sind, dann helfen wir auch“

Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl lud zum „Maria Ecker Gespräch“ über die Situation der Asylbewerber

„Wäre die Welt ein Dorf mit 100 Einwohnern, dann wäre nur ein einziger Deutscher dabei“ – mit diesem interessanten Vergleich leitete Landrat Hermann Steinmaßl das jüngste „Maria Ecker Gespräch“ mit Bürgermeistern und Geistlichen beider Konfessionen ein, das ausschließlich dem brandaktuellen Thema Asylbewerber gewidmet war. Er machte damit deutlich, dass Deutschland lediglich etwa ein Prozent der Weltbevölkerung stellt, gleichzeitig aber weltweit als Zufluchtsort für Menschen gilt, die in ihren Heimatländern an Leib und Leben bedroht sind. Genau das bekommen auch die Menschen im Chiemgau immer mehr zu spüren, seit der Zustrom von Asylbewerbern nach Deutschland und Europa stark angeschwollen ist.

Für Steinmaßl ist klar: „Die Begegnung mit Menschen aus einem fremden Kulturkreis erzeugt zunächst Unsicherheit, ja sogar Angst. Trotzdem müssen wir uns darauf einstellen, dass im Lauf des nächsten Jahres noch einmal so viele Asylbewerber kommen werden, wie jetzt schon da sind.“ An die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs appellierte er, das Bestmögliche zu unternehmen, um diese Menschen am Leben in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde teilhaben zu lassen.

302 Asylbewerber

„Zurzeit wohnen 302 Asylbewerber im Landkreis Traunstein“, erläuterte Rudi Mühlbauer, im Landratsamt verantwortlich für das Sachgebiet Soziales und Senioren. Bis Ende Dezember müssten voraussichtlich weitere 80 Personen aufgenommen und untergebracht werden. Bereits jetzt sei so gut wie sicher, dass die Zahl der Asylbewerber im Landkreis binnen Jahresfrist auf 700 bis 800 Menschen ansteigen werde.

Der zuständige Abteilungsleiter im Landratsamt Florian Amann schilderte die Hintergründe der für alle Beteiligten äußerst schwierigen Situation: „Die langjährigen

und bewährten Gemeinschaftsunterkünfte in Engelsberg und Grasnau sind voll. Das Landratsamt ist deshalb gesetzlich verpflichtet, eine ausreichende Zahl dezentraler Unterkünfte zu finden. Dabei haben wir die Vorgabe, vier Prozent der nach Oberbayern zugewiesenen Asylbewerber aufzunehmen. Im Übrigen haben wir auf die Gesamtentwicklung keinerlei Einfluss – auch nicht auf den Zeitpunkt der Ankunft dieser Menschen bei uns im Landkreis. Aber wir haben dafür zu sorgen, dass sie ein Dach über dem Kopf haben.“

Einen besonders kritischen Blickwinkel auf die Ursachen des Asylbewerber-Zustroms öffnete der Stimmkreisabgeordnete Klaus Steiner: „Viele werden mit dem Bus zu uns reingeschleust und an der Autobahn einfach ausgeladen. Das Erschütterndste sind Kinder, die aus den entferntesten Ländern mutterseelenallein zu uns einreisen. Wir müssen ein Instrumentarium finden, um den Schleuserbanden das Handwerk zu legen, gleichzeitig aber den Menschen, die schon mal hier sind, zu helfen.“

Fridolfings Bürgermeister Johann Schild pflichtete dem bei: „Aufgabe der großen Politik muss es sein, auf eine Änderung der

Lebensbedingungen in den Herkunftsländern hinzuwirken.“ Gleichwohl habe der Fridolfinger Gemeinderat im Einvernehmen mit den örtlichen Organisationen offiziell den Beschluss gefasst, Asylbewerber aufzunehmen und auf Wohnungssuche zu gehen. Schild: „Wir wollen damit zeigen, dass die Gemeinde dahinter steht.“

Nicht nur Vorbehalte

Noch nicht in allen Kommunen



Hervorragender Historischer Verein:

„Goldene Spur“ von Dillingen nach Augsburg

Dillingen(jdt). Für die ganz hervorragende Bewahrung eines einzigartigen historischen Erbes wurde der Historische Verein Dillingen zu seinem 125. Jubiläum groß gefeiert. Der Festakt fand im Fürstbischöflichen Schloss statt, in dem vom 15. Jahrhundert bis zur Säkularisation die Augsburger Bischöfe regierten. In Erinnerung daran blieb bis heute der in die Geschichte eingegangene Begriff von der „Goldenen Spur von Dillingen nach Augsburg“. Im Festvortrag bestätigte Professor Manfred Tremml (Vorsitzender des Verbandes Bayerischer Geschichtsvereine) die Spitzenstellung des vom 1. Vorsitzenden Dieter M. Schinhammer geführten, über Bayern hinaus hoch angesehenen Jubiläumsvereins. Er pflegt in besonderer Weise die treue Verbindung zur reichen Geschichte des Bistums Augsburg. Landrat Leo Schrell ehrte Schinhammer mit der Verdienstmedaille des Kreises Dillingen. Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert und Oberbürgermeister Frank Kunz übermittelte mit ihren Glückwünschen höchste Anerkennung. Im Bild vor dem Denkmal des berühmten Bischofs Hartmann Graf von Dillingen (1248-1286) im Dillinger Schlosshof der Historiker Arnold Schromm, Stadtheimattpfleger Karl Baumann, Ehrenbürger Professor Ludwig Häring, Manfred Tremml, Dieter Schinhammer, Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert, Oberbürgermeister Frank Kunz, Landrat Leo Schrell (von links).

Bild: jdt

des Landkreises Traunstein wohnen Asylbewerber. Dort jedoch, wo dies der Fall ist, konnten die anwesenden Bürgermeister und Geistlichen über bemerkenswerte Entwicklungen berichten. So gibt es in der einheimischen Bevölkerung bei weitem nicht nur Vorbehalte und Ablehnung. Vielmehr finden sich überall Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv darum bemühen, das Beste aus der jeweiligen Situation zu machen.

Kirchanschörings Bürgermeister Hans-Jörg Birner: „Wir haben eine Wohnung im alten Pfarrhaus zur Verfügung gestellt. Unsere Gemeinde hat ein gutes Netzwerk. Das ist sehr wichtig, denn Integration ist eine langwierige und schwierige Aufgabe. Inzwischen sind die jungen Burschen aber schon Mitglied im Fußballverein.“ Sein Engelsberger Kollege Mar-

tin Lackner berichtete: „Unser Heim gibt es schon seit dem Vietnamkrieg. Die Betreuung klappt sehr gut, weil sich viele unserer Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich einsetzen. Umgekehrt bringen sich Asylbewerber aktiv ins Gemeindeleben ein.“ Ähnliche Erfahrungen schilderten die Gemeindeoberhäupter bzw. ihre Stellvertreter aus anderen betroffenen Kommunen. In Schnaitsee hat sich demnach sehr schnell ein Helferkreis aufgebaut, in Traunstein kümmern sich der „Runde Soziale Tisch“ sowie die kirchliche Initiative „Café International“ um die Integration, und Grassaus stellvertretender Bürgermeister Josef Griesenböck überraschte mit der Aussage, dass der örtliche Standesbeamte immer mehr zu tun habe, weil manche Asylbewerber nun auch heiraten würden.

Fokus auf Sprachunterricht

Bei dieser insgesamt positiven Entwicklung blieben die besonderen Herausforderungen jedoch nicht unter dem Teppich. So wünschen sich die Bürgermeister auch professionelle Unterstützung bei den Eingliederungsbemühungen. Besonders Wert legen sie auf den Sprachunterricht. „Aber auch die Fragen, die aus der Bevölkerung kommen, müssen wir sehr ernst nehmen“, mahnte Bergens Bürgermeister Bernd Gietl, für dessen Gemeinde die Unterbringung von Asylbewerbern vor kurzem sehr überraschend gekommen war und deshalb für Irritationen gesorgt hatte.

Robert Münderlein vom Diakonischen Werk Traunstein sicherte zu, dass eine passende Stelle zur Asylbewerber-Sozialberatung geschaffen werde. Dennoch bleibe ehrenamtliche Unterstützung ein unverzichtbarer Bestandteil der Integration. Franz Burghartswieser vom Caritaszentrum Traunstein unterstützte ebenfalls die gesamtgesellschaftliche Verantwortung: „Asylbewerber sind in erster Linie Menschen, um die wir uns gemeinsam kümmern müssen.“

Positives Signal

„Es breitet sich inzwischen eine zunehmend konstruktive Grundstimmung aus“, fasste Landrat Hermann Steinmaßl das Ergebnis des Nachmittags zusammen und sprach dafür sein großes Dankeschön aus. Er fügte hinzu: „Wir brauchen keine große Euphorie, aber die Einstellung: Wenn sie da sind, dann helfen wir auch. Und das ist wichtig.“ Dieses positive Signal aus dem Landkreis Traunstein will Steinmaßl auch der Staatsregierung in München schriftlich mitteilen. □

Tettau und Benningen:

Neue Rathauschefs

Peter Ebertsch vom „Bündnis für Tettau“ heißt der neue Bürgermeister von Tettau, Landkreis Kronach. Mit 58,1 Prozent der Stimmen setzte er sich deutlich gegen Lydia Müller (SPD, 41,9 Prozent) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 78 Prozent. Der bisherige Bürgermeister Hans Kaufmann (SPD) verabschiedete sich gesundheitsbedingt in den vorzeitigen Ruhestand.

Neuer Rathauschef von Benningen, Landkreis Unterallgäu, ist der bisherige zweite Bürgermeister und örtliche CSU-Chef Martin Osterrieder. Der 45-Jährige war der einzige Kandidat und erhielt 90,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 44 %. Die Wahl war notwendig geworden, weil der amtierende Bürgermeister Meinrad Bernhard im Sommer verstarb. Bernhard war 29 Jahre lang Rathauschef und damit einer der dienstältesten Bürgermeister im Unterallgäu. **DK**

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung: Constanze von Hassel (verantwortlich), Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg:

Grundstock des Lebens

Eine der attraktivsten Informations-Veranstaltungen rund um medizinische Themen in ganz Ostbayern sind die Landkreis-Gesundheitstage in Vilsbiburg, die mit mehr als 4.000 Besuchern einen bisher nicht gekannten Zuspruch erfahren durften. Kompetent wie immer führte Dr. med. Marianne Koch durch das umfangreiche Programm.

„Gesundheit ist der Grundstock des Lebens“, hatte Staatsminister Dr. Marcel Huber, der Schirmherr der Veranstaltung, in seinem Grußwort zu den 6. Gesundheitstagen des Landkreises Landshut festgestellt. Er verwies darauf, dass Bayern insgesamt das macht, wofür der Landkreis Landshut bekannt ist: „Um die qualitativ hochwertige Versorgung zu erhalten, sind kontinuierlich hohe Investitionen in Bau und Ausstattung der Krankenhäuser notwendig.“

Geballte Information

Unter dem Motto „Gemeinsam gesund“ gaben rund 60 Aussteller, sowie viel noch nie, wertvolle Tipps - von der Ernährung über die Körperpflege bis zur Kosmetik. Zudem gab es geballte Informationen über modernste Diagnose- und Therapieverfahren durch Ärzte, Therapeuten und Pflegekräfte, darüber hinaus Diskussionsrunden mit renommierten Experten und dies alles eingebettet in ein buntes Rahmenprogramm mit viel Unterhaltung.

Dieser ebenso unkomplizierte wie unmittelbare Informationsaustausch war auch heuer einer der großen Pluspunkte der Landkreis-Gesundheitstage. Das Spektrum der medizinischen Themen, zu denen renommierte Mediziner aus der Region Landshut referierten, war wie immer sehr breit ge-

fächert: Es reichte von „Herzrhythmus-Störungen – von harmlos bis lebensgefährlich“ und „Das Kreuz mit dem Kreuz – gibt es Alternativen zur Operation?“ über „Adipositas – Abnehmen mit Vernunft“ und „Sportverletzungen an Knie und Schulter“ bis zu „Wenn der chronische Schmerz mein Leben verändert – was kann ich tun?“ und einem Bereich, den ab einem gewissen Alter wohl die meisten kennen: „Schnarchen – ein nächtliches Melodram“.

Vilsbiburger Hospiz

MdL Erwin Huber war Teilnehmer an mehreren Diskussionsrunden, allen voran der Diskussion „Hospiz – Tod, ein Teil des Lebens“, bei der er sich nachdrücklich für den Bau eines Hospizes in Vilsbiburg aussprach. Landrat Josef Eppender unterstrich dabei nachdrücklich, dass er kein Verständnis dafür habe, wenn nun von Seiten der Stadt Landshut versucht werde, das Projekt zu verzögern. Der Landkreis habe in den vergangenen Jahren ein fertiges Konzept für ein Hospiz ausgearbeitet und er stelle ein Grundstück zur Verfügung. Man sei es todkranken Menschen schuldig, nun endlich für den Raum Landshut ein Hospiz zu errichten, es sei unverantwortlich, hier etwas zu verschleppen, machte Eppender deutlich. **DK**

Unterfränkischer Integrationspreis:

„Miteinander leben, voneinander lernen“

„Integration findet dort statt, wo Menschen leben: eben in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Hier kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Sie sind der Motor der Integration“, betonte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Unterfränkischen Integrationsforum in Würzburg, in dessen Rahmen bereits zum sechsten Mal der Integrationspreis verliehen wurde. Mit der Auszeichnung wird die Bedeutung von Initiativen zur Integration von Zuwanderern hervorgehoben.

Insgesamt waren 25 Projekte, so viele wie noch nie, für den Integrationspreis vorgeschlagen worden. Das Preisgeld für die drei Preisträger in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration aus den vom Bayerischen Landtag bewilligten Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt.

Den mit 2.500 Euro dotierten ersten Preis erhielt die Katholische Kindertagesstätte KiZ St. Maximilian Kolbe in Schweinfurt für das „Rucksackprojekt“. Das Rucksackprojekt ist ein Förderprogramm für die frühkindliche Bildung von Kindern mit einer Zuwanderungsgeschichte und richtet sich gezielt an Mütter, die im Projekt angeleitet, begleitet und gestärkt werden.

Heterogenität in der Kita positiv nutzen und mit allen Bildungs-beteiligten auf Augenhöhe die Integration fördern. Kindern mit Migrationshintergrund gleiche Chancen in der Bildungskette ebenen, Ressourcen nutzen, Netzwerke knüpfen, Dialog gestalten... all dem widmet sich KiZ St. Maximilian Kolbe mit Engagement und Herzblut. All das sind Ziele, die mit dem Rucksackprojekt verbunden sind.

Über den zweiten Preis und damit 1.500 Euro, erhielt der Sportclub Heuchelhof für sein Projekt M4all – Migranten-Mädchen machen mit im Alltagssport. Das Projekt wurde im März 2010 gestartet. Es beinhaltet derzeit neben speziellen Fußballangeboten für Mädchen auch Sport-AGs an Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Betreuerinnen mit Migrationshintergrund leiten die speziellen Sportkurse. Von derzeit 45 aktiven Spielerinnen im Verein weisen 29 einen Migrationshintergrund auf. Zusätzliche Unterstützung in ihrem Schulalltag erhalten die Mädchen durch eine Hausaufgaben- und Lernhilfe in den Vereinsräumen an drei Nachmittagen der Woche, die von Pädagogikstudenten der Universität Würzburg vor dem Fußballtraining angeboten werden.

Beispielhafte Integrationsarbeit leistet auch der „Afrika Freundeskreis Aschaffenburg e.V.“ (AFKA), der den dritten Preis und einen Scheck über 1000 Euro in Empfang nehmen konnte. Der Verein wurde vor fünf Jahren gegründet und hat mittlerweile rund 150 Mitglieder aus 15 Nationen.

Allein im Vorstand sind laut dem früheren AFKA-Präsident José-Pierre Mbuku, auf dessen In-

itiative die Bewerbung für den Integrationspreis zurückgeht, acht Länder vertreten. Integration sei aber keine Einbahnstraße, weshalb dem Verein auch Deutsche mit einem Herz für Afrika angehören.

Der AFKA fördert die Integration von Menschen aus Afrika durch Sportprojekte, interkulturelle Begegnungen und die Teilnahme an vielen städtischen Veranstaltungen. Die Mitglieder leisten Afrikanern außerdem Hilfestellung bei Behördengängen und anderen Alltagsproblemen. „Dieser Preis ist eine Ehre und Ansporn für uns, unsere Arbeit weiter zu leisten“, betonte Mbuku.

Wie Regierungspräsident Beinhofer bei der Preisverleihung hervorhob, hat in vielen Kommunen inzwischen jeder vierte oder gar jeder dritte Einwohner einen Migrationshintergrund. Die gesellschaftliche Teilhabe, das Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integration seien in den einzelnen Städten, Gemeinden und Landkreisen direkt erkennbar.

Integration könne nicht verordnet werden, sondern müsse mit den Menschen zusammen geschehen. Gesellschaftliche Teilhabe, aber auch Vertrauen, Wertschätzung und Anerkennung stellten das Fundament für ein gutes Miteinander vor Ort dar.

„Immer mehr unterfränkische Kommunen erkennen daher auch, dass angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels Vielfalt zunehmend zum wichtigen Wettbewerbsvorteil und Standortfaktor wird“, so Beinhofer. In Unterfranken müsse in den nächsten 20 Jahren mit einer Abnahme der Bevölkerung von rund 6 Prozent gerechnet werden. In Bayern werden im Jahr 2015 rund 500.000 Fachkräfte fehlen. Auch Unterfranken sei von dieser Entwicklung betroffen. In einigen Landkreisen sei sogar von einem Bevölkerungsrückgang von über 10 Prozent in den kommenden zwei Jahrzehnten auszugehen.

„Angesichts dieser Prognosen können wir dem drohenden Fachkräftemangel nur begegnen, wenn verstärkt auch Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden“, machte Beinhofer deutlich. Hier gelte es vorrangig, die besonderen Kompetenzen von Migrantinnen, wie Mehrsprachigkeit oder Sensibilität für den Umgang mit unterschiedlichen Kulturen stärker zu nutzen. Aber auch das 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz und das seit diesem August geltende Bayerische Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen für die im Freistaat Bayern landesrechtlich geregelten Berufe seien wichtige Bausteine, um dem Fachkräftemangel zu begegnen; sie dienten zugleich auch der besseren Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt. **DK**

Memmingen. „Liest man doch heute öfter im Wirtschaftsteil der großen Tageszeitungen über Medizin und das Gesundheitswesen, als im Wissenschaftsteil.“ Der kranke Mensch dürfe nicht Zielobjekt marktwirtschaftlicher Interessen sein, betonte Pfeiffer. „Ich bin froh, dass ich in meiner über 30-jährigen Berufstätigkeit bisher noch keinem Patienten, insbesondere auch im Klinikum Memmingen, aus finanziellen Gründen etwas vorenthalten musste.“

Neben den über 70 Ausstellern informierten bei den Gesundheitstagen 25 Organisationen und Selbsthilfegruppen über ihre Arbeit. □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Happy birthday to you, happy birthday to you, happy birthday, dear Fußgängerzone“ Mein Chef, der Bürgermeister, trällerte dieses alberne Liedchen, als er auf den Vorstand des Einzelhandelsverbandes wartete.

Tja, damit hat er alle erstaunt, denn kaum einer war sich klar darüber, dass im November 1953, also vor genau 60 Jahren, die erste Fußgängerzone Deutschlands eingerichtet wurde. In Kassel, an einer Straße, die auf einen Schuttberg führte. Damals war das Konzept revolutionär: Eine Straße, auf der man ohne vom übrigen Verkehr auf einen schmalen Bürgersteig reduziert zu sein, flanieren und bummeln konnte, ganz dem Einkaufen gewidmet, das damals noch ein Stück entfernt davon war, ein Konsumvergnügen zu sein, sondern doch noch primär der Deckung des Grundbedarfes diente. Deshalb vielleicht

Fußgängerzonen wiederbeleben!

trat das Konzept keinen wirklichen Siegeszug an, sondern es brauchte doch noch gut zwei Jahrzehnte, bis alle größeren deutschen Städte ihre Flaniermeile hatten. Und selbst so kleine Städtchen wie das unsere sind heute nicht mehr denkbar ohne den verkehrsfreien Marktplatz samt ein paar historischen Straßen drum herum.

Dort sieht es im Großen und Ganzen so aus, wie in jeder Fußgängerzone in Europa – Filialisten, die man auch in Berlin, Krakau oder Antwerpen trifft, Restaurantketten, die die exakt gleiche Ware auch in St. Petersburg, Agra oder Rapid City feilbieten und Dienstleister, die in der gesamten Republik flächendeckend präsent sind. Ein Unterschied möchte schon sein: Die Mieten sind bei uns nichts im Vergleich zur Kaufinger Straße in München, der Kö in Düsseldorf oder der Zeil in Frankfurt.

Natürlich ist die Faszination von Fußgängerzonen längst passé. Man kauft dort ein, weil man was braucht oder weil der angesagte Filialist halt dort zu finden ist. Ein „Shopperlebnis“ ist die Aneinanderreihung von Klamotten-, Schuh- und Telefonläden, angereichert mit Döner-, Fischsemmel- und Hamburgerbuden wahr-

lich nicht. Events sind gefragt, wie man sie in den Miniatur-Shoppingmalls pflegt, die sich über die ganze Republik ausbreiten. Oder man kauft sein Zeug schlicht im Internet, wo es meist billiger zu haben ist und man sich die Parkplatzsuche oder den nervigen Transport der erstandenen Waren in überfüllten Stadtbussen sparen kann.

Die Einfallslosigkeit vieler Fußgängerzonen heutzutage hat auch zur Folge, dass diese nach Geschäftsschluss oder an Sonntagen weniger lebendig und öder sind als der Zentralfriedhof. Ein Schaufensterbummel ohne konkretes Kaufinteresse, nur zum Zwecke des Staunens über das bunte und vielfältige Warenangebot, war vielleicht noch in meiner Kinderzeit ein Freizeitvergnügen. Heute bringt uns das Fernsehen rund um die Uhr die ganze Warenwelt umstandslos auf die Mattscheibe.

Ganz klar: Wer heute die Innenstadt beleben will, muss von der Fußgängerzone als Kaufland Abschied nehmen. Kunst, Kultur, Kneipen, Brett und vor allem gehobene, traditionelle und internationale Gastronomie gehören da hin, wo in der Nachbarschaft T-Shirts für 4 Euro 50 verhökert werden. Die Leute wollen genießen, schauen, etwas Neues erfahren, sich zur Not auch bilden. Aber von einem haben sie die Schnauze voll: Von seelen- und identitätslosen Innenstädten.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist seit Jahren engagiert bei der Wiederbelebung oder sagen wir „Re-Urbanisierung“ unserer Fußgängerzone. Ein hartes Brot, denn gegen die Mieten, die Filialisten oder Schnellimbisse auf den Tisch des Hauses legen können, hat er meist nur gute Argumente. Aber immer wieder gelingt es doch, einen Vermieter davon zu überzeugen, dass es nicht der letzte Euro pro Quadratmeter mehr sein muss, der zählt, sondern dass ein Immobilienobjekt auch an Wert verliert, wenn die Umgebung ihren Charakter einbüßt. Deshalb schnell ein Zitat des amerikanischen Poeten Henry D. Thoreau gemalt: „Mit Geld kann man nichts kaufen, dessen die Seele bedarf.“

Ihre Sabina

377.500 Euro für das Johannes-Hospitz in Pentling

Paula-Kubitscheck-Vogel-Stiftung fördert mit Spende die Innenausstattung

Regensburg. (osr) Das Gebäude steht, der Innenausbau läuft auf Hochtouren und auch Innenausstattung und Einrichtung können jetzt bestellt werden. Die Weichen sind gestellt, dass das Johannes-Hospiz im Regensburger Vorort Pentling am 14. März nächsten Jahres mit der Einweihung in Betrieb gehen kann.

Für die Innenausstattung sorgt die Münchner Paula-Kubitscheck-Vogel-Stiftung. Deren Geschäftsführer Dr. Andreas Hönig kam mit einem überdimensionalen Scheck nach Pentling, um sich vom Baufortschritt zu überzeugen und die Spende der Stiftung in Höhe von 377.500 Euro zu überreichen.

Die Stiftung, eingerichtet von der 2007 an Krebs verstorbenen Paula Kubitscheck-Vogel, ist bayernweit aktiv und unterstützt Einrichtungen im Bereich Hospiz sowie Palliativversorgung mit Projekten, die über großzügige Spendengelder möglich werden. Zudem, so Hönig, sei sie bundesweit in der Förderung von Forschung und Wissenschaft tätig.

In den vergangenen Jahren habe man Hospize in Würzburg und Vilsbiburg gefördert, informierte Hönig, „und wir freuen uns, dass jetzt auch in der Oberpfalz ein weißer Fleck verschwindet“. Derzeit seien weitere drei Projekte in Bayern mit Förderung der Stiftung am Entstehen.

Das Johannes-Hospiz ist ein Kooperationsprojekt der Johanniter in Ostbayern und des Hospizvereins Regensburg. Nach den aktuellen Kostenrechnungen beläuft sich die Bausumme auf rund 3,3 Millionen Euro. Dazu haben Menschen aus Ostbayern knapp 1,6 Millionen Euro an Spendengeldern

der Regionalvorstand auch am Mittwoch um Mitglieder: „Gesucht werden 3 000 Freunde, die mit ihrer Spende von 50 Euro im Jahr den todkranken Patienten ein Sterben in Würde ermöglichen.“

Steinkirchner stellte den Gästen bei der Scheckübergabe Sabine Sudler vor, die die Leitung des Hospizes übernimmt. Und er „überreichte“ Vorschusslorbeeren: „Sie wird zusammen mit Petra F. Seitzer, der Vorsitzenden des Hospizvereins, den guten Geist im Haus verkörpern.“ Im stationären Hospiz in Pentling werden zehn Plätze für Patienten eingerichtet. Dort wird Sterbenden und Angehörigen eine fachlich qualifizierte und ganzheitliche Begleitung angeboten. □



Dr. Andreas Hönig (links) überreichte einen Scheck der Paula-Kubitscheck-Vogel-Stiftung für das Johannes-Hospiz an Petra F. Seitzer, Sabine Sudler und Martin Steinkirchner. Foto: osr

Memminger Gesundheitstage:

Bewährtes Erfolgsrezept

Die 14. Memminger Gesundheitstage sind mit einem Besucheransturm zu Ende gegangen: 10.000 Interessierte lockte eine gekonnte Mischung aus Information und Unterhaltung in die Memminger Stadthalle. Die Veranstalter von Stadt, Klinikum und AOK sind zufrieden: „Unser Erfolgskonzept hat sich bewährt“, resümierte Organisator Michael Birk vom städtischen Hauptamt.

„Das Veranstaltungskonzept mit einem breitgefächerten Angebot von über 70 Ausstellern, einem informativen Vortragsprogramm und einem kurzweiligen Rahmenprogramm war wieder Garant dafür, dass die Messe zu einem Publikumsmagnet wurde“, freute sich Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger.

Die Gesundheitsmesse, die seit Mitte der 1980er Jahre Besucher aus Memmingen und dem Umland in ihren Bann zieht, begann mit einem mit Spannung erwarteten Eröffnungsvortrag des neuen Chefarztes der Memminger Kardiologie, Professor Dr. Andreas May, der erst wenige Tage zuvor als Nachfolger von Professor Dr. Gerhard König am Klinikum Memmingen seinen Dienst aufgenommen hatte. Bei der Gesundheitsmesse feierte der 45-Jährige, der zuvor an der Universitätsklinik in Tübingen praktiziert hatte, seinen ersten öffentlichen Auftritt und informierte dabei über die aktuellen Entwicklungen in der Herz- und Kreislaufmedizin - denn Herz- und Kreislauferkrankungen seien die führenden Todesursachen in der westlichen Welt, wie der Chefarzt in der Memminger Stadthalle informierte.

Anhand von Videos und Bildern verdeutlichte der Kardiologe, der in Erlangen, München und den USA Medizin studiert hatte, wie heute Patienten mit komplexem Herzklappenfehler allein über einen Zugang an der Leiste erfolgreich behandelt werden können – in Lokalanästhesie und in wachem Zustand. „Eine solche Prozedur kann große Herzoperationen mit Herz-Lungen-Maschine ersetzen“,

betonte der 45-jährige Kardiologe und Wissenschaftler auf dem Gebiet der koronaren Herzerkrankung.

Neben May informierte der Chefarzt der Unfallchirurgie Professor Dr. Christian Schinkel über Neuerungen beim künstlichen Gelenkersatz, Privatdozent Dr. Christoph Lichy von der Neurologie klärte über Schwindelanfälle auf, Professor Dr. Christoph Höhnke über die Möglichkeiten von plastischer und ästhetischer Chirurgie und Professor Dr. Lars Fischer über Schmerztherapien rund um eine Operation – um nur einige der vielen Referenten zu nennen.

Entdeckungsreise

Die mitveranstaltende Gesundheitskasse AOK bot eine Entdeckungsreise durch den Mund in Form eines begehbaren Zahnmodells, anhand dessen sich nicht nur die kleinen Besucher vergewissern konnten, was mangelndes Putzen mit den Zähnen anrichten kann. Unweit des Kariestunnels wurden die Besucher unter dem Motto „Mut-Food“ verführt mit gesunden Genüssen aus der Gesundheitskassen-Küche. „Wir wollten zeigen, dass gesunde Küche auch lecker sein kann“, unterstrich die stellvertretende AOK-Direktorin Regina Merk-Bäumel.

„Zu meiner großen Freude standen bei der erfolgreichen Messe das Kerngebiet des Gesundheitswesens im Vordergrund, nämlich die Medizin, die ärztliche und die pflegerische Versorgung – und nicht finanzielle Aspekte“, betonte Professor Dr. Albrecht Pfeiffer, Ärztlicher Direktor des Klinikums

20 Jahre Euregio Bayerischer Wald - Böhmerwald - Unterer Inn:

Grenzen überwinden

Festakt in Rohrbach/Mühlviertel, Oberösterreich

Vor 20 Jahren, am 20. September 1993, wurde auf Schloss Krumau die Euregio „geboren“. Christoph Leidl für das Bundesland Oberösterreich, Landrat a. D. Ingo Weiß (Straubing-Bogen) und Jan Vrána für den Böhmerwald unterzeichneten damals die Grundsatzvereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen des Freistaates Bayern, Südwestböhmens und des Landes Oberösterreich.

Dieses Vorhaben sei damals von vielen Befürchtungen, Ängsten und Problemen begleitet worden, wie einer der drei Vorsitzenden der Euregio-Sektionen, Freyungs Landrat Ludwig Lankl, bei einer Festveranstaltung in Rohrbach/Mühlviertel, Oberösterreich, betonte. Seit her sei aber viel Positives für die Menschen im Dreiländereck geschehen. Was früher Vision war, wurde Realität: Die geöffneten Grenzübergänge etwa, die liberalisierte Grenzängerregelung, Wirtschaftsparks im Grenzraum oder der Ausbau der Verkehrswege.

Drehscheibe in vielen Bereichen

Die Kernaufgabe der Euregio liegt in der Initiierung, Umsetzung und Begleitung von grenzüberschreitenden Regionalentwicklungsprozessen und Aktivitäten. In den vergangenen 20 Jahren ist sie zur Drehscheibe in den Bereichen Wirtschaftskooperationen, Verkehr und Mobilität, Arbeitsmarkt, Soziales, Landwirtschaft, Ökologie und

Umwelt, Tourismus, Bildung, Sport und Kultur, Technologietransfer und Energienutzung in der europäischen Grenzregion Niederbayern, Süd- und Westböhmen und Oberösterreich geworden. 350 Städte und Gemeinden gehören der Euregio an, sie umfasst und betreut ein Gebiet von rund 16.000 Quadratkilometern mit 1,3 Millionen Menschen in den drei Ländern.

Europäischer Gedanke

„Seit 20 Jahren machen wir in der Region den europäischen Gedanken spürbar – mit vielen kleinen Projekten wollen wir unseren Lebensraum weiter entwickeln und Grenzen überwinden“, stellte Gabriele Lackner-Strauss, Obfrau der Euregio Bayerischer Wald/Böhmerwald/Regionalmanagement Mühlviertel, fest. So finde jährlich der Drei-Länder-Cross-Triathlon von Horni Plana nach Kollerschlag statt, die Eislaufstrecke am Moldaustausee locke ebenso Touristen an wie das Granitzentrum in Hauzenberg, zudem trafen sich Einsatzkräfte

aller drei Länder in Rohrbach, 1.600 Kilometer Radweg in Süd- und Westböhmen und im Mühlviertel würden vernetzt und einheitlich beschilddert und gerade eben Sorge eine grenzüberschreitende Landesausstellung für Aufsehen.

Dass sich die völkerverbindenden Initiativen fortsetzen, machte auch der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer deutlich. Vor allem auch im Hinblick auf das Jahr 2014, in dem sich der Fall des Eisernen Vorhangs zum 25. Mal jährt. „Das war eine wirklich gewaltige politische Leistung. Nach dem Jubel dieser Tage brauchte es aber Menschen, die diese Aufbruchstimmung weitertragen, so wie es die Euregio macht. Das Zusammenführen von Menschen und Herzen geschieht nicht allein mit einer Unterschrift“, erklärte Pühringer. Europa passiert für ihn nicht nur in Straßburg oder Brüssel, sondern „in jedem dieser Projekte für die Menschen in der Region“.

Perspektiven für die Jugend

In einer Gesprächsrunde mit Landeshauptmann Pühringer, dem Passauer Landrat Franz Meyer und dem stellvertretenden Bezirkshauptmann aus Pilsen/Westböhmen, Ivo Grüner, wies letzterer darauf hin, dass es künftig darum gehe, die Jugend in die ländlichen Regionen zurück zu bringen und ihr Perspektiven für ein Leben in der Heimat inmitten eines geeinten Europa zu geben. Landrat Meyer wiederum bezeichnete Geschäftsführer Kaspar Sammer als „Glücksfall für die Region“. Er mahnte Fortschritte in Richtung Europaregion Donau-Moldau an – besonders als „Wissensstandort“ mit seinen Hoch-

schulen –, deren wichtiges und unerlässliches Fundament die Euregio sei.

In der Feierstunde wurde nicht nur den Gründungsvätern des Jahres 1993 gedacht, sondern es wurden auch herausragende Projekte ausgezeichnet. Preise in Form eines Reisegut-scheines zu den Nachbarn in der Euregio erhielten für ihre wertvollen Projektideen die Jugendbildungsstätte Waldmünchen, die Berufsschule Waldmünchen (Regenerative Energien), der Förderverein der Berufsschule Waldmünchen, die Grundschule Kollnburg und der „Treffpunkt Ehrenamt“ Cham.

Pioniervorhaben

„Zukunft im Fokus - ein Kundschafter- und Botschafter-Projekt für Jugendliche aus Böhmen und Bayern“: Unter diesem Titel startete im September 2012 ein Langzeitprojekt und Pioniervorhaben der Jugendbildungsstätte Waldmünchen und von Tandem Pilsen: 1.000 Jugendliche aus Bayern und Böhmen sollen die Potentiale und Zukunftschancen ihrer Regionen erfahren und zwar durch Jugendliche aus der Region.

Beteiligt sind Schüler des Robert-Schumann-Gymnasiums Cham, des Comenius-Gymnasiums Deggendorf und des Adalbert-Stifter-Gymnasiums Passau sowie die Gymnasien aus Strakonice, Budweis und Vimperk in Tschechien. Mit den Schwerpunkten „Regionale Entwicklung und „Berufliche Orientierung“ soll ein Beitrag zur Sprachmotivation und Begegnung geleistet werden. Dass dieser Heimatraum mehr als ein Zwischenraum ist und in seinen vielfältigen Ressourcen ungeahnte Chancen bieten kann, dies beurteilen und erkunden 44 hochmotivierte Jugendliche aus Bayern und Böhmen seit Ende September 2012.

„Qualifizierungsmodul regenerative Energien für tschechische Berufsschulen“: Für dieses

Projekt war die Werner-von-Siemens-Berufsschule verantwortlich. In dessen Rahmen kooperierten rund 150 Schülerinnen und Schüler aus sieben Klassen von der SOU Domazlice und der Technikerschule Waldmünchen. Im Fach Ökologie wurden brandaktuelle Themen wie „Energieversorgung der Zukunft“, „Strom von der Sonne“ und Energie aus Biomasse“ behandelt.

Sprachanimation...

Der auf bayerischer Seite nicht sonderlich ausgeprägten Bereitschaft, die Sprache der tschechischen Nachbarn zu erlernen, möchte der Treffpunkt Ehrenamt mit seinem Projekt „Sprachanimation in Kindergärten und Schulen“ entgegenwirken. So werden seit 2009 in deutschen Kindergärten und Schulen Grundkenntnisse im

Tschechischen auf ehrenamtlicher Basis vermittelt.

... in Kindergärten und Schulen

Als Lehrerinnen fungieren hier tschechische Freiwillige, die damit ihrerseits ihre ohnehin sehr guten Deutschkenntnisse verbessern. Auf spielerische Art und Weise wird die natürliche Neugierde der Kinder geweckt und der Grundstein für eine spätere intensive Beschäftigung mit den östlichen Nachbarn gelegt. Andererseits war eine deutsche Freiwillige in einem Kindergarten in Domazlice im Einsatz, um dort den Kindern Deutschkenntnisse beizubringen. Insgesamt haben sich rund 200 Kinder dies- und jenseits der Grenze beteiligt. In den Kindergärten Ränkam und Furth im Wald wird diese Sprachanimation nach wie vor angeboten. **DK**

Landkreis Donau-Ries:

Online-Magazin jetzt auch als Druckversion

Nach 18 erfolgreichen Monaten für das Online-Magazin mit über 5.000 Besuchern hat der Landkreis eine gedruckte Version herausgegeben. Diese ist als Klappkarte entwickelt und stellt in aller Kürze die interessantesten Seiten des Landkreises vor.

Der Landkreis Donau-Ries ist eine wirtschaftlich erfolgreiche Region mit einer Vielzahl interessanter Unternehmen und einem hohen Freizeit- und Erholungswert. Weil diese Vorzüge im Landkreis und außerhalb des Landkreises zu unbekannt sind, startete der Landkreis Donau-Ries am 27. März 2013 sein innovatives Online-Magazin. Damit ist der Landkreis Donau-Ries einer der ersten Landkreise in Deutschland, der mit einer 3D-Zeitschrift ähnlich wie BMW, Audi oder Lufthansa für seine Region wirbt.

Das Online-Magazin (abrufbar unter der Webadresse www.ema-gazin-donau-ries.de) ist dank dem Einsatz von Diashows, Videos,

Karten, Links und anderer Anwendungen sehr vielseitig.

Um das Online-Magazin auch anderen Zielgruppen, Touristen oder Firmenkunden zur Verfügung zu stellen, wurde nun eine gedruckte Broschüre herausgegeben. Diese stellt den Landkreis mit seinem hohen Freizeitwert und den leistungsfähigen Unternehmen im Landkreis Donau-Ries auf wenigen Seiten dar. Die Broschüre kann an regionalmanagement@lra-donau-ries.de oder unter Telefon 0906/74-339 kostenlos bestellt werden.

Das Online-Magazin ist ein Projekt der landkreisweiten Imagekampagne und wird vom Regionalmanagement des Landkreises Donau-Ries betreut. **□**

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter



Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken



An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen



Bänke



Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

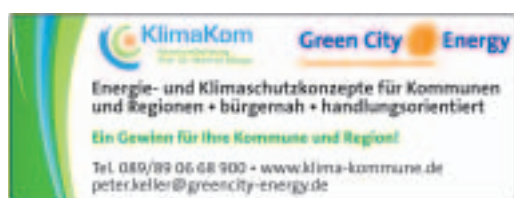


Willkommensgeschenke für Neugeborene: bestickte Babyhandtücher / Babyätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

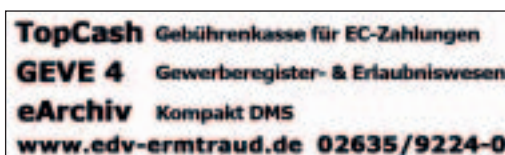


Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773) 821218
Telefon: (02773) 821256 · www.hailo-professional.de

Software für Behörden



Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz_aktuell](https://twitter.com/gz_aktuell)
www.facebook.com/GZaktuell

Standort- und Kommunalberatung



Wartehallen/Außenmöblierungen



Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen



Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Constanze von Hassel
Telefon (0 8171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung



Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de